Bezirksamt
Treptow-Köpenick

Berlin

Der demografische Wandel

Handlungskonzept
des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit
Amt für Soziales

In Zusammenarbeit mit der
Abt. Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt
Stadtentwicklungsamt – Fachbereich Stadtplanung

Juni 2015

Inhaltsverzeichnis

Seite

I Einleitung **4**
1. Anlass 4
2. Ziel 5
3. Projektorganisation 5

II. Die demografische Entwicklung im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin bis 2030 **7**
1. Datenbasis und Bezugssystem 7
2. soziodemografische Bevölkerungsstruktur 8
3. Fazit 20

III. Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels **21**
1. allgemein 21
2. gesamtbezirkliches Leitbild und Strategie 23

IV. Handlungsfelder und Ziele **24**
1. Handlungsfeld Leben im Alter 24
1.1 Gesundheit im Alter 24
1.2 Altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen 26
1.3. Generationsgerechte Mobilität: öffentlicher Raum/Infrastruktur/Verkehr 29
1.4 Bildung, Kultur und Freizeit 33
1.5 Versorgung und Pflege 38
1.6 Soziale Aspekte – soziale Sicherung 41

2. Handlungsfeld Kinder, Jugend und Familien **45**
2.1 Wohnen 45
2.2 Wohnumfeld, Freiraum und Erholung 47
2.3 Betreuung, Bildung und Kultur 52
2.4 Freizeitangebote 58
2.5 Öffentlicher Raum, Verkehr und Mobilität 60
2.6 Soziale Aspekte - soziale Sicherung 62

3. Handlungsfeld Arbeit und Verwaltung **63**
3.1 Wirtschaft - Berufseinstieg und Beschäftigung 63
3.2 Öffentliche Verwaltung 66

4. Handlungsfeld Gleichstellung und Teilhabe **70**
4.1. Gleichstellung – Perspektiven eröffnen 70
4.2. Inklusion - Teilhabe ermöglichen 73
4.3. Integration und Interkulturelle Kompetenz 77

5. Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement **82**
5.1. Infrastruktur und Rahmenbedingungen 82
5.2 Interessenorientierte Beteiligung 85
5.3 Unterstützung sozialer Aufgaben 87
5.4 Potential der „aktiv Alternden" erschließen 88

V. Fazit und weiteres Verfahren **91**

VI. Quellenverzeichnis **93**
Material, Tabellen, Abbildungen, Karten

I. Einleitung

1. Anlass

Die demografische Entwicklung europa- und bundesweit führt aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung bei gleichzeitig zurückgehender Geburtenraten dazu, dass sowohl die absolute Zahl der älteren Menschen als auch der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung erheblich zunehmen werden. Die so genannte Bevölkerungspyramide wird quasi auf den Kopf gestellt und so wird im Allgemeinen auch von dem demografischen Wandel gesprochen.

Der Anteil der älteren Menschen im Alter von über 60 Jahren wird europaweit von 21,4 % (2012) bis auf 40 % im Jahr 2050 ansteigen. In der Bundesrepublik Deutschland wird bis zum Jahr 2050 zum einen mit einem Rückgang der Bevölkerung um 9% gerechnet. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Anzahl der Über-65-Jährigen um 54 % und Steigerung der Anzahl der Über-80-Jährigen um 174 % zu erwarten.

Gemäß der aktuellen Bevölkerungsprognose Berlin 2011-2030[1] wird in Berlin bis zum Jahr 2030 mit einer Zunahme der Anzahl der Menschen im Alter von 65 – 80 Jahren um 14,4 % und bei den Über-80-Jährigen sogar um 80,7 % gerechnet.
Während bundesweit bis zum Jahr 2025 ein Anstieg der Über-60-Jährigen auf etwa 33,2 % erwartet wird, liegt der Anteil der älteren Menschen im Alter von über 65 Jahren im Bezirk Treptow-Köpenick schon jetzt bei etwa 24 % (Berlin 19 %)! Gemäß dem Demografiekonzept des Landes Berlin[2] wird sich der Anteil der Menschen in Treptow-Köpenick im Alter von 65 bis 80 Jahren bis 2030 um mehr als 40 % erhöhen, die Zahl der Über-80-Jährigen um über 140 %. Dies bedeutet, dass der **demografische Wandel**, der für weite Teile der Bundesrepublik Deutschland erst noch prognostiziert wird, sich **im Bezirk Treptow-Köpenick bereits vollzogen** hat.

Aus der aktuellen Bevölkerungsprognose Berlins 2011-2030 wird deutlich, dass im Bezirk Treptow-Köpenick dem bereits heute hohen Anteil der Über-65-Jährigen auch ein starker Anteil der 40 bis 55-Jährigen gegenübersteht. Zudem weisen die jüngsten Altersgruppen bis 25 Jahre auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit über 20 % einen relativ hohen Bevölkerungsanteil auf. Zuwächse werden durch Zuzüge aus dem Inland aber auch aus dem Ausland erwartet. Neben der Herausforderung durch die künftige Altersstruktur wird daher auch eine **zunehmende Internationalisierung für den Bezirk von Bedeutung** sein.
Zugleich erhöht sich der Druck auf öffentliche Mittel und Flächen: immer weniger Ressourcen werden mehr beansprucht bzw. nachgefragt. Damit stellt der demografische Wandel die Verwaltung vor die **Aufgabe, generations- und nutzerübergreifende Konzepte zu entwickeln**, um sowohl Jugendlichen und Familien sowie v. a. auch Älteren eine entsprechende Lebensqualität zu ermöglichen. Zudem muss auf eine zunehmende Internationalisierung sowie zugleich auf den verstärkten Flächenmangel und eine geringere Mittelverfügbarkeit reagiert werden.

In dem Datenreport der Bertelsmannstiftung „Deutschland im demografischen Wandel 2030"[3] heißt es u. a.: „Der demografische Wandel ist eine große gesellschaftliche Herausforderung. Er berührt fast alle Lebensbereiche und alle gesellschaftlichen Ebenen. In seinen komplexen Auswirkungen besonders betroffen sind dabei die Kommunen. Gerade in Zeiten zunehmend knapper finanzieller Ressourcen in den Kommunen ist es wichtig, den demografischen Veränderungen mit einer möglichst langfristigen und vorausschauenden Planung zu begegnen."

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll und notwendig, dass auch der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick, bei dem sich der demografische Wandel bereits weitgehend vollzogen hat, ein

[1] Bevölkerungsprognose Berlin 2011-2030, Dezember 2012
[2] Demografiekonzept Berlin, November 2009
[3] „Deutschland im demografischen Wandel 2030"- Datenreport der Bertelsmannstiftung, 2011

entsprechendes Handlungskonzept entwickelt. Dabei geht es maßgeblich darum, welche Herausforderungen und Chancen der demografische Wandel für den Bezirk mit sich bringt und mit welchen Konzepten sich das Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin diesen Herausforderungen und Chancen stellen will.

2. Ziel

Die Demografie – also die Bevölkerungswissenschaft - befasst sich mit Faktoren, die die Entwicklung von Bevölkerung beeinflussen und die sich auf die Bevölkerungsstruktur auswirken. Primäre, statistische Faktoren sind Geburtszahlen, Sterblichkeitsrate, Aus- und Einwanderungsquoten, aber auch die durchschnittliche Lebensdauer. Sekundäre Faktoren sind globalen Einflüssen geschuldet, wie technologischer Wandel, Globalisierung, Umwelteinflüsse oder großräumliche politische, kulturelle und soziale Veränderungen.

Das vorliegende Handlungskonzept für Treptow-Köpenick befasst sich folglich mit den Auswirkungen von demografischen Entwicklungen auf die Bevölkerung vor Ort, beleuchtet Anforderungen und Handlungsfelder für die Verwaltung sowie für kommunale Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Treptow-Köpenick. Dabei werden alle Lebensbereiche erfasst: neben dem Wohnen, dem Wohnumfeld, der verkehrlichen Erreichbarkeit bzw. dem öffentlichen Nahverkehr auch die Sozial- und Gesundheitsversorgung, die Senioren-, Jugend- und Familienbetreuung aber auch Beschäftigung, Bildung, Teilhabe und die unterschiedlichen Freizeitaspekte. Hierbei werden die engen Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verdeutlicht. Es sollen bestehende Risiken aber auch Gestaltungschancen benannt und im Ergebnis Strategien zur positiven Bewältigung formuliert werden.

Mithilfe des Handlungskonzeptes soll die **Entwicklung zu einer lebenswerten, generationengerechten und weltoffenen Kommune**, also zu einer senioren- und familiengerechten Kommune gefördert werden.
Um die Herausforderungen, die sich damit verbinden, entsprechend zu verdeutlichen, erfolgt eine Gliederung nach ressortübergreifende Handlungsfelder, um ämterübergreifende Ziele und Anforderungen deutlich zu machen. Innerhalb jedes Handlungsfeldes werden strategischen Ziele verfolgt und Maßnahmen beschrieben, die in der jeweiligen fachlichen Verantwortlichkeiten umgesetzt werden sollen.

3. Projektorganisation

Initiator für die Erarbeitung eines „Handlungskonzeptes zum demografischen Wandel" im Bezirk ist die Abteilung Arbeit, Soziales und Gesundheit in Abstimmung mit dem Bezirksbürgermeister. Beweggrund war vor allem der bereits heute vorhandene hohe Anteil älterer Menschen im Bezirk und die aus der Erfahrung der Sozialverwaltung daraus erwachsenden strategischen und finanziellen Herausforderungen, die eine zeitnahe Auseinandersetzung auf kommunaler Ebene erfordern. Im Hinblick auf den demografischen Wandel insgesamt sollten jedoch alle daraus resultierenden Anforderungen und Möglichkeiten für das Gemeinwohl betrachtet werden.

Zur Konzepterarbeitung wurde daher unter Federführung des Sozialamtes eine **abteilungs- und fachübergreifende Arbeitsgruppe** unter Beteiligung aller Abteilungen des Bezirksamts initiiert, um die unterschiedlichen Aspekte und Wechselwirkungen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklungen zu erfassen und zu bewerten:

- In einer **ersten Arbeitsgruppensitzung am 19. Februar** 2013 zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes wurden neben der Zielsetzung insgesamt auch die notwendigen fachlichen Inhalte diskutiert.
- Die in Folge eingebrachten Beiträge der Ämter und Fachabteilungen fanden Eingang in einen ersten Entwurf, der im Rahmen eines **Workshops am 28. Mai 2013** unter externer Moderation vorgestellt, diskutiert und in Bezug auf das weitere Vorgehen abgestimmt wurde. Die Ergebnisse wurden zudem verschiedenen Gremien - wie der bezirklichen

Seniorenvertretung und dem Beirat zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements - mit Bitte um Stellungnahme zugeleitet.

- In dem darauf basierenden zweiten Entwurf wurden bereits die Stellungnahmen der beteiligten Gremien berücksichtigt bzw. sind auch Grundlage für die ab August 2013 erfolgte redaktionelle und inhaltliche Überarbeitung und Abstimmung zu Themenschwerpunkten.

Erste Ergebnisse dieses umfangreichen Prozesses wurden in der vom Sozialamt organisierten **Fachtagung „ Der demografische Wandel - Herausforderungen und Chancen für den Bezirk Treptow-Köpenick"** am **30. Oktober 2013** vorgestellt.
Der Entwurf (Februar 2014) war Grundlage weiterer Abstimmungen mit allen Beteiligten zu Inhalt und Zielsetzung:

- Neben der **Diskussion im Rahmen der Klausurtagung** des Bezirksamtes
- erfolgte parallel die **Prüfung und Ergänzung** durch die Ämter und Fachabteilungen unter Einbeziehung der jeweiligen Fachgremien bzw. der Fachöffentlichkeit.

Das vorliegende abgestimmte und überarbeitete **Handlungskonzept (Stand Juni 2015**) ist Ergebnis des umfangreichen Beteiligungsprozesses und Grundlage für die Beschlussfassung des Bezirksamtes unter Mitzeichnung aller Abteilungen. Ziel ist es, die Zustimmung der politischen Gremien zu erlangen.
Im Anschluss daran ist das Demografiekonzept in geeigneter Weise intensiv im Bezirksamt und in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, um dessen Umsetzung zu unterstützen.

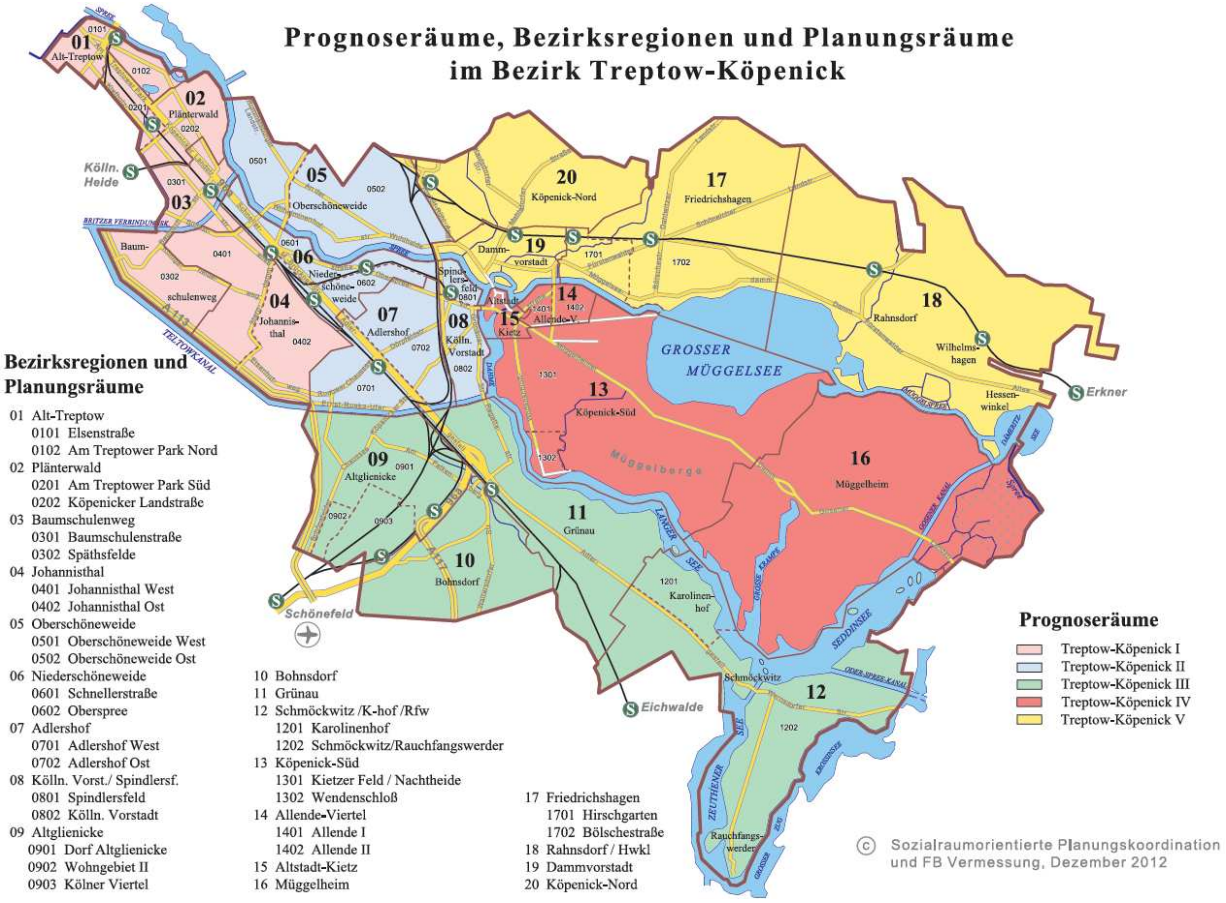
Die **Koordination** bei der Umsetzung des Kommunikations- und Evaluationsprozesses im Bezirksamt liegt künftig bei der **Abteilung Arbeit, Soziales und Gesundheit**, Amt für Soziales.

II. Die demografische Entwicklung im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin bis 2030

1 Datenbasis und Bezugssystem

Mit dem Handlungskonzept soll Transparenz über die demografische Entwicklung hergestellt und damit einen Überblick über die demografierelevanten Daten ermöglicht werden.
Seit 2007 werden seitens des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg auf der Grundlage eines abgestimmten Datenpools eine Vielzahl von Prognosedaten bereitgestellt. Grundlage ist hier das (neue) regionale Bezugssystem, die Lebensweltlich orientierten Planungsräume (LOR)[4]. Für den Bezirk bedeutet dies, dass für 5 Prognoseräume (ehem. Mittelbereiche) und 20 Bezirksregionen (i. d. R. Ortsteile) sowie 34 Planungsräume (i.d.R. Ortslagen) sozialräumliche Daten analysiert werden können.

Abb. 1 Übersicht Lebensweltlich orientierten Planungsräume- LOR[5]



Prognoseräume gem. LOR:
1. Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg, Johannisthal
2. Oberschöneweide, Niederschöneweide, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld, Adlershof
3. Bohnsdorf, Altglienicke, Grünau, Schmöckwitz/Karolinenhof/Rauchfangswerder
4. Allende, Müggelheim, Köpenick-Süd, Altstadt-Kietz
5. Dammvorstadt, Köpenick-Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf/Hessenwinkel

Die Betrachtung bzw. Analyse erfolgt auf Grundlage der neuen Datenbezüge.

---

[4] Lebensweltlich orientierte Räume (LOR); Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - Senatsbeschluss vom 01.08.2006

[5] **Abb. 1** Übersicht Lebensweltlich orientierte Planungsräume (LOR) – Stand März 2009, eigene Darstellung; BA Treptow-Köpenick, SPK und FB Vermessung, Dezember 2012

2 Soziodemografische Bevölkerungsstruktur

a. Treptow-Köpenick im Überblick

Mit ca. 245.951 Einwohnern (Stand 31.12.2013) und einer Gesamtfläche von 167 km² ist Treptow-Köpenick der **größte Berliner Verwaltungsbezirk** und mit rd. 1.472 EW/ km² der **Bezirk mit der geringsten Bevölkerungsdichte** pro km² (Berlin insg. rd. 3.962 EW/km²).

Tab. 1 ausgewählte Kennziffern des Bezirkes[6]

Kennziffer	Bezirk	Berlin
Fläche in km²	167,1	887,7
Bevölkerung	245.951	3.517.424
Frauenanteil in %	51,4	50.9
Ausländeranteil in %	4,5	15,3
Bevölkerungsdichte (EW je km²)	1.472	3.962
Haushaltsnettoeinkommen (Euro je Monat)[7]	2.160	2.220
Arbeitslosenquote in %[8]	9,4	11,2

Der **Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund** (*Deutsche mit Migrationshintergrund, Ausländer*) – liegt bei 9,1 % - davon ausländischer Bevölkerungsanteil 4,5 % - und damit weit unter dem Berliner Durchschnitt (28,4 %). In einzelnen Ortsteilen ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung jedoch relativ hoch, so dass eine räumlich differenzierte Betrachtung erfolgen muss.

Die **Arbeitslosenquote** liegt mit 9,4 % weiterhin unter dem Berliner Durchschnitt (11,2 %), auch wenn in einigen Planungsräumen/Ortsteilen hier ein vergleichsweise hoher Anteil festzustellen ist, so v. a. in Alt Treptow, Plänterwald, Schöneweide, Köllnische Vorstadt und Altstadt/Kietz[8].

Auch ist trotz des insgesamt relativ **hohe**n **Durchschnittseinkommen**s beim *Bedarf **an** **„öffentlichen Leistungen zur Existenzsicherung"*** in einigen Ortsteilen eine Überschreitung des Berliner Vergleichswertes festzustellen. Beachtlich ist hierbei die Problematik von Sozialleistungsbezug und Armutsrisiko – v. a. bei älteren aber auch jungen Menschen.

b. Bevölkerungsentwicklung im Vergleich

Gemäß der aktuellen Bevölkerungsprognose für Berlin 2011-2030 gehört Treptow-Köpenick zu den so genannten „**Wachstumsbezirken"**, d.h. es wird innerhalb der nächsten Jahre ein Zuwachs der Bevölkerung um ca. 8,4 % und damit **um etwa 20.000 Einwohner** auf insgesamt rd. 265.000 Einwohner bis 2030 prognostiziert (Zuwachs Berlin insg. 7,2 %). Ausgehend von den Wohnungsbaupotenzialen im Bezirk **kann sich** diese Zahl mehr als **verdoppeln**.
Diese Entwicklung wird v.a. durch Nachverdichtungspotentiale in den Siedlungsgebieten, Lückenschließung/Sanierung in den städtischen Quartieren und der Umnutzung der großen, ehemals gewerblichen bzw. Industriebrachen zugunsten von Wohnnutzung ermöglicht.

---

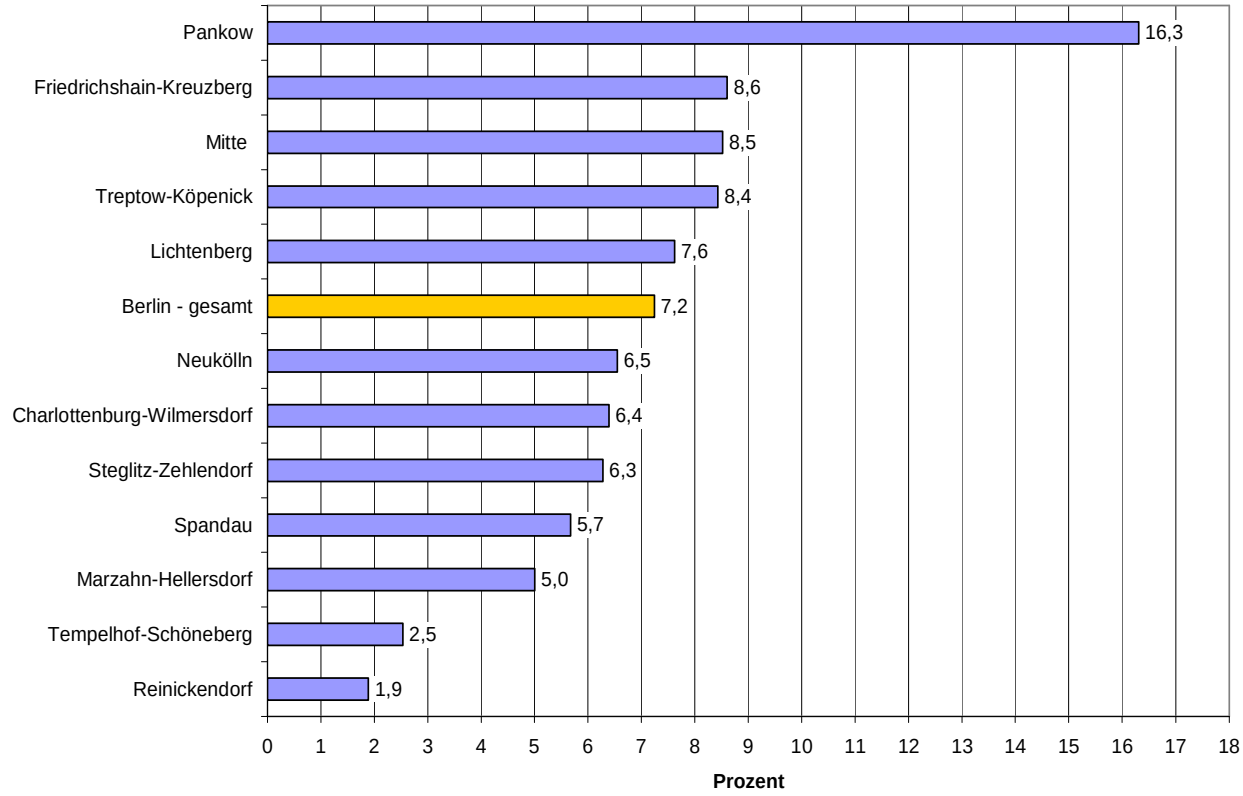
[6] **Tab. 1**: Amt für Statistik Berlin Brandenburg - abgestimmter Datenpool, Daten aus der Einwohnerregisterstatistik per 31.12.2013 (gemeldete Einwohner)

[7] Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Mikrozensus, Ermittlung des mittleren monatlichen Nettoeinkommens der Privathaushalte 2013 in Berlin Berechnung SenStadtUm

[8] Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Dez. 2013, bezogen auf zivile Erwerbspersonen

Abb. 2 Bevölkerungsprognose für Berlin 2011-2030

Prozentuale Veränderung der Bevölkerungszahl der Berliner Bezirke 2011 bis 2030[9]



Eine Konzentration des positiven Wachstums wird vorrangig bis 2020 (rd. 80 % der Zuwachsrate) angenommen. Mit dem Bevölkerungszuwachs sind damit auch **zeitnah erweiterte Ansprüche** an die **Infrastruktur** verbunden. Beim **Wohnungsbau** wird ein **Angebot** für unterschiedliche Zielgruppen und eine sozialgerechte Mischung notwendig, gleiches gilt für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

c. Altersstruktur

Aus der in der nachfolgenden Tab. 2 dargestellten **Bevölkerungsentwicklung in Berlin insgesamt** wird v. a. die überproportionale Einwohnerzuwachs in den höheren Altersgruppen ab 65 J. auf dann 22,8 % der Bevölkerung deutlich. Bei den **Über-80-Jährigen** ist hier **fast eine Verdopplung** zu erwarten. Dies hängt mit der steigenden Lebenserwartung aber auch mit einer zunehmenden Ruhestandswanderung nach Berlin zusammen.
Ergänzend dazu wird bei Kindern- und Jugendlichen ein Zuwachs um fast 20 % prognostiziert. Gleichzeit ist ein rückläufiger Trend bei den jungen Erwachsenen – also den in Ausbildung oder Studium befindlichen Jahrgängen- zu erwarten.

Insgesamt ist in Berlin eine **Erhöhung des Durchschnittsalters** von 42,3 auf 44,2 Jahren zu erwarten. Aktuell liegt derzeit das Durchschnittsalter in Berlin bei 42,9 Jahren.

[9] **Abb. 2** Bevölkerungsprognose für Berlin 2011-2030; SenStadtUm/Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2012

Tab. 2 Bevölkerungsprognose für Berlin Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen (in Tsd. Personen) – mittlere Variante [10]

Altersgruppe	Basis-jahr	Prognosejahre				Veränderung 2012-2030	
	2011	2015	2020	2025	2030	absolut	*in %*
0 - unter 6	193,7	204,4	208,8	203,1	195,4	**1,7**	**0,9%**
6 - unter 18	324,5	346,3	369,6	387,8	388,3	**63,8**	**19,7%**
18 - unter 25	288,7	263,3	260,2	261,8	271,4	**-17,3**	**-6,0%**
25 - unter 45	1.063,4	1.104,7	1.116,0	1.095,6	1.054,6	**-8,8**	**-0,8%**
45 - unter 65	967,3	999,8	997,6	1.003,5	988,0	**20,7**	**2,1%**
65 - unter 80	516,2	533,2	519,5	529,8	590,3	**74,1**	**14,4%**
80 und älter	148,0	171,2	226,6	259,4	267,5	**119,5**	**80,7%**
gesamt	**3.501,9**	**3.622,7**	**3.698,3**	**3.740,9**	**3.755,6**	**253,7**	**7,2%**

Die **Alterstruktur im Bezirk Treptow-Köpenick** entspricht hingegen bereits weitgehend der Prognose für die Gesamtstadt. Bei den Über-60-Jährigen ist bereits der für Berlin erwartete hohe Anteil erreicht und z. T. sogar übertroffen. Damit ist Treptow-Köpenick der einzige Bezirk, bei dem diese Altersgruppe insgesamt etwa den gleichen Anteil an der Bevölkerung beibehält, der sich jedoch auf vergleichsweise sehr hohem Niveau bewegt.

Hier verdeutlicht sich auch die traditionelle Bindung der Bevölkerung an den Bezirk (23,7 % der Bevölkerung sind über 65 Jahre; Berliner Durchschnitt: rd. 19%)[11]. In einzelnen Ortsteilen liegt der Anteil der Über-65-Jährigen noch höher (z.B. Allende Viertel rd. 40 %, Köpenick Nord 33%, Köpenick Süd und Friedrichshagen > 32%).
Das bedingt auch das mit 45,5 Jahren vergleichsweise hohe Durchschnittsalter im Bezirk. Dementsprechend ist auch der natürliche Bevölkerungssaldo[12] negativ: - 1,01 bezogen auf 1.000 EW (Berlin 0,48), wird jedoch durch die starke Zuwanderung aufgefangen.

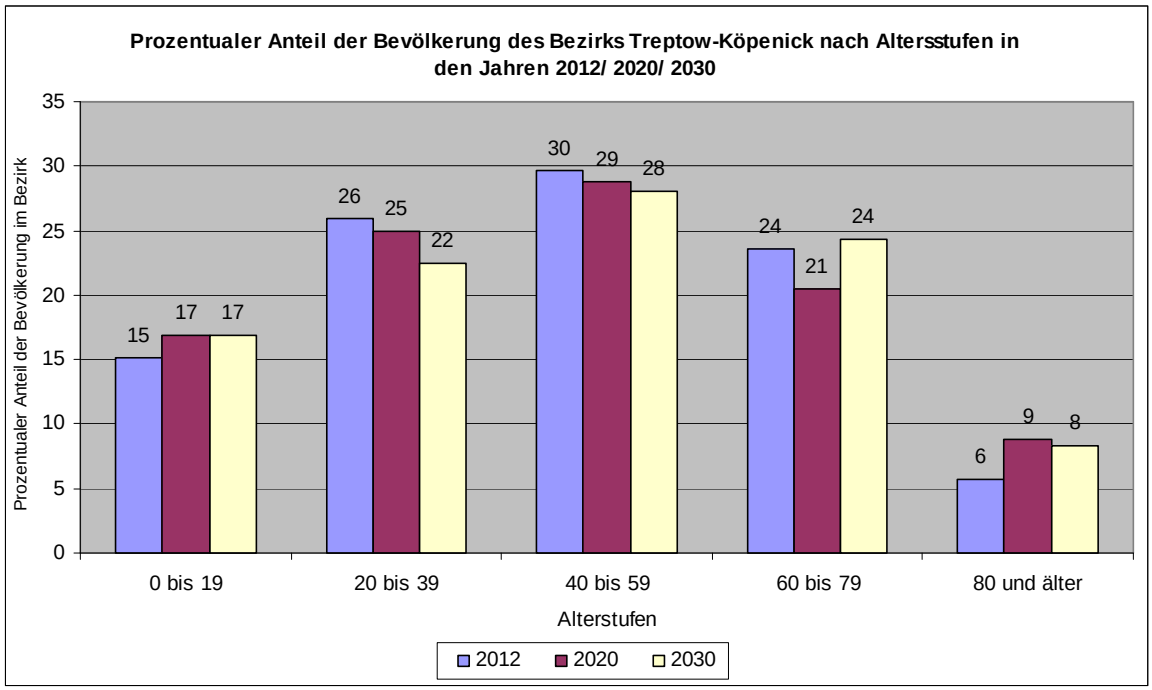
Insgesamt spiegelt sich die Gesamtberliner Prognose auch beim Anteil der Kinder- und Jugendlichen wieder:
Bei den Kindern und Jugendlichen ist im Zeitraum von 2007-2012[13] v. a. bei den bis 6-Jährigen mit rd. 18,4% aber auch den 6-15-Jährigen mit rd. 11.4 % ein deutlicher Anstieg ablesbar. Dies fällt aber räumlich sehr differenziert aus – während einige Bezirksregionen/Ortsteile deutlichen Zuwachsraten zu verzeichnen haben (z. B. Oberschöneweide, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld, Adlershof) ist bei anderen ein Rückgang festzustellen (v.a. Grünau, Altglienicke).
Bei den 15-18-Jährigen ist im gleichen Zeitraum mit -16, 2 % insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen - Ausnahme hier: Grünau und Rahnsdorf/Hessenwinkel. Über dem Durchschnitt liegen dabei das Allende-Viertel, Köpenick Nord, Altglienicke bzw. die Köllnische Vorstadt/ Spindlersfeld.
Das hat insgesamt Auswirkungen auf den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen sowie Jugendfreizeit- und schulischen Einrichtungen. Durch den Zuwachs der 6-15-Jährigen in den nächsten Jahren wird

[10] **Tab. 2** Bevölkerungsprognose für Berlin 2011-2030; SenStadtUm/Amt für Statistik Berlin –Brandenburg 2012
[11] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregisterstatistik, demografische Grundzahlen nach LOR-BZR; 31.12.2013
[12] Der natürliche Bevölkerungssaldo errechnet sich aus den Zu- und Abgängen (Geburten minus Sterbefälle) – im Bezirk Treptow-Köpenick also mehr Sterbefälle als Geburten
[13] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregisterstatistik, Zahlen auf LOR-Ebene 2007-2012; 31.12.2012

der Bedarf v.a. bei der Jugendfreizeit, der Berufsausbildung, der „Jungen Volkshochschule" sowie auch für Kita-Plätze in einigen Bezirksregionen/Ortsteilen steigen.

Damit hat der Bezirk die für die Gesamtstadt zu erwartende Entwicklung schon erreicht. Entsprechend dringend ist die Umsetzung sich daraus ergebender Anforderungen an die Infrastrukturausstattung und - Gestaltung, ein barrierefreies Umfeld sowie die Fortführung bzw. Weiterentwicklung generationsbezogener Strategien.

Abb. 3 prognostizierte Altersstruktur im Bezirk 2012 bis 2030[14]



Im Zeitraum von 2012 bis 2030 wird sich die grundsätzliche **Zusammensetzung der Bevölkerung im Bezirk** nicht wesentlich ändern:

- Positiv ist die Stabilisierung des Anteils von Kindern und Jugendlichen.
- Bei den jungen Erwachsenen und den Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter hingegen ist eine leicht rückläufige Tendenz zu erwarten,
- bei den über 60-Jährigen hat das bisher hohe Niveau im Wesentlichen Bestand. Beachtlich dabei ist jedoch der Anstieg der sog. Hochbetagten von 80 Jahren und älter.

Insgesamt beachtenswert ist, dass ein wesentlicher Anteil des Zuwachses gerade bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei älteren Menschen durch Zuwanderung geprägt ist, d.h. dieser Bevölkerungsanteil wird sich gegenüber den Einwohnern ohne Migrationshintergrund stark erhöhen. Hierbei ist mit sehr unterschiedlichen Bedarfen und starken strukturellen Veränderungen zu rechnen, welche die dringenden Themen wie Bildung, Schule, Berufseinstieg, Gesundheit, als auch Wohnen betreffen.

In den nachfolgenden 3 Abbildungen sind die **demografischen Entwicklungen hinsichtlich der Alterstruktur** in den Jahren 2012 bis 2020 und 2030 nach den 5 Prognoseräumen des Bezirkes Treptow-Köpenick von Berlin dargestellt (vergl. Abb. 1, S. 7).
Hier wird deutlich, dass der Bevölkerungsanteil der Menschen über 60 Jahre in allen Prognoseräumen am höchsten ist, ansonsten jedoch durchaus Unterschiede bestehen.
So ist der Anteil der Kinder bzw. jungen Erwachsenen im Prognoseraum 4 vergleichsweise gering, während in den Prognoseräumen 2 und 1, also den innenstadtnahen städtischen Ortsteilen, der Anteil junger Erwachsener überdurchschnittlich hoch ist und es auch bleibt. Hier profitiert der

[14] **Abb. 3:** Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Bevölkerungsstruktur im Vergleich nach Bezirken, 2012, abgestimmter Datenpool

Bezirk von der Anziehungskraft der Metropole für junge Menschen (derzeit 68 % der Berliner Zuzüge).
Daraus erwachsen z. T. räumlich unterschiedliche Anforderungen an den notwendigen Infrastrukturbedarf und mögliche Strategien bzw. Lösungsansätze. So ist der hohe Anteil der Über-60-Jährigen nicht nur als Herausforderung zu sehen sondern auch als Teil der Lösung: Gerade das Potential der Älteren, der sog. „aktiven Seniorinnen und Senioren", bietet hier Möglichkeiten im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, die zum Wohle aller erschlossen und gefördert werden sollten.

Abb. 4 Altersstruktur nach Prognoseräumen **2012**[15]

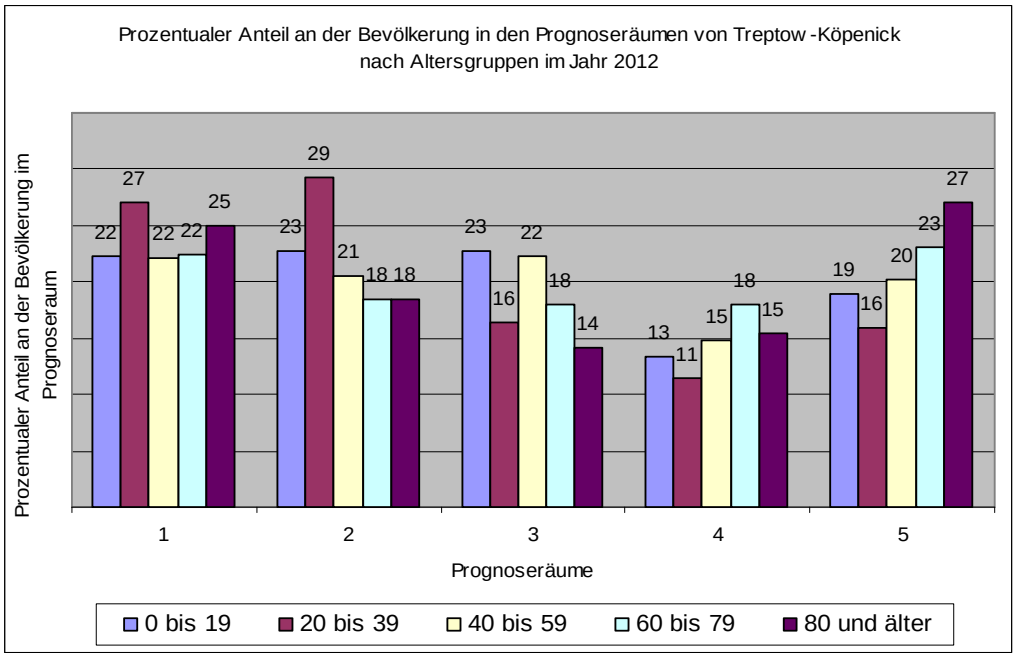
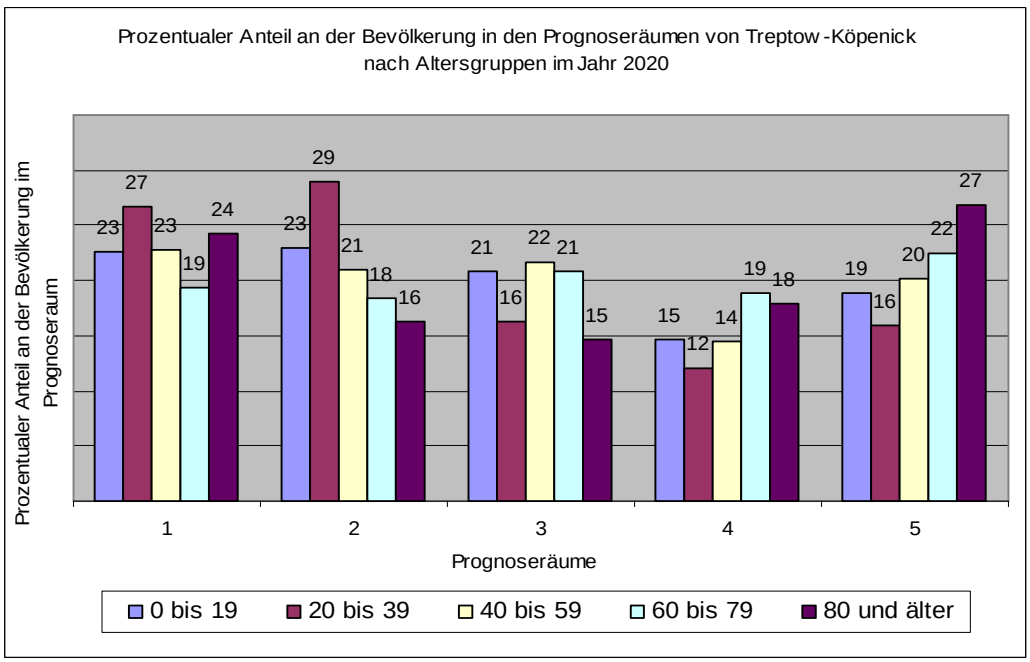
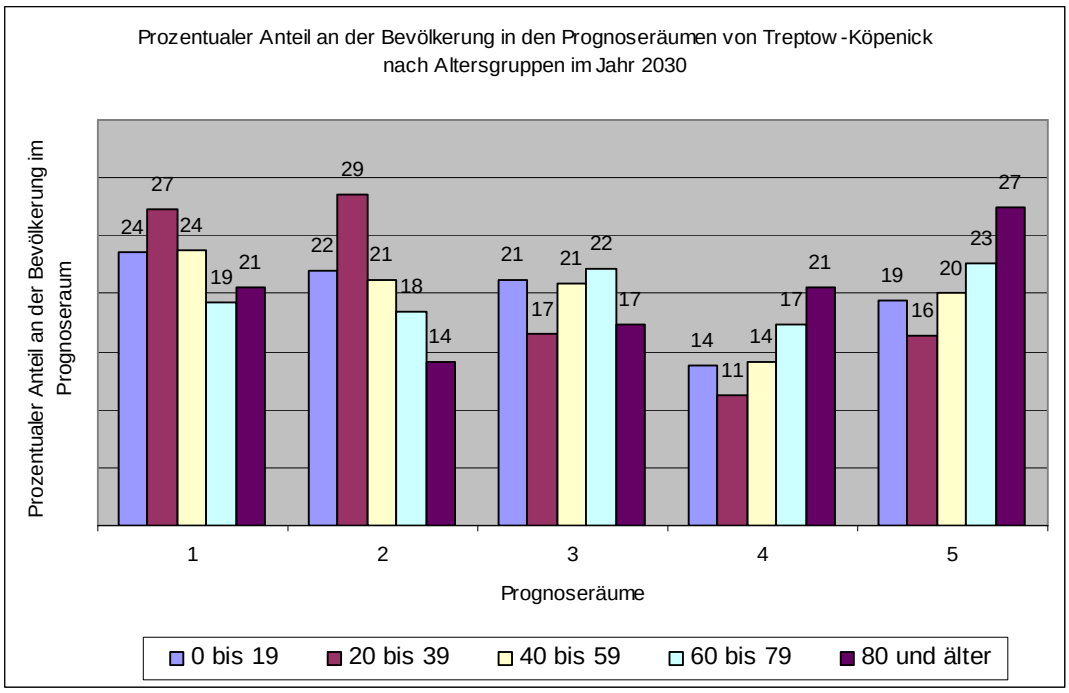


Abb. 5 Altersstruktur nach Prognoseräumen **2020**



[15] **Abb. 4-5** Amt für Statistik Berlin-Brandenburg –vergleich Altersstruktur nach Prognoseräumen, 2012, abgestimmter Datenpool

Abb. 6 Altersstruktur nach Prognoseräumen **2030**[16]



d. Menschen mit Behinderung

Seit der erstmaligen Erhebung der Datenlage für den Gesamtbezirk Treptow-Köpenick im Jahr 2000 in Bezug auf „Menschen mit Behinderung" (Grad der Behinderung zwischen 20 und 100) ist eine stetige Zunahme der betroffenen Personenanzahl festzustellen. Der **Anteil an der Gesamtbevölkerung** des Bezirkes liegt derzeit bei 16,7 %. Fast 18.000 Menschen haben Mobilitätsbehinderungen (ver-sorgungsamtlich anerkannte Hör,- Seh- bzw. Gehbehinderung), die speziellerer Bedingungen hinsichtlich der Barrierefreiheit bedürfen.

Tab. 3 Übersicht Menschen mit Behinderung/ Anteil Menschen mit Mobilitätseinschränkung[17]

Jahr	EW gesamt in Treptow-Köpenick	Menschen mit Behinderung (absolut) Personen	Menschen mit Behinderung % Anteil Gesamt-bevölkerung	Menschen mit Mobilitätsbehinderungen (absolut) Personen	Menschen mit Mobilitätsbehinderungen % Anteil Gesamt-bevölkerung
2000	228.851	30.338	13,3	12.223	5,3
2011	241.487	39.985	16,5	13.533	5,6
2012	243.844	39.324	16,1	13.021	5,3
2014	249.440	41.726	16,7	17.948	7,2

Auf Grund der Altersentwicklung ist zu erwarten, dass die absolute Anzahl von Menschen mit Behinderungen, aber auch mit Mobilitätseinschränkungen wie bisher stetig steigen wird, da die Mehrheit behinderter Menschen im Bezirk über 40 Jahre alt ist. Zudem dürfte die „Dunkelziffer" gerade bei alten Menschen deutlich höher liegen, da viele keinen Antrag mehr auf Anerkennung einer Behinderung an das Versorgungsamt stellen.

[16] **Abb. 6** Amt für Statistik Berlin-Brandenburg –Vergleich Altersstruktur nach Prognoseräumen, 2012 abgestimmter Datenpool

[17] **Tab. 3** Einwohnerdaten aus der Einwohnerregisterstatistik – Amt für Statistik – abgestimmter Datenpool – Stand 31.12.2014: Daten zu Menschen mit Behinderung

Derzeit sind zudem rd. 11, 6 % der Gesamtbevölkerung schwerbehindert, d.h. 28.389 Personen leben mit einem Grad der Behinderung zwischen 50 -100. Das liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (2014: 9,4 %). Zudem leiden 6.236 Personen (2,5% der Bevölkerung) unter neurologische Störungen, Neurosen, Psychosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen.
1.010 Personen leben in T-K mit einer Störungen der geistigen Entwicklung/Lernbehinderung,
645-mal wurden Suchtkrankheiten amtlich festgestellt. Der Anteil behinderter Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung des Bezirkes liegt bei 0,2 %.
Sie alle bedürfen **spezieller Bedingungen hinsichtlich der Barrierefreiheit**, nicht nur im baulichen Sinn für Personen mit Gehbeeinträchtigungen/Gehunfähigkeiten, sondern auch unter Bezug auf Sehbehinderung, Hörbehinderung und Lernbeeinträchtigung/kognitive Fähigkeiten.

Bei **der räumlichen Verteilung** gibt es Unterschiede. Der höchste Anteil der Menschen mit Behinderung lebt im Prognoseraum 1 (Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg, Johannisthal), gefolgt vom Prognoseraum 5 (Friedrichshagen, Rahnsdorf, Dammvorstadt, Köpenick Nord) und 2 (Schöneweide, Adlershof, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld).
Bei der räumlichen Ansiedlung von Menschen mit Behinderung ist neben der Altersstruktur der Ortteile auch beachtlich, wo sich große stationäre Einrichtungen (Pflegeheime, Wohngemeinschaften etc.) befinden. So lebt der höchste Bevölkerungsanteil von Menschen mit Behinderung in Köpenick Süd (Kietzer Feld/ Nachtheide) gefolgt von Baumschulenweg (Baumschulenstr.) sowie dann Adlershof (Ortslage), Friedrichshagen (Bölschestraße) und Köpenick Nord.

e. Geschlechterspezifik

Bei der **Geschlechterverteilung** liegt aktuell der **Anteil der Frauen** an der Bevölkerung insgesamt mit 51,4% **leicht über dem der Männer**, was auch der Kontinuität im Zeitvergleich (2007 – 2012) entspricht. Besonders stark ausgeprägt ist dies bei den Über-60-Jährigen (Frauenanteil rd. 57%).
Bei den Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren sowie bei der Altersgruppe der 27 bis unter 60 Jährigen besteht hingegen eine leichte Dominanz des männlichen Bevölkerungsanteils.

Tab. 4 Anteil der Frauen an den Gesamteinwohnern nach Altersgruppen im Vergleich 2007 bis 2012 im Bezirk Treptow-Köpenick [18]

Einwohnerinnen und Einwohner (EW) nach Altersgruppen	2007	Anteil Frauen in %	2008	Anteil Frauen in %	2009	Anteil Frauen in %	2010	Anteil Frauen in %	2011	Anteil Frauen in %	2012	Anteil Frauen in %
EW 0 bis unter 18 Jahren	30.836	48,4	30.512	48,3	30.971	48,5	31.705	48,6	32.601	48,8	33.544	49,0
EW 18 bis unter 27 Jahren	26.410	50,2	26.602	50,2	25.854	50,1	24.945	50,4	24.034	50,1	23.406	50,3
EW 27 bis unter 60 Jahren	108.573	48,8	109.851	49,0	111.254	49,0	112.441	49,1	113.922	49,0	115.532	48,9
EW 60 Jahre und älter	69.156	57,9	69.113	57,8	69.674	57,5	70.283	57,3	70.930	57,2	71.362	57,1
Summe EW gesamt	234.975	51,6	236.078	51,6	237.753	51,6	239.374	51,6	241.487	51,5	**243.844**	**51,4**

Während insgesamt bei beiden Geschlechtern ein Zuwachs zu verzeichnen ist – in der Altersgruppe der Über-60- Jährigen jedoch nur verhalten - ist bei den Jungen Erwachsenen (18 - 27 J.), die sich i.d.R. in Ausbildung/Studium befinden ein, bei beiden Geschlechtern eine rückläufige Entwicklung festzustellen.
Hinsichtlich des **Durchschnittsalters** wird der Berliner Durchschnitt (Stand 2012) bei den Männern mit 44,0 Jahren (Berlin 41,6 J.) und bei den Frauen mir 46,9 Jahren (Berlin 44, 0 J.) weit übertroffen.
Bei dem **Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund** hingegen liegt der Anteil der Frauen mit 49,4 % leicht unter dem der Männer. Lediglich bei den Über-65 Jährigen dominiert hier wieder der weibliche Bevölkerungsanteil (54,6 %), was auch der Gesamtstruktur im Bezirk entspricht.

[18] **Tab. 4:** Amt für Statistik Berlin Brandenburg - Einwohnerregisterstatistik (2007 bis 2012)

f. Beschäftigte

Ein Zeichen für das **wirtschaftliche Wachstum in Berlin** ist der Anstieg der Löhne und Gehälter, v.a. im Dienstleistungssektor verdienen die Menschen mehr Geld. Seit 2005 sind die Bruttolöhne und –gehälter in Berlin um 25,1 % (2012) angestiegen. Damit liegt Berlin an 2. Stelle nach Bayern und über dem Bundesdurchschnitt (21,8 %)[19].
Auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist in diesem Zeitraum in Berlin um 17,4 % und damit im Ländervergleich am stärksten gestiegen (Bundesdurchschnitt 10,5 %)[20], gleiches gilt auch bei dem hohen Anteil der Selbstständigen (14%)[21] sowie im Vergleich bei den finanzkräftigen IT-Start-ups, also der Ansiedlung vieler internetnaher junger Firmen. Berlin ist ein wichtiger Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien, was sich auch in der hohen Beschäftigungszahl gerade in der digitalen Wirtschaft verdeutlicht (Zuwachs seit 2008 um 48,7%)[22]. Berlin ist heute eine der führenden Gründermetropolen Europas.
Der Bezirk partizipiert stark an dieser Entwicklung. Dazu tragen die bestehenden technologieorientierten Standorte wie die WISTA, der Innovationspark Wuhlheide, Oberschönweide sowie die starken Synergien mit der hier verorteten Hochschullandschaft bei.
Bereits in den vergangenen Jahren stellt sich die **Beschäftigungssituation** im Bezirk günstiger als in Berlin insgesamt dar, 2013 mit einer Arbeitslosenquote von 9,4 % (Berlin 11,2 %). Auch 2014 setzt sich dieser Trend fort (Bezirk 8,6 %, Berlin 10,7%). Im Hinblick auf den für 2020 in Berlin-Brandenburg prognostizierten Fachkräftemangel bedarf es insgesamt entsprechender Strategien.
Beim Bedarf **an „öffentlichen Leistungen zur Existenzsicherung"** ist in einigen Ortsteilen eine Überschreitung des Berliner Vergleichswertes festzustellen.

g. Wanderungsdynamik und Internationalisierung

Der demografische Wandel basiert auf der allgemeinen Erhöhung des Lebensalters, einer **hohen Zahl an Zuzügen im Vergleich zu geringen Wegzügen** (Wanderungssaldo innerhalb Berlins, über die Stadtgrenze hinaus und internationale Wanderungsbewegungen), als auch einem zu erwartenden Geburtenüberschuss im Bezirk. So entfallen auf den Bezirk Treptow-Köpenick von den Berliner Wanderungsgewinnen im Zeitraum von 2004-2013 (insgesamt 5,9 %) rd. 5,5 %. Neben dem Zuwachs an Wohnungen spielt hierbei auch der verstärkte Zuzug der Menschen mit Migrationshintergrund eine nicht unwesentliche Rolle.
Berlin und auch der Bezirk sind daher von einer **zunehmenden Internationalisierung** geprägt: Die Bevölkerung Berlins wird allgemein internationaler und der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt und im Bezirk wächst weiter an. Der Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund (*Deutsche mit Migrationshintergrund, Ausländer*) in Berlin betrug mit Stand 31.12.2013 rd. 28,4 %, im Bezirk nur 9,1 %. Es ist davon auszugehen, dass sich künftig neben Flüchtlingen und den daraus resultierenden Asylbewerberinnen und -bewerbern auch eine große Zahl an Menschen mit Migrationhintergrund im Rahmen der Europäischen Binnenwanderung im Bezirk ansiedeln wird. Der Anteil der Menschen, die eingebürgert werden wollen, wird sich erhöhen.
Berlin ist eine lebendige, weltoffene und tolerante Großstadt, die Menschen aus anderen Ländern der Welt anzieht. Mit der Erhöhung des Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft allgemein und insbesondere auch in Treptow-Köpenick deutlich heterogener wird. Daraus erwachsen vielfältige und individuelle Bedarfe der Menschen unterschiedlicher Hintergründen in Bezug auf Nationalitäten, Ethnien und Religionen.

---

[19] Berlin – Eine Erfolgsgeschichte, Zahlen.Daten.Fakten; Presse und Informationsdienst des Landes Berlin, Sommer 2013- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
[20] Berlin – Eine Erfolgsgeschichte, Zahlen.Daten.Fakten; Presse und Informationsdienst des Landes Berlin, Sommer 2013- Bundesagentur für Arbeit
[21] Ebenda; Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung
[22] Ebenda; Bundesagentur für Arbeit, Investitionsbank Berlin

Im Zusammenhang mit der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich der Zuzug von Menschen aus Ländern der Europäischen Union (EU) verstärkt und es ist davon auszugehen, dass er sich weiter erhöhen wird. Derzeit konzentriert sich dieser Zuzug vor allem auf die Innenstadtbereiche, aber bereits jetzt ist ein steter Zuwachs auch im Bezirk Treptow-Köpenick festzustellen, da das Angebot an bezahlbarem Wohnraum in zentraler Lage begrenzt ist und somit auf andere Quartiere ausgewichen wird. Auch die seit letztem Jahr verstärkte Zuwanderung aus Bürgerkriegsgebieten wirkt sich auf den Bezirk aus, ist jedoch noch nicht statistisch erfasst.
Die territoriale Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist allgemein betrachtet ungleichmäßig und variiert stark zwischen Ortsteilen in Innenstadtlage und Ortsteilen am Bezirksrand. Den mit Abstand höchsten Einwohneranteil mit Migrationshintergrund weist Alt-Treptow auf (24,9%). Erst dann folgen Oberschöneweide, Niederschöneweide, Baumschulenweg, Altglienicke und Plänterwald (zwischen 10-12,9 %).

Tab. 5 B**evölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im Bezirk** nach LOR-Bezirksregionen[23]

Bezirksregionen in Treptow-Köpenick 2013	EW gesamt	EW mit Migrations-hintergrund	darunter Ausländer	EW mit Migrations-hintergrund	darunter Ausländer
		absolut	absolut	in %	in %
090101 Alt-Treptow	11.232	2.797	1.619	24,9	14,4
090102 Plänterwald	10.867	1.110	537	10,2	4,9
090103 Baumschulenweg	17.480	1.905	912	10,9	5,2
090104 Johannisthal	18.470	1.466	574	7,9	3,1
090205 Oberschöneweide	19.956	2.572	1.561	12,9	7,8
090206 Niederschöneweide	10.625	1.272	849	12,0	8,0
090207 Adlershof	15.739	1.251	740	7,9	4,7
090208 Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld	10.071	831	442	8,3	4,4
090309 Altglienicke	25.863	2.659	933	10,3	3,6
090310 Bohnsdorf	12.087	874	443	7,2	3,7
090311 Grünau	5.585	464	301	8,3	5,4
090312 Schmöckwitz/Karolinenhof/Rauchfangswerder	4.067	270	114	6,6	2,8
090413 Köpenick Süd	15.586	697	249	4,5	1,6
090414 Allende-Viertel	6.190	513	273	8,3	4,4
090415 Altstadt Kietz	6.990	645	261	9,2	3,7
090416 Müggelheim	6.530	315	94	4,8	1,4
090517 Friedrichshagen	17.686	890	399	5,0	2,3
090518 Rahnsdorf/Hessenwinkel	8.998	550	216	6,1	2,4
090519 Dammvorstadt	9.679	618	314	6,4	3,2
090520 Köpenick Nord	12.250	583	234	4,8	1,9
09 Treptow-Köpenick	**245.951**	**22.282**	**11.065**	**9,1**	**4,5**

Hinsichtlich der **Herkunftsregionen** sind im Bezirk v. a. Zuwanderungen aus Staaten der ehem. Sowjetunion und aus Polen mit einem hohen Bevölkerungsanteil vertreten.
Menschen aus der Türkei, dem ehem. Jugoslawien bzw. dessen Nachfolgestaaten und Vietnam haben aktuell ebenfalls einen erheblichen Anteil an der Zuwanderung. Etwas abgeschlagen folgen Zuzügen aus arabischen Ländern sowie Bulgarien bzw. den EU Mitgliedsstaaten:

[23] **Tab. 5** Amt für Statistik Berlin Brandenburg - Einwohnerregisterstatistik Berlin Stand 31.12.2013

Tab. 6 Einwohner im Bezirk mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgebieten[24]

Stichtag	EW gesamt	Darunter aus ausgewählten Herkunftsgebieten													
		Euro-päische Union (EU)	darunter							Ehem. Jugoslawien und Nachfolge	Ehem. Sowjetunion und Nachfolge	Türkei	Arabische Länder	Vereinigte Staaten / USA	Vietnam
			Frank-reich	Griechen-land	Italien	Österreich	Vereinigtes Königreich	Polen	Bulgarien						
Deutsche mit Migrationshintergrund															
31.12.2013	11.217	3.866	151	67	143	144	106	1.528	169	504	2.637	826	547	144	308
31.12.2012	10.746	3.757	143	69	123	130	104	1.467	164	460	2.600	814	467	122	311
31.12.2011	10.237	3.546	125	52	103	131	88	1.393	153	435	2.560	776	417	115	275
31.12.2010	9.779	3.367	129	55	86	129	83	1.266	142	425	2.526	739	389	94	270
31.12.2009	9.447	3.231	133	51	105	143	50	1.242	126	391	2.472	703	408	93	242
Ausländer															
31.12.2013	11.065	5.282	240	200	388	268	209	1.778	604	976	1.094	885	417	176	744
31.12.2012	9.726	4.478	210	176	311	244	183	1.509	492	776	1.086	849	320	157	757
31.12.2011	8.527	3.731	162	125	259	215	154	1.405	302	671	1.001	798	317	149	736
31.12.2010	7.828	3.165	155	86	226	199	133	1.200	227	676	945	791	273	136	775
31.12.2009	7.444	2.881	131	82	213	178	124	1.082	191	655	981	774	268	143	767
Summe EW mit Migrationshintergrund															
31.12.2013	22.282	9.148	391	267	531	412	315	3.306	773	1.480	3.731	1.711	964	320	1.052
31.12.2012	20.472	8.235	353	245	434	374	287	2.976	656	1.236	3.686	1.663	787	279	1.068
31.12.2011	18.764	7.277	287	177	362	346	242	2.798	455	1.106	3.561	1.574	734	264	1.011
31.12.2010	17.607	6.532	284	141	312	328	216	2.466	369	1.101	3.471	1.530	662	230	1.045
31.12.2009	16.891	6.112	264	133	318	321	174	2.324	317	1.046	3.453	1.477	676	236	1.009

Die Strukturen der migrantischen Bevölkerung sind je nach kulturellem Hintergrund sehr unterschiedlich und je nach Zuzügen sind insbesondere bei der **Familiengröße** große Unterschiede zu erwarten. Überwiegend ist diese höher als bei der nicht-migrantischen Bevölkerung.
Zudem erfolgt die **Zuwanderung häufiger durch junge Menschen**, welche bereits mit Kindern anreisen oder aber noch in der Familienplanung stecken.
Das hat erheblichen Anteil am insgesamt prognostizierten Zuwachs bei Kindern und Jugendlichen und damit auch Auswirkungen auf die Themen wie Bildung, Schule, Berufseinstieg, Gesundheit, Freizeit sowie das Wohnen und das soziale Zusammenleben. Im Hinblick auf den sich erhöhenden Anteil der Über-60-Jährigen mit migrantischem Hintergrund ergeben sich Herausforderungen im Hinblick auf Unterstützung, Pflege aber auch gesellschaftliche Teilhabe.

h. Wohnungsbauentwicklung

Berlin ist eine Mieterstadt. Rund 85 % des Berliner **Wohnungsbestandes**[25] sind Mietwohnungen - der Bezirk liegt dabei mit 80,2 % im unteren Drittel. Dabei befinden sich rd. 18% der Berliner Mietwohnungen im Besitz städtischer Wohnungsunternehmen und rd. 12 % im Bestand der Wohnungsgenossenschaften. Die Umwandlungsquote von Miet- in Eigentumswohnungen bzw. in Gewerbe ist in Treptow-Köpenick im Vergleich zum Vorjahr (0,17%) auf 0,45 % zwar leicht angestiegen (Berlin von 0,44 % auf 0,56%), aber im Berlin-Vergleich ohne Relevanz für die Wohnraumversorgung.

Ausschlaggebend für die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist die Zahl der Haushalte, nicht die Bevölkerungszahl. Derzeit besteht insgesamt die **Tendenz zu immer kleineren Haushalten**[26], v.a. die Zunahme von allein lebenden Personen. Gründe dafür sind der Verlust des Ehepartners im Alter, die hohe Zahl von Scheidungen, Alleinerziehende oder Alleinlebende in Ausbildung oder des Berufs wegen.
Der Anteil der Ein-Personen–Haushalte im Bezirk- 49,6 % (2013) und damit unter dem Berliner Durchschnitt (54,1%) - ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Auch die durchschnittliche Haushaltsgröße im Bezirk von 1,75 Personen (Berlin 1,75) bestätigt die Tendenz (vergl. oben).
Damit einher geht ein **leichter Rückgang der durchschnittlichen Wohnfläche:**

- durchschnittlichen Wohnfläche je Einwohner (EW) in Treptow-Köpenick: 39,8 m²/EW (Berlin 40,1 m²/EW),

[24] **Tab. 6** Amt für Statistik Berlin Brandenburg - Einwohnerregisterstatistik 2009-2013
[25] IBB Wohnungsmarktbericht 2014, Investitionsbank Berlin i. Zus. GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH, Februar 2015
[26] Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 11.07.2013

- durchschnittliche Wohnungsgröße in Treptow-Köpenick: 72,9 m² (Berlin 72,9 m²) ,

was v.a. der **höheren Mietbelastungsquote**[27] bzw. dem Anstieg der Angebotsmieten und Kaufpreise insgesamt geschuldet ist, bedingt durch den starken Bevölkerungszuwachs.
Die Mietbelastungsquote liegt bundesweit mit rd. 27,3 %[28] noch leicht unter der angenommenen Belastungsgrenze von einem Drittel des Haushaltseinkommens. Die durchschnittliche Mietbelastung der Haushalte **im Bezirk**[29] liegt zwar mit rd. 27,6 % unter der Berlins (28,6 %), ist aber gerade für Ein-Personen-Haushalte aber auch größere Haushalte, also Familien mit Kindern, wesentlich höher.

Insgesamt ist zudem ein **leichter Anstieg der Nettokaltmiete im Bezirk**[30] festzustellen. Der stärkste Anstieg ist dabei in Bereichen mit bisher unterdurchschnittlichem Mietniveau zu verzeichnen (Alt-Treptow, Plänterwald, Bohnsdorf, Müggelheim). Der mittlere Angebotspreis liegt im Bezirk bei 7,12 € (pro m² Wohnfläche/kalt) und damit unter dem Berliner Wert von 8,25 €. Höhere Mieten finden sich v. a. in Alt Treptow, Köpenick Nord und den Traditionslagen Friedrichhagen, Wendenschloss oder Grünau. Unterdurchschnittliche Angebotsmieten bestehen derzeit noch in den eher einfachen Wohnlagen Oberschöneweide, Johannisthal oder Adlershof.

Das derzeitige **Wohnungsangebot**[31] im Bezirk stellt sich wie folgt dar (Miete netto kalt):
In allen Preis-Segmenten und Angebotsformen wird die Lage weiterhin angespannt bleiben, d.h. die Nachfrage übersteigt das Angebot. Selbst bei der derzeit noch angemessenen Situation im oberen Mietpreissegment (> 8,00 €/m²) erfolgt durch verstärkte Nachfrage eine Verknappung. Gleiches gilt für das derzeit noch relativ geringe Angebot von Ein-, Zweifamilien- und Reihenhäusern zur Miete. Zudem wird eine Zunahme der Nachfrage für Wohneigentum – Eigentumswohnungen, Einfamilien- und Reihenhäusern, Doppelhaushälften - angenommen. Besonders große Angebotsdefizite sind bei preisgebundenen Mietwohnungen (unter 6 €/m²) und im mittleren Mietpreissegment zu erwarten, zumal Nebenkosten steigen und über die energetische Sanierung zusätzliche Kostensteigerungen zu erwarten sind.
Um der steigenden Nachfrage unterschiedlicher Zielgruppen zu begegnen, muss daher künftig neben eigentumsorientierten Wohnformen (hier v.a. Eigentumswohnungen) auch mietgebundener Wohnraum (barrierearm, kleiner 100 m² Wohnfläche) geschaffen werden.

In Berlin wurden 2013 insgesamt 6.641 Wohnungen[32] fertig gestellt, das sind 22,6 % mehr als 2012. Davon sind rd. 41,1 % Eigentumswohnungen. Insgesamt wurden 4.647 Wohnungen neu gebaut, das ist ein Zuwachs um 10,5 % zum Vorjahr. Bei den durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstandenen 1.994 Wohnungen ist sogar ein Zuwachs von 64,5 % zu verzeichnen.
Die meisten Wohnungen wurden in Pankow, Mitte und Lichtenberg, gefolgt von Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick, realisiert.

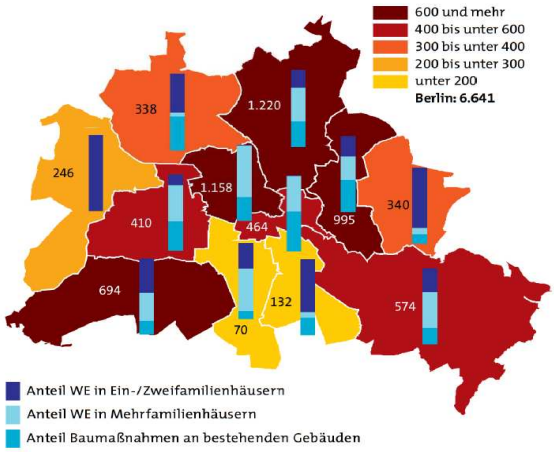


Abb. 7 Wohnungsbau in den Berliner Bezirken **2013**[33]

[27] Mietbelastungsquote = Anteil der Mietkosten am Gesamteinkommen der Haushalte
[28] Mikrozensus Zusatzerhebung 2010, „Bestand und Struktur der Wohneinheiten", Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012 sowie Pressemitteilung 11.07.2013
[29] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, statistischer Bericht über den Mikrozensus 2010, Veröffentlichung 2012
[30] IBB Wohnungsmarktbericht 2014, Investitionsbank Berlin i. Zus. GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH, Februar 2015
[31] ebenda
[32] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Baufertigstellungen im Jahr 2013, Pressemitteilung Nr. 122 vom 12. Mai 2014

Von den 574 fertig gestellten Wohnungen im Bezirk Treptow-Köpenick wurden 462 neu gebaut. Das sind weniger Wohnungen als im Jahr 2012 (487 WE), im Vergleich zum Jahr 2010 hat sich die Anzahl allerdings verdoppelt.
Im Jahr 2014 wurden im Bezirk Treptow- Köpenick Baugenehmigungen für 3.060 Wohneinheiten[34], davon durch Errichtung neuer Wohngebäude insgesamt 2.804 Wohnungen[35] und damit 16,2 % Wohnungen in Berlin insgesamt erteilt (Berlin 17.316 WE). Der Bezirk befindet sich damit nach Mitte an zweiter Position. In Bezug auf die räumliche Verteilung liegen hier die Schwerpunkte bezüglich des Zuwachses an Wohnraum in Adlershof, Schöneweide, Altglienicke und in der Dammvorstadt.

Ausgehend von der aktuellen Bevölkerungsprognose sind **in Berlin rd. 137.000 Wohnungen** – mind. 10.000 Wohnungen pro Jahr- **erforderlich**, um den erwarteten Zusatzbedarf zu befriedigen. Die Nachfrage wird in den nächsten Jahren am größten ausfallen, der größte Teil der ermittelten Wohnungspotentiale Berlins ist jedoch erst mittel- bis langfristig verfügbar. Dies führt v. a. in der Innenstadt zu einem angespannten Wohnungsmarkt, wird jedoch auch im Bezirk spürbar.
Von den im Rahmen des Stadtentwicklungsplans Wohnen (StEP Wohnen 2025)[36] identifizierten Wohnungsbaupotentialen bis 2030 könnten allein **im Bezirk rd. 36.000 Wohneinheiten** (WE) umgesetzt werden.

In den nächsten 2 Jahren werden gemäß dem **bezirklichen Entwicklungskonzept Wohnen** rd. 6.000 Wohnungen in die Bauphase gehen. Insgesamt könnten über Bebauungspläne und Nachverdichtung **etwa 28.000 Wohnungen bis 2030** realisiert werden[37]. Umgesetzt wird hierbei vorrangig Geschosswohnungsbau in unterschiedlichen Angebots- und Eigentumsformen, aber auch klassische Ein- und Zweifamilienhäuser in den äußeren Ortsteilen.
Von Bedeutung ist traditionell im Bezirk das genossenschaftliche Wohnen für bezahlbaren Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen. Neben Seniorenwohnanlagen bzw. generationsübergreifenden Modellen gerade der Wohnungsbaugenossenschaften und –gesellschaften sind bei der Planung und Umsetzung auch zunehmend Angebote für Studenten vertreten. Letztere v. a. im Bereich Adlershof/WISTA und Schöneweide. Hier wird sich dadurch auch das Angebot an kleinen Wohnungen verstärken.

Insgesamt bestehen im Bezirk Treptow-Köpenick alle Voraussetzungen für eine starke Zunahme des Wohnungsneubaus: So ist der Bezirk aufgrund seiner Lagegunst für Investoren besonders attraktiv und es stehen genügend Flächenpotenziale zur Verfügung. Problematisch ist bereits aktuell, dass die soziale und technische Infrastruktur mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten kann.

---

[33] **Abb. 7** IBB Wohnungsmarktbericht 2014, Investitionsbank Berlin i. Zus. GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH, März 2014, Abb. 32 **-** Wohnungsbau in den Berliner Bezirken 2013; Basis Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

[34] Bezirksamt Treptow-Köpenick, Bau- und Wohnungsaufsichtsamt, eBG, eigene Statistik, Stand April 2015

[35] Statistischer Bericht November 2014, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden in Berlin, 01.01.-30.11.2014 nach Bezirken

[36] Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen 2025), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Juli 2014

[37] Entwicklungskonzept Wohnen- Wohungsbaupotenzialanalyse,2013/2014 – Bezirk Treptow-Köpenick, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, BA Beschluss November 2014

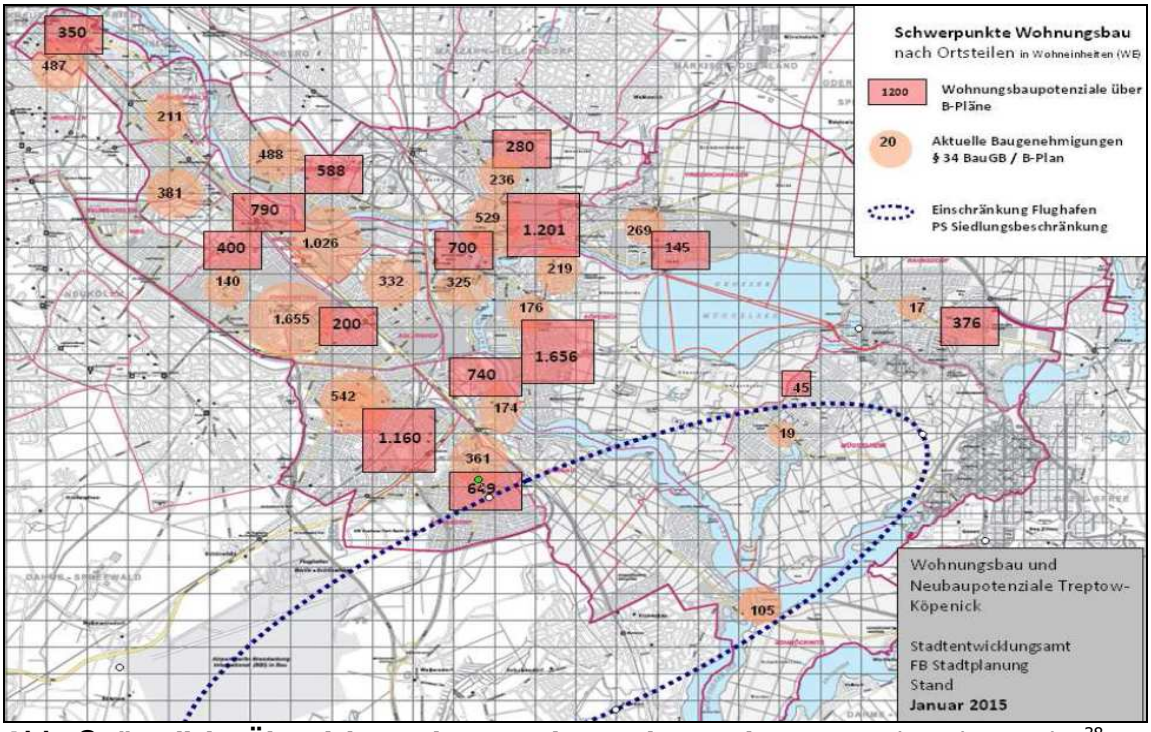


Abb. 8 räumliche Übersicht - Schwerpunkte Wohnungsbau im Bezirk nach Ortteilen[38]

3 Fazit

Der Bezirk verfügt über vergleichsweise gute Ausgangsbedingungen für die Bewältigung des demografischen Wandels. Neben einer niedrigen Arbeitslosenquote und einem guten Durchschnittseinkommen wird auch weiterhin ein erheblicher Bevölkerungszuwachs bzw. auch ein Zuwachs an Kindern und Jugendlichen erwartet.
Besondere Herausforderungen ergeben sich für den Bezirk aus dem hohen Bevölkerungsanteil der Über-65-Jährigen, dem hohen Anteil von mobilitätseingeschränkten Menschen, dem hohen Durchschnittsalter insgesamt sowie der zunehmenden Internationalisierung – v.a. bei Kindern- und Jugendlichen und älteren Menschen.

Trotz kontinuierlichem und überdurchschnittlichem Zuwachs beim Wohnungsbau in den vergangenen Jahren kann für den Wohnungsmarkt noch keine Entlastung angenommen werden. Bedingt v.a. durch den anhaltenden Zuzug und der damit einhergehenden Verknappung des Wohnungsangebotes aber auch die Herstellung allgemeiner Ausstattungsstandards ist ein Anstieg der Angebotsmieten und Kaufpreise festzustellen, was auch im Bezirk zu einer höheren Belastung der Haushalte führt.
Die höhere (Miet)Belastung und die anhaltende Tendenz zu kleineren Haushalten bedingen wiederum den leichten Rückgang der durchschnittlichen Wohnfläche. Insgesamt steigt die Nachfrage nach kleinen, preisgünstigen Wohnungen aber auch nach bezahlbaren Angeboten für Familien - gerade im mittleren und unteren Preissegment steht dem kein adäquates Angebot gegenüber.
Beachtlich ist hierbei auch der Bedarf an „öffentlichen Transferleistungen", bei dem in einigen Ortsteilen eine Überschreitung des Berliner Vergleichswertes festzustellen ist und das damit einher gehende Armuts- und Verdrängungsrisiko. Das gilt sowohl für junge als auch für ältere Menschen.

Ziel ist daher die Fortführung bzw. Weiterentwicklung generationsbezogene Strategien sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe und starken strukturellen Veränderungen v.a. bei der Infrastruktursicherung aber auch bei allen anderen Bereichen des Lebens.
Dies trifft sowohl auf die Anpassung des Wohnungsbestandes als auch auf den Neubau zu.

[38] **Abb. 8** FB Stadtplanung –Übersicht Wohnungsbau im Bezirk, eigene Darstellung Januar 2015

III. Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels

1. Allgemeines

Der demografische Wandel wird in der öffentlichen Diskussion ganz überwiegend negativ bewertet und mit den Problemen der Finanzierbarkeit der Sozial- und Gesundheitssysteme, der drohenden Altersarmut, der Vergreisung der Gesellschaft und entsprechender Verteilungskämpfe zwischen den Generationen verbunden. Es ist auch nicht zu leugnen, dass der demografische Wandel zu erheblichen Herausforderungen z.B. im Pflegebereich oder beim Wohnungsangebot führen wird. So wird gemäß der bereits genannten Studie der Bertelsmannstiftung aus dem Jahr 2011 die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 bundesweit um 50 % ansteigen, die Zahl der dort Beschäftigten aber deutlich abnehmen. Es könnte so zu einer bundesweiten Versorgungslücke von 500.000 Pflegekräften kommen. Auch die Verfügbarkeit eines entsprechend angepassten Wohnraumangebotes - altersgerecht und sozial verträglich - stellt nicht nur für den Bezirk Treptow-Köpenick derzeit eine große Herausforderung dar. Barrierefreiheit und Preislenkung über Wohnungsgröße oder Ausstattung ist hier ein Thema, das durch die aktuelle Wohnungs- und Liegenschaftspolitik des Landes Berlin zwar erkannt, aber noch nicht gelöst ist.
Für den Bezirk Treptow-Köpenick ist es natürlich nicht möglich, die gesamtgesellschaftlichen Probleme des demografischen Wandels zu lösen. In dem vorliegenden Handlungskonzept wird es daher vor allem darum gehen, Möglichkeiten und Chancen des Bezirkes Treptow-Köpenick darzustellen, Ziele zu definieren und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen.
In diesem Zusammenhang ist beispielsweise auf den **Bürgerreport zum demografischen Wandel** vom 16./17. Februar 2013[39] zu verweisen. Das Bundesministerium hat vor dem Hintergrund des demografischen Wandels einen Bürgerdialog durchgeführt. Als Schwerpunktthemen wurden die Bereiche **Zusammenleben**, **Arbeitswelt**, **lebenslanges Lernen** gewählt. Gerade aus dem bundesweit geführten Bürgerdialog und den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger bundesweit ergeben sich Aspekte, die auch für den Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin von großem Interesse sind:

- Für den Bereich **Zusammenleben** heißt es u. a.: „Wichtiges Ziel ist der Austausch zwischen Jung und Alt, der zu fördern ist. Gefordert werden Generationstreffpunkte, die einen intensiven Austausch und eine Unterstützung zwischen den Generationen ermöglichen." Es heißt u. a.: „Politik und Kommunen sollen Generationstreffs unterstützen, indem sie Räume in zentraler Lage zur Verfügung stellen und auf ihren Plattformen Werbung machen. Zudem ist es wichtig, dass Politik und Verwaltung unterstützende Rahmenbedingungen für die Generationstreffs schaffen (finanzielle Unterstützung, Versicherungsschutz)." An anderer Stelle heißt es: „Um allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, am gesellschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen, sollen Begegnungsstätten aufgebaut werden, die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher kultureller Herkunft bei einer gemeinsamen Freizeitgestaltung in Kontakt bringen. Im engen Austausch mit den Menschen vor Ort müssen Hobbys und Interessen identifiziert werden, die über Alters- bzw. kulturelle Grenzen hinweg für die Menschen von Bedeutung sind, Freude machen und dadurch Offenheit fördern und Kontakt schaffen. In den Begegnungsstätten sollte es auch Bildungsangebote geben – denn gelernt wird immer gemeinsam, im Austausch mit anderen."
- Für den Bereich **Arbeitswelt** werden folgende Ansätze vorgeschlagen: Neben der Unterstützung des Berufseinstieges bereits während der Schulzeit durch interaktiven Zugang zu Praxiserfahrungen sollen auch die Zugangshürden bei der Bewerbung, insbesondere auch für AnfängerInnen mit Migrationshintergrund, abgebaut bzw. überprüft werden. Es sollen Anreize für Berufe geschaffen werden, die bisher unter schlechtem Image oder geringer Bekanntheit leiden, für die jedoch absehbar künftig ein Fachkräftemangel zu erwarten ist. So heißt es u. a.: „Hierfür müssen z.B. Pflegeberufe, beginnend mit der Ausbildung, besser vergütet werden." Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten sind entsprechende

[39] Bürgerreport zum demografischen Wandel, Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 16./17. Februar 2013

Rahmenbedingungen wichtig: neben der Arbeitsplatzsicherung und Perspektiveröffnung durch die Arbeitgeber sind auch die Bereitstellung der notwendigen sozialen Infrastruktur (u.a. Kita, Pflegeinrichtungen) bzw. angepasste Öffnungszeiten für die unterschiedlichen Lebensphasen wichtig. Um künftig möglichst lange am Arbeitsprozess teilhaben zu können, sind Lösungen für eine altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung sinnvoll, die einerseits auf die abnehmende körperliche Leistungsfähigkeit abstellen und sich andererseits die vorhandene Kompetenz und Erfahrung zunutze machen: beispielsweise Netzwerke, Beratungs-/Mentorenprogramme oder Schulungen speziell für ältere Beschäftigte.

- Zum Bereich **lebenslanges Lernen** heißt es u. a.: „Gesellschaftliches Engagement stärken – Ehrenamt schützen. Um ideenreich und innovativ zu bleiben, muss das Ehrenamt gestärkt werden. Wir müssen uns darüber verständigen, was ist Ehrenamt, was kann der/die Einzelne freiwillig tun und was muss der Staat leisten? Das Ehrenamt gibt den Bürgerinnen und Bürgern Freiräume, um kreativ zu sein und sich auszuprobieren. Dort gibt es Raum, Neues zu wagen ohne den Druck der Erwerbsarbeit. Engagement sollte flexibel und auch zeitlich begrenzt möglich sein. Im Bürgerschaftlichen Engagement werden kulturelle Grenzen überwunden (z.B. im Sportverein) und verschiedene Generationen setzen sich für ein gemeinsames Ziel ein (z.B. Freiwillige Feuerwehr)." Es heißt weiterhin: „Es müssen Anreize und Rahmenbedingungen für das Ehrenamt entwickelt werden... ."

Der Bürgerreport zeigt u. a., dass der Ansatz des Bezirksamtes Treptow-Köpenick mit der Verabschiedung der **Leitlinien zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements** sowie die Strategie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements mit z.B. der Finanzierung des **Freiwilligenzentrums „STERNENFISCHER"** und der **10 kommunalen KIEZKLUBs** vor dem Hintergrund des demografischen Wandels richtig und wichtig ist. Gleiches gilt für die Bemühungen im Rahmen der Bildungs- und Sozialangebote bzw. bei den Ausbildungsinitiativen. Hierbei übernimmt die **Volkshochschule** als größter Anbieter kommunaler Bildungsangebote eine besondere Rolle.
Die steigende Lebenserwartung, die steigenden Möglichkeiten des Engagements der Zivilgesellschaft, die neue Freiheit zur Selbstbestimmung in der 3. Lebensphase sind eine Errungenschaft unserer Gesellschaft. Dieses Potential sollte für den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft - gerade vor dem Hintergrund der Reduzierung öffentlicher Aufgaben – genutzt und gefördert werden.

Mit der geänderten Zusammensetzung der Bevölkerung sind veränderte Erwartungshaltungen an neue Nutzungsstrukturen verbunden. Hierzu wurden bereits im Rahmen der **„lokalen Agenda 21"**[40] und im **„regionalen Entwicklungskonzept für den Bezirk Treptow-Köpenick, Entwicklungsraum BER –Berlin Südost"**[41] entsprechende Leitlinien und Handlungsansätze formuliert. Menschengerechte Städte zu planen bedeutet, auf die aktuellen demografischen Verhältnisse zu reagieren.

Neben eher konzeptionellen Ansätzen und fachübergreifenden Leitbildern bei der Planung sowie der Sicherung bzw. Ausprägung der notwendigen Infrastruktur kann in der praktischen Umsetzung der entsprechenden Anforderungen z. T. auf rechtliche Vorgaben aus der Bundes– und Landegesetzgebung zurück gegriffen werden, die jedoch nur bedingt alle Aspekte entsprechend umfassen. Weitere Vorgaben bieten bundesweit angewandte Richtlinien kommunaler Spitzenverbände wie z.B. des Deutschen Städtetags.

[40] Lokale Agenda 21, 2004
[41] regionalen Entwicklungskonzept für den Bezirk Treptow-Köpenick, Entwicklungsraum BER –Berlin Südost" , BA Treptow-Köpenick, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung BA-Beschluss Mai 2012

2. Gesamtbezirkliches Leitbild und Strategie

Mithilfe des Handlungskonzeptes soll die Entwicklung zu einer generationengerechten und weltoffenen Kommune gefördert werden. Dabei sind für den Bezirk folgende **Herausforderungen** aus dem demografische Wandel (auch im Vergleich zur Metropole Berlin) relevant:

- der bereits heute hohe Anteil der Über-65-Jährigen mit steigender Tendenz
- die Bindung von Familien und junge Erwachsenen an den Bezirk
- die Sicherung des sozialen Zusammenhalts und Zusammenlebens
- die Förderung der Partizipation

Aus den Herausforderungen wurden **resortübergreifende Handlungsfelder** abgeleitet, die i.S. einer Schwerpunktsetzung wirken sollen. Innerhalb jedes Handlungsfeldes werden **strategische Ziele** verfolgt, die sich aus den konkreten Herausforderungen ableiten und den Rahmen für die schwerpunktmäßig verfolgten Ansätze bilden:

Handlungsfeld Leben im Alter
- Gesundheit im Alter
- Selbstbestimmtes Wohnen und Leben ermöglichen
- Versorgung und Pflege sicher stellen

Handlungsfeld Kinder, Jugend und Familien
- jugend- und familienfreundliche Stadt
- Zugang erleichtern – Kompetenzen ausbauen

Handlungsfeld Arbeit und Verwaltung
- Potentiale erschließen - Fachkräftemangel vorbeugen
- Zukunftsfähige Verwaltung

Handlungsfeld Gleichstellung und Teilhabe
- Teilhabe ermöglichen – Chancen erhöhen
- Vielfalt und Toleranz fördern - Zusammenhalt stärken

Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement
- Beteiligung ermöglichen und wertschätzen
- Engagement nutzen und fördern
- Potential der „aktiv Alternden" erschließen

In allen fünf Handlungsfeldern wird aufgrund der engen Wechselbeziehungen innerhalb der sozialen und generationsübergreifenden Themen ein fachübergreifender Ansatz bei der Betrachtung verfolgt. Aus der Systematik ergeben sich z. T. inhaltliche Überschneidungen, die der Komplexität der Thematik geschuldet sind.

Das Leitbild ist die Schaffung einer lebenswerten, generationengerechten und weltoffenen Kommune unter dem Motto "Treptow-Köpenick – Vielfalt engagiert leben".

IV Handlungsfelder und Ziele

1. Handlungsfeld Leben im Alter

1.1 Gesundheit im Alter

Berlin und besonders der Bezirk Treptow-Köpenick stehen vor der Herausforderung, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung weiterhin ändern wird. Die **Menschen werden allgemein älter** und sind **im Alter aktiver** und zwar unabhängig von Geschlecht und Herkunft bzw. kulturellem Hintergrund.
Der Bezirk Treptow-Köpenick zählt derzeit 245 951 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 31.12.2013). Bis zum Jahr 2030 wird gem. Bevölkerungsprognose Berlin ein Zuwachs um ca. 20.000 Personen erwartet. Ausgehend von den Wohnungsbaupotentialen im Bezirk kann sich diese Zahl mehr als verdoppeln. Schon heute liegt der Bevölkerungsanteil der Über-65-Jährigen bei ca. 24 %. Bis 2030 wird derzeit ein Zuwachs der absolute Zahl der älteren Menschen um mehr als 14.000 Personen erwartet.
Da der Bezirk Treptow-Köpenick bereits den in Berlin und bundesweit zu erwartenden demografischen Wandel, also die erhebliche Zunahme der Menschen im Alter von über 65 Jahren, vollzogen hat, liegt der Fokus der Gesundheitsplanung auch in der Legislaturperiode 2011 bis 2016 und darüber hinaus besonders bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern.

Neben Prävention und Gesundheitsförderung wird in dieser demografischen Situation der Sicherung einer **wohnortnahen ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung** ein hoher Stellenwert zugemessen.
Einer seit 2003 stetig steigenden Einwohnerzahl steht dabei die Abnahme der absoluten Anzahl von Hausärzten im Bezirk Treptow- Köpenick gegenüber. Im Berliner Ranking des Versorgungsgrades der Haus – und Fachärzte belegt der Bezirk Treptow- Köpenick z.B. bei Hausärzten, Internisten und Neurologen den 12. Platz und bei Augenärzten und Gynäkologen den 11. Platz.
Spezifische Bedingungen im Bezirk Treptow- Köpenick wie z.B.:

- flächengrößter Bezirk Berlins,
- schwierige Bedingungen im ÖPNV,
- hochaltrige Bevölkerung

verdeutlichen, dass die **bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung** und **Sicherung eines barrierefreien Zuganges** auch weiterhin ein Schwerpunkt der politischen Einflussnahme sein müssen. So sind die Gespräche mit den Entscheidungsträgern wie Kassenärztliche Vereinigung Berlin und Gemeinsames Landesgremium fortzuführen.

Die Ergebnisse der Generali Altersstudie 2013[42] belegen, dass Gesundheit und Autonomie im Alter das zentrale Lebensthema ist. Der mit Abstand am häufigsten geäußerte Wunsch ist dabei die Erhaltung der Gesundheit.
Aus dem bezirklichen Gesundheitszielprozess der letzten 7 Jahre ist bekannt, was im Alter gesund erhält und zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt. Wie Menschen älter werden ist auch eine Frage gesellschaftlicher Strukturen und kultureller Rahmenbedingungen. Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik muss daher die Verbesserung sozialer und kultureller Bedingungen und Partizipationsmöglichkeiten älterer Menschen berücksichtigen. So können die Risiken und Chancen, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind, am besten gemeistert werden. Die Erfahrungen aus der bisherigen fachübergreifenden Arbeit im Bezirk Treptow- Köpenick fließen daher in die neuen Gesundheitsprozessziele 2011-2016 ein:

Ein wesentlicher Bestandteil für die Erhaltung der Gesundheit bis ins hohe Alter ist **Bewegung**. Im Ergebnis vielfältiger Aktionen in Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren wurde deutlich, dass in Treptow-Köpenick bereits eine vielfältige Angebotslandschaft besteht. Diese ist jedoch sowohl bei Seniorinnen und Senioren als auch den Akteuren im Bezirk nicht hinreichend bekannt. Der

[42] Generali Altersstudie 2013, Institut für Demoskopie Allensbach, Bundeszentrale für politische Bildung

identifizierte Bedarf nach mehr Transparenz wurde durch das Bezirksamt aufgegriffen. In einem partizipativen Prozess wurde unter dem Motto „Treptow-Köpenick bewegt sich!" ein neues Gesundheitsprozessziel, ausgerichtet auf die Bewegung im Alter, entwickelt, was es in der Zukunft umzusetzen gilt.
Neben der Bewegung im Alter wurde in Treptow-Köpenick zudem im Rahmen einer Ideenwerkstatt im August 2012 der Blick auf das Thema **„Sucht im Alter"** geworfen und ein zweites Gesundheitsprozessziel formuliert.
Folgerichtig wurden die beiden partizipativ entwickelten Gesundheitsprozessziele im beratenden Arbeitskreis am 15.11.2012 beschlossen:

- Gesundheitsprozessziel 1:
  Unterstützung der Gesunderhaltung - Wegweiser für Bewegungsangebote
  Neben der Erarbeitung eines Bewegungsatlasses zu vorhandenen Bewegungsangeboten im Bezirk mit gesundheitsfördernden Maßnahmen zur Unterstützung der Gesunderhaltung wird es eine Seniorenbefragung dazu geben, welche Angebote noch zusätzlich gewünscht werden. Dabei liegt der Fokus auf niedrigschwelligen und vor allem „kieznahen" Angeboten. Zu beachten ist dabei das Angebot der Volkshochschule an gesund erhaltenden Bewegungskursen unter Gleichgesinnten und professioneller Anleitung.
  Ergänzend wird ein bezirksweiter Aktionstag zum Thema Bewegung umgesetzt, in dessen Ergebnis eine dauerhafte Angebotsergänzung erfolgt.

- Gesundheitsprozessziel 2:
  Verbesserung der Lebensqualität abhängigkeitsgefährdeter älterer Menschen
  Im Zuge der Fortschreibung des bestehenden kommunalen Gesundheitsziels geht es nicht nur darum, positive Aspekte des Älterwerdens zu verstärken, sondern auch darum, ein Augenmerk auf bereits manifestierte und verfestigte Gesundheitsschäden oder -risiken zu richten. Suchtprobleme im Alter fallen oft erst dann auf, wenn die SeniorInnen ins Krankenhaus oder Pflegeheim kommen. Häufig kommen noch Wechselwirkungen durch Medikamente hinzu. Deutlich wurde, dass erhebliche Handlungsbedarfe bestehen und die Akteure sich der angesprochenen Problematik stellen werden. Die Schaffung tragfähiger Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Suchthilfeeinrichtungen und weiteren Leistungserbringern ist vereinbart worden. Ziel dieser Vernetzung und Kooperationen ist die Sensibilisierung und Qualifizierung der Fachkräfte in den jeweiligen Hilfesystemen.

  Im Zuge dessen wird zunächst für die im Geronto-psychiatrischen Verbund Treptow-Köpenick organisierten Institutionen eine von der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin erarbeitete und von der AOK Nordost geförderte Multiplikatorenschulung zum Thema „Motivierende Gesprächsführung/ Kurzintervention bei Sucht im Alter" vorgehalten und umgesetzt. Drei Suchthilfeprojekte im Bezirk bilden zudem ein Fortbildungsteam und erarbeiten Schulungsmodule zum Thema, die im Rahmen von Laien – Schulungen, etwa für Ehrenamtliche im Senioren – oder Altenhilfebereich, kostenfrei angefragt werden können. Darüber hinaus werden altersspezifische, bezirksbezogene Informationsmaterialien als „Türöffner und Erinnerungsanker" u.a. für Arztpraxen, Apotheken, Beschäftigte sowie Helfern in der Altenhilfe erarbeitet. Wichtige Bausteine sind auch das Angebot einer aufsuchenden Suchtberatung für immobile Seniorinnen und Senioren in stationären Pflegeeinrichtungen durch die Mitarbeiter der Suchtberatungsstelle sowie die Etablierung einer Seminarreihe der Volkshochschule für Angehörige von Betroffenen. Die Seminarreihe befasst sich mit den Themenfeldern Psychohygiene und Co-Abhängigkeit, um die Angehörigen von Betroffenen zu stärken und ihnen Handlungsspielräume aufzuzeigen.

  Die Förderung des gesunden Alterns im Bezirk Treptow-Köpenick durch eine integrierte kommunale Strategie ist die Voraussetzungen für ein möglichst langes und gesundes Leben.
  Daher soll der Gesundheitszielprozess als thematischer Präventionskette weitergeführt werden.

1. Ziel	**„Gesund alt" werden in Treptow-Köpenick**
Strategie	Fortführung des **Gesundheitszielprozesses** - Gesundherhaltung und Prävention - sowie Sicherung einer **bedarfsgerechte**n **gesundheitliche**n **Versorgung**
Maßnahmen	**Gesundheitsprozessziel 1:** Erstellung eines Wegweisers für **Bewegungsangebote 50+** in **Zusammenarbeit** mit den unterschiedlichen Akteuren (VHS; zahlreichen Aktive vor Ort) zur Erhöhung der Transparenz. Der Schwerpunkt liegt auf der **Optimierung niedrigschwelliger** und vor allem **zielgruppenorientierter Angebote.**
	Gesundheitsprozessziel 2: Um die Lebensqualität abhängigkeitsgefährdeter älterer Menschen zu erhalten und zu verbessern, sollen bis 2016 **tragfähige Strukturen einrichtungsbezogener Zusammenarbeit** zwischen **Suchthilfe**einrichtungen und **versorgenden Einrichtungen** der ambulanten und stationären Pflege geschaffen werden.
	Fortführung der **politische Unterstützung** für Erhalt und Optimierung der **haus- und fachärztliche**n **Standortverteilung** u.a. bei Abstimmungen mit den Entscheidungsträgern (s. a. **Ziel 17**).

1.2 Altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen

Die Bewohnerinnen und Bewohner Treptow-Köpenicks sind ihrem Bezirk und ihrem Kiez sehr eng verbunden, dies gilt erst recht im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Nachbarschaftliche Kontakte und ein vertrautes Umfeld spielen hier eine besonders große Rolle.

Wesentliches Kriterium für einen möglichen Verbleib im Kiez ist – neben der Finanzierbarkeit -v.a. die **barrierefreie Zugänglichkeit** sowohl **des Wohngebäudes** selbst als auch **des Umfeldes**.
Die mittlerweile spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungswirtschaft verändern die Anforderungen an den Wohnungsneubau, aber auch den Umgang mit dem Bestand in Bezug auf Ausstattung und v.a. barrierefreie Zugänglichkeit.
Rechtlicher Rahmen für die angestrebte Barrierefreiheit bei Bauvorhaben und damit die baulichen Anforderungen sowohl bei Neubauten als auch bei Umbaumaßnahmen ist die Bauordnung für Berlin (BauO Bln)[43]. Die barrierefreie Zugänglichkeit für Wohnungen und Wohnräumen ist erst ab Neubauvorhaben von mehr als 4 Wohnungen – also für mehrgeschossigen Wohnungsbau – und nur für die Wohnungen eines Geschosses zwingend zu fordern. Ergänzend dazu ist ein Aufzug mit entsprechender Abmessung bei mehr als 4 Obergeschossen zwingende Voraussetzung. Im Hinblick darauf, dass der Wohnungsneubau im Bezirk vorrangig durch Geschosswohnungsbau geprägt wird, ist also hier bereits über die Bauordnung ein baulicher Mindeststandard erreichbar. Entsprechend weiter reichende Forderungen für alle Wohnungen sind rechtlich derzeit nicht umsetzbar, können und werden jedoch in der Beratung der Bauherren durch die Verwaltung regelmäßig mit Hinweis auf die besondere Bevölkerungsstruktur angeregt.
Bei den klassischen Einfamilienhäusern und damit dem Schwerpunkt der baulichen Nachverdichtung in den Siedlungsgebieten des Bezirks bleibt bisher die Herstellung eines

[43] Bauordnung für Berlin (BauO Bln), 29. September 2005 (GVBl. S. 495), zuletzt geändert am 29.06.2011 (GVBl. S. 315, in Kraft getreten am 10. Juli 2011)

entsprechenden Ausbaustandards der privaten Initiative überlassen. Gleiches gilt z.B. für Dachausbauten. Im Hinblick auf eine möglichst lange Selbstständigkeit und Sicherheit in der häuslichen Umgebung kann unter Umständen die Inanspruchnahme einer **kommunale**n **Beratungsstelle** zu technischen Aspekten und Möglichkeiten hier weiterhelfen. Ein entsprechendes Angebot wird unter dem Motto „Besser leben im Alter durch Technik" vorbereitet. Wohnberatung bieten derzeit bereits Pflegekassen, ehrenamtliche Initiativen und Freie Träger an.

Aktuelle Überlegungen im Land Berlin zur Erhöhung der in der Bauordnung geregelten Standards an die Barrierefreiheit von Wohngebäuden werden vom Bezirk unterstützt. Auch wenn die Baukosten eines Wohnungsbauvorhabens sich im Einzelfall durch die höhere Norm verteuern könnten, so wäre doch eine Reduzierung der Anforderungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein falsches Signal. Zumal sowohl im Bezirk als auch berlinweit ein erheblicher Mangel an altersgerechtem Wohnraum und damit ein entsprechender Investitionsbedarf besteht. Bundesweit sind nur 2 % der Mietwohnungen altersgerecht ausgestattet.
In der Praxis ist durch Eigeninteresse der Investoren/ Eigentümer – wie z.B. Wohnungsbaugenossenschaften – bereits erkennbar, dass hier höhere Standards umgesetzt werden, um größere Zielgruppen anzusprechen bzw. um die Mieterzufriedenheit abzusichern. Eine entsprechende Übersicht über die konkrete Anzahl sogenannter altersgerechter Mietwohnungen im Bezirk liegt nicht vor, auch wenn bereits eine nicht bekannte Anzahl von **barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen** von den Wohnungsbauunternehmen für Mieter umgebaut wurden. Problematisch sowohl bei Neubau als auch Sanierung ist hierbei unter Umständen der Kostenfaktor, der sich auf die Miethöhe (Betriebskosten z.B. für Aufzüge, Modernisierungsumlagen) und damit auf einkommensschwache Haushalte (Ältere, Alleinstehende) auswirkt, da für sanierte oder neu erbaute barrierefreie Wohnungen i.d.R. ein überdurchschnittlicher Mietpreis gefordert wird.
So können nur wenige altersgerechte Wohnungen von leistungsberechtigten Personen nach dem Sozialgesetzbuch[44] – SGB - XII angemietet werden, da die Mieten i. d. R. sozialhilferechtlich unangemessen sind. Das betrifft u.a. auch ältere Menschen mit Migrationshintergrund und verschärft deren Wohnungsproblematik zusätzlich, da oft aufgrund der geringen Rücklagen/ Einzahlungen in die Rentenkassen ein erhöhter Bedarf an Grundsicherung geltend gemacht werden muss.
Für pflegebedürftige Menschen bezuschussen jedoch die Pflegekassen als Leistungen des Sozialgesetzbuch[45] – SGB -XI Wohnraumanpassungsmaßnahmen.

Ergänzend stehen in den **Seniorenwohnhäusern und Seniorenwohnanlagen** abgeschlossene Wohnungen mit Sanitärbereich, Kochnische oder kleiner Küche zur Verfügung, die altersgerechten Normen entsprechen. Beim Wohnen mit Service wird „Wohnen" mit „Betreuung" gekoppelt. Für die hier angebotenen 1-3 Zimmer-Wohnungen wird zusätzlich zum Mietvertrag ein Betreuungsvertrag abgeschlossen, der die vorgehaltenen Serviceleistungen (z.B. Hausnotruf, Beratung und Vermittlung von Hilfeleistungen durch Ansprechpartner im Haus, Freizeit- und Kulturangebote, Nutzung der Gemeinschaftsräume u. ä.) aufzeigt und meist als verbindliche Servicepauschale erhoben wird. Erforderliche Pflegeleistungen oder hauswirtschaftliche Hilfen sind nicht Bestandteil des Vertrages und müssen im Bedarfsfall zusätzlich finanziert werden. Teilweise sind in den Häusern ambulante Pflegedienste ansässig.
Da insgesamt der Anteil der älteren Menschen mit Migrationshintergrund wächst, sind **kultursensible Angebote** auch hier erforderlich, um den Bedarf entsprechend aufzufangen (s. a. **23. Ziel**).

[44] Sozialgesetzbuch –SGB- XII, vom 27. Dezember 2003 zuletzt geändert am 21. Juli 2014
[45] Sozialgesetzbuch –SGB- XI – soziale Pflegeversicherung - , vom 26. Mai 1994, zuletzt geändert am 23. Dezember 2014

2. Ziel	**Möglichst langen Verbleib im vertrauten Wohnumfeld**
Strategie	Sicherung der **barrierefreien Zugänglichkeit** und einer **altersgerechten Anpassung** der Wohnung und des Wohnumfeldes
Maßnahmen	Aktuellen Überlegungen zur Reduzierung der in der Bauordnung geregelten Standards tritt der Bezirk entgegen und wirbt dafür, hier **weitergehende Regelungen zugunsten der Barrierefreiheit** in Berlin zu treffen.
	Die **Beratung Betroffener und Angehöriger** in Bezug auf die Möglichkeiten einer **altersgerechten Anpassung** von Wohnungen soll durch das Bezirksamt in Kooperation mit den Pflegestützpunkten**,** Sozialstationen und medizinischen Praxen intensiviert werden: • Verstärkung des Angebots an Informationsveranstaltungen; • ein gut handhabbares und lesbares Informationsmaterial über Hilfen in der häuslichen Umgebung; • auf die Zielgruppe/ gewünschte Hilfe (Behörden, Dienstleistungen, Sozialstationen usw.) ausgerichtete Bündelung von Inhalten.
	Eröffnung einer ersten **kommunale**n **Beratungsstelle** unter dem Motto „**Besser leben im Alter durch Technik**" im Rahmen eines KIEZKLUBS's, um eine möglichst lange Selbstständigkeit und Sicherheit in der häuslichen Umgebung i. S. Ziels der „ambulanten Pflege vor stationärer Pflege" zu ermöglichen.
3. Ziel	**Vermeidung von Verdrängung aus dem gewohnten Lebensumfeld**
Strategie	Einflussnahme auf die Bewahrung/ Schaffung eines **sozialverträglichen, altersgerechten Wohnungsangebots** sowohl bei Umbaumaßnahmen im Bestand als auch bei den Neubauprojekten im Bezirk.
Maßnahmen	Auf **sozialpolitischer und fachlicher Ebene** muss die **Sicherung des Wohnraumes für ältere Menschen** im Hinblick auf die inhaltliche Fassung der Ausführungsvorschrift Wohnen[46] stärker in den Fokus gerückt werden: • Einwirken auf die im Bezirk ansässigen Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften im Rahmen der bestehenden Kooperationsverträge; • Zusammenarbeit mit Investoren – Abbau der Kostenhürde für geeigneten Wohnraum.

[46] Ausführungsvorschrift zur Gewährung von Leistungen gem. §22 SGB II und §§35 und 36 SGB XII AV-Wohnen, vom 06.08.2013 i.V.m der Wohnaufwendungsverordnung (WAV) vom 01.08.2013 bzw. in der jeweils geltenden Fassung

4. Ziel	**Vermeidung von Pflegebedürftigkeit**
Strategie	Information und Förderung **präventiver Maßnahmen und Angebote** von kommunalen und freien Trägern
Maßnahmen	Verstärkte **Information, Initiierung und Unterstützung präventiver Maßnahmen** zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit durch den Bezirk **in den kommunalen KIEZKLUBs** • Kurse zu Ernährung, Bewegung und Informationen beispielsweise zur Sturzprophylaxe; • Zielgruppenorientierte Angebote z.B. für dementiell erkrankte Menschen
	Verstärkte **Kooperationen** im Bezirksamt, mit freien Trägern (v.a. Pflegestützpunkten) und medizinischen Praxen, um Mehrfach-beratungen und Doppelarbeiten zu vermeiden.
	Entwicklung fachübergreifender gemeinsamer **Strategien** für die **örtliche Betreuungsbehörde**, um einen weiteren Anstieg der Kosten entgegen zuwirken sowie bestehende Angebotsstruktur und -vielfalt weiterhin absichern zu können.

1.3 generationsgerechte Mobilität: öffentlicher Raum/Infrastruktur/ Verkehr

Um eine selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter sicher zu stellen, ist v.a. eine adäquate Infrastruktur unabdingbar.
Da **mit zunehmendem Alter der Wirkungskreis eingeschränkt** ist, sind die Aspekte der Mobilität älterer Menschen, der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude bzw. Räume und damit insgesamt die Fragen der Teilhabe und Inklusion für die Kommunalpolitik und die Politik des Bezirks von großer Bedeutung.
Bezug nehmend auf den Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" soll heutigen als auch künftigen Generationen die Teilhabe an sozialen, ökonomischen, kulturellen und Freizeitangeboten mit gleichen Chancen ermöglicht werden. Dafür gibt das Handbuch „Berlin Design for all – Öffentlicher Freiraum"[47] entsprechende Anregungen und macht Zusammenhänge deutlich:

- 10% der Bevölkerung ist auf Barrierefreiheit angewiesen,
- 40% der Bevölkerung braucht Barrierefreiheit als notwendige Unterstützung,
- 100% der Bevölkerung schätzen Barrierefreiheit als Komfortverbesserung.

Eine **barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit** ist daher sowohl für den öffentlichen Raum - also die Straßen, Plätze, Wege, Sport-, Spiel- und Grünanlagen - als auch für Gebäude, die der Öffentlichkeit zugänglich sind (z.B. Behörden, Bürogebäude, Seniorenwohnheime, Bibliotheken, Volkshochschulen, KIEZKLUBs, Wahllokale etc.) umzusetzen - unabhängig von der Gebäudegröße und der Trägerschaft.

Bezug auf die **Mobilität/ verkehrliche Erreichbarkeit** der unterschiedlichen Zielgruppen nehmen die Bauordnung für Berlin sowie die Ausführungsvorschriften des Berliner Straßengesetzes[48]. Hier wird für öffentlich zugängliche Gebäude das Angebot für Stellplätze in Bezug auf mobilitätseingeschränkte Menschen und die Anzahl der Fahrradabstellplätze als auch die

[47] „ Berlin - Design for all – Öffentlicher Freiraum", Handbuch; SenStadt, Berlin 2011
[48] § 50 Bauordnung für Berlin(BauO Bln) sowie Ausführungsvorschriften zum § 7 des Berliner Straßengesetzes (BerlStrG) über Geh- und Radwege (AV Geh- und Radwege) vom 16. Mai 2013

barrierefreie Gestaltung der Geh- und Radwege geregelt. Diese Anforderungen werden durch die Verwaltung durchgesetzt.

Wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Wahrnehmung sind jedoch v. a. die für die Allgemeinheit zugänglichen **Straßen, Plätze und Freiräume**. Daher besitzt die Gestaltung und Pflege des öffentlichen Raumes eine erhebliche Bedeutung für die Lebensqualität unterschiedlichster Nutzergruppen. Neben verkehrlichen Aspekten ist auch eine der Funktion angemessene Gestaltung und Zugänglichkeit sowie die Vermeidung von Beeinträchtigung (z.B. Lärm, Luftschadstoffe) bei der Planung und Umsetzung zu beachten, um eine Aufenthaltsqualität zu sichern. Dazu gehört ebenso eine adäquate Ausstattung mit öffentlichen Toiletten bzw. deren barrierefreier Zugänglichkeit, ein entsprechendes Angebot an Sitzmöglichkeiten und ein Leitsystem insbesondere für sehbehinderte Menschen als auch eine ausreichende Beleuchtung, um „Angsträume" zu vermeiden.
Die technische Umsetzung der **Barrierefreiheit bzw. die Gestaltung für eine generationsgerechte Mobilität im Straßenraum** (Fußgängerquerungen, Geh- und Radwege) stützt sich auf die geltenden rechtlichen Grundlagen und Empfehlungen[49]. Planungsansätze bzw. Lösungen werden im „Handbuch Barrierefreie Verkehrsraumgestaltung[50] gegeben. Im „Handbuch zur Gestaltung von Straßen und Plätzen in Berlin"[51] werden die Empfehlungen berlin-spezifisch vertieft und bei bezirklichen Planungen konsequent umgesetzt.
Alle öffentlich zugänglichen Freiflächen und Verkehrswege sind daher so zu gestalten, dass sie den Ansprüchen behinderter und älterer Menschen, aber auch denen von Eltern mit Kinderwagen, mit Hilfsmittel, mit Gepäckstücken usw. genügen, d.h. ohne Schwierigkeiten und von ihnen selbst bestimmt nutzbar sind.
Dies betrifft v. a. die

- Stadtmöblierung
- Gehweg-, Freiflächen - und Spielplatzgestaltung
- Querungen von Straßen sowie Orientierungshilfen.

Entsprechend der vom Senat 2011 beschlossenen „**Fußverkehrsstrategie für Berlin**"[52] sollen daher bis 2020 alle wesentlichen Fußverkehrsverbindungen und Gehwege an Einmündungen und Kreuzungen barrierefrei nutzbar sein sowie ein dichtes Netz von attraktiv gestalteten Wegeverbindungen geschaffen werden, um die Erreichbarkeit für unterschiedlichste Zielgruppen zu verbessern. Daher gilt es für den Bezirk, Lücken im Wegenetz und Schwachstellen zu erfassen, um bestehende Hindernisse und Gestaltungsdefizite abbauen zu können. So sollen schrittweise an Hauptverkehrsstraßen in entsprechendem Abstand sichere Querungsmöglichkeiten (z.B. Fußgängerüberwege, Anforderungs-LSA[53]) integriert werden.
Im Rahmen des durch den Senat finanzierten Programms „**Barrierefreie öffentliche Räume**"[54] stehen auch 2015 Mittel von max. 50.000,00 € für den Bezirk Treptow-Köpenick bereit, die für die Herstellung von Bordabsenkungen an Einmündungen und Kreuzungen in den Ortsteilen Schmöckwitz, Oberschöneweide, Friedrichshagen, Adlershof und Spindlersfeld ausgeschöpft werden sollen. Um das angestrebte Ziel langfristig zu sichern und fortzuführen, muss die Finanzierung auch nach Auslaufen des Programms weitergeführt bzw. andere Finanzierungsquellen akquiriert werden.

---

[49] rechtlichen Grundlagen und Empfehlungen: Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06), FGSV e.V. Köln, 2006 , DIN 182024 Teil 1 bzw. Ausführungsvorschriften zum § 7 des BerlStrG (AVGeh- und Radwege) vom 16. Mai 2013
[50] Handbuch Barrierefreie Verkehrsraumgestaltung, Sozialverband VdK Deutschland, 2008
[51] Handbuch zur Gestaltung von Straßen und Plätzen in Berlin. Grundwerk, SenStadtUmTech 1999
[52] Fußverkehrsstrategie für Berlin, SenStadt 2011
[53] **LSA**-Lichtsignalanlagen
[54] Programm „Barrierefreie öffentliche Räume", SenStadtUm, Abt. VII

Derzeit werden „**Leitlinien zum Aufstellen von Bänken im öffentlichen Raum**“[55] durch das Straßen- und Grünflächenamt entwickelt. Die Regelung von Voraussetzungen für eine Ausstattung des Straßenlandes mit Bänken wird notwendig, da der Bedarf vor allem älterer Menschen an Angeboten zur selbstständigen Bewältigung des Alltags (z.B. Grundversorgung, Arztbesuche) steigt. Im Hinblick darauf, dass viele ältere Menschen i.d.R. einen Radius von 500 Metern um ihre Wohnung kaum überschreiten, besteht das Ziel in der Schaffung kurzer Wege durch Etablierung von „Aufenthaltsinseln“, um den Bewegungsradius und damit die Mobilität insgesamt zu erweitern.

Ergänzend dazu besteht die Zielsetzung einer fußläufigen **Absicherung der Grundversorgung**[56] mit Waren des täglichen Bedarfs, d.h. dass innerhalb eines 500 m Radius (10 Gehminuten) bzw. max. 800 m Radius entsprechende Angebote erreichbar sein sollen. Dies wird i.d.R. in den städtischen Wohngebieten erreicht. Räumliche Versorgungslücken bestehen kaum, sind jedoch v.a. in den ausgedehnten Siedlungsbereichen nicht gänzlich zu vermeiden. Hier fehlt z. T. aus Betreibersicht die wirtschaftliche Tragfähigkeit aufgrund der zu geringe Bevölkerungsdichte bzw. eine adäquate Grundstücksgröße für entsprechende Bauvorhaben.

Ein weiteres Thema ist eine **benutzerfreundliche Gestaltung der öffentlichen Plätze** – auch in denkmalgeschützten Bereichen – insbesondere für mobilitäts- und sehbehinderte Menschen. Es besteht ein bezirkliches „Plätze-Konzept“[57]. Anhand einer Analyse und Problembeschreibungen sind sowohl Nutzeransprüche, barrierefreie Gestaltung und den Zeithorizont für eine Umgestaltung dargestellt. Nun gilt es, eine entsprechende Finanzierung möglichst über Sonderprogramme des Senats bzw. Komplementärmittel zu akquirieren. Geplant ist dabei auch die Einbindung von Akteuren vor Ort, um die konkreten Probleme und Anforderungen gemeinsam einer Lösung zuzuführen.
Von besonderem Belang ist hierbei die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und barrierefreie Zugänglichkeit der **Bahnhofsvorplätze**. Diese werden ihrer Bedeutung als stark frequentierte Umsteigepunkte und ihrer oft zentralen Lage im jeweiligen Ortsteil nicht immer gerecht. Insbesondere die Optimierung von Umsteigebeziehungen, die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die städtebauliche Einbindung von Abstellanlagen (Fahrrad, PKW) sind notwendig und geeignet, als positive Standortfaktoren zu wirken.
Erste Konzepte wurden bereits im Rahmen der Umbaumaßnahmen der Verkehrsträger initiiert – so im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen der Bahn (Bahnhöfe Adlershof, Baumschulenweg, Friedrichshagen, Köpenick) und im Bereich des S-Bahnhofes Schöneweide (Umbau Gleisschleife, Bahnhofsvorplatz). Die S-Bahnhöfe Hirschgarten und Wilhelmshagen sollen bis 2017 barrierefrei durch die Bahn umgebaut werden.
Im Hinblick auf die Zielsetzung einer generationengerechten Mobilität im Straßenraum sind die **Angebote durch Straßenbahn- und Buslinien** in allen Ortsteilen noch verbesserungswürdig, da insbesondere die Vernetzung zu den Umsteigepunkten der S- und Regionalbahnstrecken in Bezug auf die zeitliche als auch räumliche Anbindung noch Defizite aufweist. Im Hinblick auf die räumliche Ausdehnung des Bezirkes und der sich abzeichnenden „Zentralisierung“ gerade öffentlicher und sozialer Einrichtungen ist insbesondere auch die Absicherung des vorhandenen Netzangebotes (Strecken, Frequenz) im **Öffentlichen Personennahverkehr** und deren barrierefreier Ausbau (Strecken, Haltepunkte, Wagen) von Bedeutung. Es ist im Personenbeförderungsgesetz verbindlich geregelt, dass der barrierefreie Ausbau der Haltestellen bis 2022 abzuschließen ist.
Bis 2017 soll der Bezirk Treptow-Köpenick flächendeckend im Straßenbahnnetz mit Niederflurbahnen ausgestattet sein, im Zusammenhang mit anstehenden Maßnahmen im Netz werden die **Haltestellen schrittweise barrierefrei** umgebaut.

---

[55] Leitlinien zum Aufstellen von Bänken im öffentlichen Raum, BA Treptow-Köpenick, Abt. BauStadtUm, Straßen- und Grünflächenamt, derzeit in Bearbeitung

[56] Zentren- und Einzelhandelskonzept Treptow-Köpenick 2009 - Teilplan der BEP,BA Treptow-Köpenick, Abt BauStadt, Stadtplanungsamt; BA-Beschluss 19. Mai 2009 BVV- Beschluss 16. Juli 2009

[57] bezirkliches „Plätze-Konzept“, BA Treptow-Köpenick, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, Entwurf eigene Bearbeitung, Stand 2013

Das Land Berlin und insbesondere der Bezirk Treptow-Köpenick ist Wasser-, Fluss- und Seenreich. Daher sind im Bezirk die bestehenden 5 **Fährverbindungen** Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Seit der Betriebsübernahme (2014) durch die Weiße Flotte Stralsund werden neue barrierefreie Fährschiffe eingesetzt. Dies macht den barrierefreien Umbau der Fähranleger notwendig, u. a. ist der Fährzugang F 21 -Schmöckwitz/ Große Krampe- zwingend zeitnah baulich anzupassen.
Diese Zielsetzung wird fortgeführt und u. a. durch die Arbeit der AG Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)[58] unterstützt.

Im Hinblick auf das Freizeitverhalten älterer Menschen muss die **Anbindung** der **Erholungsgebiete aus den Ortsteilen** heraus weiterhin erhalten und verbessert werden.
Neben der verkehrlichen Erreichbarkeit mit dem ÖPNV – z.B. der Bestand der Straßenbahn 68 in den Ortsteilen Grünau und Karolinenhof/ Schmöckwitz/ Rauchfangswerder oder die Straßenbahnlinie 61 bis Rahnsdorf in Friedrichshagen/ Rahnsdorf als einzige ÖPNV-Erschließung zum Strandbad Müggelsee - ist auch die fußläufige Anbindung wesentlich.
Derzeit problematisch ist die barrierefreie Erreichbarkeit der Freizeit- und Erholungsangebote am Müggelsee - der Kämmereiheide und Köpenicker Bürgerheide - vom Ortsteil Friedrichshagen aus. Der direkte Zugang durch den Spreetunnel ist nicht behindertengerecht oder barrierefrei gestaltet. Eine Ertüchtigung ist hier aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, so dass hier Alternativen zu suchen sind, um sowohl mobilitätseingeschränkten Menschen als auch Familien den Zugang zu erleichtern.

Fahrradfahren gewinnt zunehmend an Bedeutung als alternatives Verkehrsmittel aber auch für Freizeit/ Naherholung und Gesundheit. Hierzu trägt auch v.a. für Ältere die nun mögliche „Elekromobilität" bei. Der Abbau vorhandener Lücken im **Radwegenetz** und bei den ergänzenden Angeboten (Abstellanlagen, Leitsysteme) ist daher Wesentlich für die Mobilität insgesamt, die Erreichbarkeit und Erschließung der Ortsteile/ Freiräume sowie als positiver Standortfaktor. Entsprechende Maßnahmen sind bereits im **bezirklichen Radwegekonzept**[59] verankert und werden schrittweise umgesetzt. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Tourismusverein Treptow-Köpenick und den zuständigen Stellen des Landes werden in Bezug auf Wegeführung, Gestaltung, Anbindung und auch Information Angebote gerade für Ältere bereits vorgehalten.

Bei der Auswertung der **Verkehrssicherheit** zum Thema Rad[60] wird deutlich, dass der langjährige Zuwachs verunglückter älterer Radfahrender (ab 65-Jahren) erheblich ist, wenn auch bei deutlich niedrigeren Absolutwerten als andere Bevölkerungsgruppen. Bei älteren Menschen liegt zudem das Risiko, mit dem Rad bei Unfällen schwer verletzt zu werden – ähnlich wie beim Zufußgehen – deutlich höher als im Durchschnitt aller Altersgruppen. Die Unfallursachen liegen insgesamt sowohl in der Infrastruktur als auch im Verhalten (Regelverletzung, v.a. Nutzung von Radwegen in der falschen Fahrtrichtung, Radfahren auf Gehwegen, Nichtbeachtung Verkehrs- und Lichtzeichen). Auch täuschen Radwege oft Sicherheit nur vor, Schwerpunkte hier sind Kreuzungen. Die Konflikte wurden zum Thema Seniorenmobilität in der 3. Tagung „Senioren sicher mobil" [61]in Berlin bereits entsprechend behandelt.
Die durch den Senat von Berlin im März 2013 beschlossene Fortschreibung der Radverkehrsstrategie für Berlin ruft dazu auf, in der Öffentlichkeitsarbeit speziell auch die Mobilitätsbedürfnisse älterer Menschen anzusprechen. Hierbei spielen Fragen der objektiven und subjektiven Sicherheit, der Übersichtlichkeit und der Orientierung eine große Rolle.

---

[58] AG Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Federführung Abteilung Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt
[59] Radwegekonzept Treptow-Köpenick 2010 - Teilplan der BEP - BA Treptow-Köpenick, Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt, BA-Beschluss 05. April 2011/ BVV-Beschluss 26. Mai 2011
[60] Radverkehrsstrategie für Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, März 2013
[61] Verkehrsclub Deutschland (VCD), Senioren sicher mobil", Berlin 2012

5. Ziel	**Erhalt einer generationengerechten Mobilität und Teilhabe** v. a. für in ihrer Mobilität eingeschränkte älterer und/oder behinderter Menschen
Strategie	Schaffung weitgehend **barrierearmer Stadtstrukturen** (Freiflächen, öffentlichern Raum) und **generationsgemäßer Ausstattung** bei Versorgungs- und Infrastrukturangeboten (öffentlich zugängliche Gebäude, soziale- u. Verkehrsinfrastruktur).
Maßnahmen	**Barrierefreier Umbau** des **öffentlichen Raums** und der **verkehrliche**n **Angebote:** • Akquirierung von Finanzquellen: z. B. Fortführung der Umsetzung von Bordabsenkungen an Einmündungen und Kreuzungen auch nach Auslaufen des durch den Senat geförderten Programms „Barrierefreie öffentliche Räume". • Beförderung von Planungen und Maßnahmen in Bezug auf die barrierefreie Herstellung der Verkehrsinfrastruktur (Strecken, Haltepunkte, Verkehrsmittel) in den zuständigen Gremien und Partizipation der Betroffenen vor Ort entsprechend der Mittelverfügbarkeit. • Ergänzende **Einflussnahme auf private Erbringer** von Beförderungsdienstleitungen (z.B. in der Fahrgastschifffahrt).
	Sicherung einer **generationsgemäßen, barrierearmen Zugänglichkeit und Ausstattung** von Versorgungs- und Infrastrukturangeboten u.a. der sozialen und Bildungsinfrastruktur (s. a. **20. Ziel**).
	Ergänzung einer nutzerorientierten bzw. benutzerfreundlichen Ausstattung im öffentlichen Raum (WC Anlagen, Bänke etc.) bzw. Beförderung entsprechender Strategien und Konzepten (z.B. Leitlinien zum Aufstellen von Bänken im öffentlichen Raum, Plätze-Konzept), die eine **selbstständige Bewältigung des Alltags** erleichtern (z.B. Erreichbarkeit der Grundversorgung, Gesundheits- und Freizeitangebote) entsprechend der Mittelverfügbarkeit.
	Erhöhung der Verkehrssicherheit im Hinblick auf die Mobilität Älterer: • beim fußläufigen Verkehr: verstärkter Fokus auf Querungshilfen (z.B. Zebrastreifen, längere Ampelschaltungen), • beim Radverkehr: neben der Verbesserung der Infrastruktur (Ausbauzustand, Wegeführung, Ampelschaltungen) ergänzend verhaltensbezogene Aufklärungsmaßnahmen, und Sicherung der notwendigen **Finanzierung**.

1.4 Bildung, Kultur und Freizeit

Die Gesellschaft kann wirtschaftlich erfolgreich und sozial ausgeglichen nur dann bestehen, wenn möglichst alle Menschen gesellschaftlich eingebunden werden. Die **Schöpfung aller individuellen Potenziale von Menschen jeden Alters** gewinnt in diesem gesellschaftlichen Kontext zunehmend an Bedeutung. Das gilt insbesondere auch für die Menschen jenseits des aktiven Arbeits- und Erwerbslebens. Bundesweit befinden sich etwa 60 % der über 55-Jährigen nicht mehr in der Erwerbsarbeit.

Die Themen **Weiterbildung, Kultur und musikalisch-kultureller Bildung** sind fester Bestandteil der Zielsetzung **„lebenslanges Lernen",** Integration sowie kulturelle Bildung und Teilhabe im gesamtgesellschaftlichen Bildungsverbund. So werden im Bezirk in den Bereichen Volkshochschule, Musikschule, Museum, Kultur und Bibliotheken kontinuierlich und auf hohem fachlichem Niveau entsprechende Bildungs- und Kulturangebote vorgehalten, die auch auf die Entwicklung die Alterstruktur der Bevölkerung im Bezirk Bezug nehmen.
Die **dezentral organisierten Angebote** richten sich grundsätzlich – auch mittels sozial verträglicher Entgelte - an alle Bevölkerungsschichten bzw. Altersgruppen und werden an den Bedürfnissen der Zielgruppen ausgerichtet. Sie tragen so unterschiedlichen Lernzielen und Teilhabewünschen Rechnung. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf die Zielgruppe der Älteren gesetzt: indem die besonderen Anforderungen dieser Menschen Berücksichtigung finden, wird eine möglichst lebenslange Teilhabemöglichkeit geboten, über die unbürokratisch und gut zugänglich informiert wird.

So reagiert die **Volkshochschule** (VHS) aktiv mit entsprechenden Bildungsangeboten auf die demografischen Veränderungen, um gerade für die Generation der Lernenden ab 50 Jahre den gleichberechtigten Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum erfolgreichen, selbstbestimmten Leben zu unterstützen bzw. die demokratische Mitwirkung und freie Meinungsbildung zu fördern sowie zum friedlichen Miteinader in Vielfalt beizutragen - unabhängig von kultureller Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung, Religion, Bildung oder sozialem Status. Das „Lebenslange Lernen" gilt als Handlungsmaxime insgesamt: Kurse mit intergenerativem Ansatz werden ebenso angeboten wie alterspezifische Kurse, um im Alter den Anschluss an die Veränderungen zum selbstständigen Leben zu sichern bzw. die zunehmend technisierte bzw. globalisierte Beruf- und Lebenswelt zu erhalten.
Umfragen belegen:

- 60 % der VHS-Teilnehmenden im Stadtbezirk sind über 50 Jahre alt,
- davon 35 % über 65 Jahre.

Bezug nehmend darauf werden durch Entwicklung spezieller bzw. inclusiver Bildungsangebote Kurse angeboten, die auf die Bedürfnisse und Interesse der Zielgruppe jenseits des aktiven Arbeits- und Erwerbslebens aber auch mobilitätseingeschränkter oder behinderter Menschen ausgerichtet sind:

zeitlich:

- verstärkt mit Angeboten in den Vormittags-, Mittags- und frühen Abendstunden;

räumlich:

- mit dezentral angesiedelten, aufsuchenden Bildungsangeboten an über 30 Unterrichtsstätten im Bezirk, u.a. auch und gerade an Orten, wo Seniorinnen und Senioren einander begegnen, miteinander Bildungsangebote suchen und das soziale Miteinader pflegen;
- mit Angeboten in barrierefreien Gebäuden;
- mit der steten Forderung nach Bereitstellung finanzieller Mittel zur Sanierung des Hauptgebäudes der VHS zum barrierefreien Lernort (an dem jährlich ca. 33.000 Unterrichtsstunden erteilt werden);

pädagogisch, didaktisch:

mit Angeboten mit klar auf die Zielgruppe hin formulierter Lernprogression und entsprechenden Lernzielen, teilweise unter Einsatz besonderer Ausstattungen (Sehen, Hören etc.) = als homogene Lernsetting;

- inklusive (generationenübergreifende) Lernsettings - bezogen auf Themen und Angebotsformen;
- bewusste Einbeziehung von Erfahrung und Wissen der Generation 65+ für einen organisierten Wissens- und Erfahrungstransfer.

thematisch:

- Themen: Geschichte, Stadtteil, Jung-Alt, Gesundheit, Beruf (Anschlussfähigkeit bei sich verändernden Anforderungen und technischem Wandel), Sprachen (diese Kurse orientieren sich am Europäischen Referenzrahmen, sind jedoch in ihrem zeitlichen Ablauf auf das Lerntempo der jeweiligen Seniorengruppe abgestimmt und berücksichtigen deren spezielle Interessen:

sprachliche Anforderungen auf Reisen, Landeskunde, Kunst und Kultur); Ehrenamt als Hinführung zu relevanten Themen, Bedarf und Anforderungen.
- Darüber hinaus Kurse für junge Erwachsene und Familien mit Themen rund ums Alter und Familie: z.B. Pflege von Familienmitgliedern, rechtliche Fragen, gesetzliche Bestimmungen, pflegerische Angebote etc..

soziologisch, bildungspolitisch:
Globalziele und Bildungscommitments gegenüber der Zielgruppe sind:
- Befähigung zur fortwährenden aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen, kulturellen, technischen politischen Prozessen;
- Angebot an Bildungsurlaubskursen entsprechend der Zunahme der Bevölkerung und den Bedürfnissen der Erwerbstätigen.
- Kurskonzepte fördern des Lernen im sozialen Austausch und berücksichtigen den Wissens- und Erfahrungsschatz;
- verstärkte Kooperationen und Netzwerkarbeit mit/in KIEZKLUBs, Gremien, Seniorenresidenzen, Bibliotheken, Vereinen etc. in den Stadtteilen/bezirksübergreifend, um über Bildungsbedarfe zu erfahren und durch gute Erreichbarkeit ohne lange Fahrwege die Teilhabe zu gewährleisten;
- kontinuierliches (lebenslanges) Lernen wirkt Vereinsamung/Veralterung entgegen, hält gesundheitlich sowie geistig fit, „Empowerment-Ansatz";
- gelebte, intergenerative Bildungsarbeit.

Erfahrungsgemäß bestehen Kurse über einen langen Zeitraum. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben einen sozialen Zusammenhalt entwickelt und sehen Weiterbildung als festen Bestandteil ihres täglichen Lebens.

Auch bei der Nutzerstruktur der **Bibliotheken** rücken künftig die älteren Nutzer verstärkt in den Fokus. Bereits jetzt ist die Altersgruppe über 65 Jahren - auch im Bezirksvergleich - erkennbar stark vertreten. Daher ist eine weitere Fahrbibliothek zwingend notwendig, um eine wohnortnahe Versorgung auch in den außen gelegenen Bereichen des Bezirkes zu gewährleisten, da der Erhalt kieznaher Standorte in vollem Umfang weder finanziell noch personell auf Dauer aufrecht zu erhalten ist. Die Ergebnisse der „Wachsenden Stadt" sollen berücksichtigt werden.
Daher muss bei den Medien- und Programmangeboten die wachsende Anzahl älterer Nutzerinnen und Nutzer verstärkt Berücksichtigung finden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass „Rentnermedien und Seniorenprogramme" in den Bibliotheken nicht angenommen werden. Hier werden eher generationenübergreifende und zeitgemäße Angebote gewünscht. So ist die Praxis der elektronischen Kommunikation auch nicht unbedingt für Ältere ein Hindernis.
Bedarf hingegen besteht an einer altersgruppenbezogen Beratung und Informationen. Bei der Vermittlung entsprechende personelle Kompetenzen besteht Fortbildungsbedarf.
In Bezug auf die eingeschränkte Mobilität v. a. Hochbetagter sollten auch für diese Nutzergruppe adäquate Möglichkeiten der Teilhabe erschlossen werden. Bei dem hierzu angestrebten „Konzept zur Leseförderung und Medienkompetenz im Alter" sollen auch soziale Träger bzw. Optionen im Zusammenhang mit einem ehrenamtlichen Engagement berücksichtigt und entwickelt werden.

Die Joseph-Schmidt-**Musikschule** wird sich in den kommenden Jahren verstärkt dem Ausbau von Musizierangeboten für die Generation 60+ zuwenden. Besonders in den Vormittagsstunden sollen Angebote etabliert werden, die das Musizieren in Gruppen für Seniorinnen und Senioren ermöglichen. Darüber hinaus werden Musizierformen entwickelt, die speziell auf die Bedürfnisse von älteren Menschen in Alten- oder Pflegeheimen zugeschnitten sind und vor Ort durchgeführt werden können. Die Etablierung dieser neuen Unterrichtskonzepte erfordert einen Kompetenzzuwachs beim Lehrpersonal der Musikschule.
Mit dem neuen Hauptstandort in der Altstadt Köpenick, Freiheit 15, und vielen dezentralen Angeboten u.a. auch weiterhin in Adlershof, wird die Erreichbarkeit gerade für Menschen mit eingeschränkter Mobilität erhöht.

Der **Kultur- und Kunst**bereich bietet ein differenziertes Bild und ermöglicht vielen Menschen ein vielfältiges, engagiertes und erfülltes Leben auch im Alter.

Im Bezirk wird die Kunst- und Kulturarbeit durch fünf kommunalen Einrichtungen geprägt: das Kultur- und Kunstzentrum Alte Schule mit Arthothek, das Altglienicker Bürgerzentrum und die Heimatmuseen in Köpenick und Johannisthal, die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche sowie die Ausstellung zum Hauptmann von Köpenick im Rathaus Köpenick.

Die **Museen** können kostenfrei genutzt werden und sind damit ein wichtiges Angebot für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Neben einer kostenfreien Archivnutzung besteht zudem die Möglichkeit, Anfragen zu regionalgeschichtlichen Themen an den Bereich zu richten.
Museumspädagogische Angebote richten sich an alle Altersgruppen und werden besonders stark von Grundschulen nachgefragt. Durch den speziellen Zuschnitt auf die jeweiligen Nutzergruppen wird die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an der Geschichtsarbeit ermöglicht.
Komplettiert werden diese Angebote durch die Durchführung von Veranstaltungen, wie z.B. Lesungen, Vorträge und Stadtteilführungen. Diese werden oftmals in Kooperation mit dem Heimatverein Köpenick und dem Freundeskreis Heimatgeschichte Treptow durchgeführt.
Der Standort des Museums Treptow bietet die Möglichkeit der Kooperation mit dem dort ebenfalls beheimateten KIEZKLUB und führt somit zu einer Mehrfachnutzung des ehemaligen Rathauses Johannisthal. Vernetzt ist das Museum in seiner Arbeit mit den im Bezirk ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen, besonders enge Kooperationen gibt es mit dem Studiengang der Museumskunde an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW).

Freie Träger erbringen vielfältige Angebote aller Genres in den kommunalen Einrichtungen im Auftrag des Bezirks und tragen maßgeblich zu einer sehr lebendigen **freien Kunst- und Kulturszene** bei. Zu nennen sind internationale Kunstfestivals (z.B. Kunst am Spreeknie, Tag der Stadtkultur-Oper im Netz), Ausstellungen, Heimatgeschichte (z.B. Dorfklub Müggelheim), unzählige Theaterproduktionen (u.a. Kunstfabrik Köpenick, Ratz-Fatz, Schlossplatztheater, Figurentheater Grashüpfer, Hauptmannbühne). Diese Kultur- und Kunstangebote ergänzen die Angebote der bestehenden kommunalen Einrichtungen und ermöglichen somit ein vielfältiges und kulturvolles Leben auch unter dem Aspekt des immer höher werdenden Alters.
Damit sind gute Voraussetzungen gegeben, sich einer eventuell einsetzenden Stagnation bzw. Rückläufigkeit beim Stammpublikum entgegen zu stellen.

Der Fachbereich Kultur und Museum versteht sich zunehmend als Förderer und Unterstützer der freien Kunst- und Kulturszene und hat durch die Förderung der unterschiedlichsten Aktivitäten und dank der Finanzierung von Objekten, welche sich in freier Trägerschaft befinden (Bürgerhaus Grünau, Dorfklub Müggelheim, Bohnsdorfer Kulturküche, Kulturbund Treptow, Ratz-Fatz, Galerie Grünstraße, Lithografiewerkstatt), maßgeblich diese Entwicklung unterstützt.
Weiter entwickelte zielgruppenorientierte Angebote ermöglichen es den Besuchern an allen Orten im Bezirk, unabhängig von Alter, Herkunft und Bildung kreative Potentiale in sich selbst zu entdecken und aktiv tätig zu werden. Nur so ist es möglich, attraktive Angebote auf andere Personenkreise auszudehnen und die Kunst- und Kulturschaffenden dauerhaft in diesen Prozess einzubinden.
Dabei spielt es keine Rolle mehr, ob zu den zahlreichen Besuchern junge oder alte Bürgerinnen und Bürger, Menschen mit Behinderung, Migranten, Auszubildende, Berufstätige oder Familien zählen. All diese unterschiedlichen Nutzergruppen tragen maßgeblich dazu bei, dass die vielfältigen Angebote zu einem wichtigen Standortfaktor herangewachsen sind und somit alle Alters- und Besuchergruppen daran teilhaben können.
Viele Kunst- und Kulturvereine und Chöre werden nicht nur durch Ältere geleitet, sondern leben von der Aktivität und dem Engagement dieser Menschen. Diesen kulturellen Erfahrungsschatz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu nutzen, ist ein Hauptziel der kommunalen Kulturarbeit und wird durch die breit angelegte, generationsübergreifende Arbeit im bezirklichen Kunst- und Kulturleben seit Jahren entsprechend umgesetzt. Gerade die gegenseitigen Impulse im Miteinander der Generationen garantieren eine positive Entwicklung der Kommune. Die daraus erwachsenden sozialen Kontakte sind eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität/ Gesundheit und damit auch Freizeitgestaltung im Alter.

Den **kommunale**n **KIEZKLUBs** kommt dabei eine tragende Bedeutung zu. Sie sind der Kristallisationspunkt, um über gesunde Ernährung zu informieren, Bewegungsangebote anzubieten und Kommunikation sowie soziale Kontakte zu ermöglichen und auch Bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Die KIEZKLUBs arbeiten generationsübergreifend und bieten Engagement und Bildung z.B. in den Bereichen Chor, Computer, Elterncafé, Frauenfrühstück, Gedächtnistraining, Keramik, Kindertanz, Kinderturnen, Klöppeln, Linedance, Literaturabende, Malen, Männersport, Qi Gong, Schach, Schneiderwerkstatt, Skat, Sport und Bewegung, Sprachen, Tai Chi, Trommeln, Walking, Yoga, Wirbelsäulengymnastik etc. Dabei stehen nicht die Ziele, Leistung und Bildung im Vordergrund, sondern die sozialen Kontakte zur Vermeidung von Einsamkeit und Isolation.
Schon heute werden die 10 kommunalen **KIEZKLUBs** von mehr als 200.000 Besucherinnen und Besuchern jährlich aufgesucht und es engagieren sich hier bereits mehr als 200 Personen ehrenamtlich. Der jeweilige Leiter des KIEZKLUBs ist als Freiwilligenkoordinator fortgebildet worden und bietet Hilfe zur Selbsthilfe, ermutigt zum ehrenamtlichen Engagement, bietet Möglichkeiten für gemeinsame Veranstaltungen, koordiniert Netzwerke im Kiez und ist verantwortlich für eine breite Öffentlichkeitsarbeit.
Für die bisher sehr unterschiedlich strukturierten kommunalen KIEZKLUBs, resultierend aus den Standortgegenebenheiten bzw. den jeweiligen sozialen Umfeld, werden **einheitliche Qualitätsstandards** entwickelt, um die Wirksamkeit zu erhöhen sowie Synergien nutzten zu können. Das betrifft insbesondere die Weiterentwicklung/ Optimierung der Angebotsgestaltung, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Kooperation, Vernetzung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen mit lokalen Akteuren, behördlichen und freien Trägern im jeweiligen Kiez.

Zunehmend stellt sich die Aufgabe, den sich **ändernden Anforderungen** bzw. **Bedarfen** unter Berücksichtigung der eingeschränkten Ressourcen - wie fehlende bzw. nicht dauerhaft gesichert Finanzierung /Personalausstattung oder öffentliche Flächen/ Gebäude - gerecht zu werden. Möglichkeiten bestehen hier in einer „**Mehrfachnutzung**" vorhandener Standorte bzw. Einrichtungen, also in der Vermeidung von Entflechtung nach Alters- oder Nutzergruppen sowie in **fachübergreifenden Lösungen** und **Kooperationen** mit unterschiedlichen Akteuren (z.B. Kiezzentren, Kooperation zw. KIEZKLUBs und Volkshochschule)[62].

Neben seniorenorientierten **sportlichen Angeboten** im Rahmen der Volkshochschule oder der kommunalen KIEZKLUBs werden auch Gesundheits- und Fitnessangebote privater Anbieter oder von Vereinen zunehmend durch ältere Menschen genutzt. Gerade bei den kommunalen Sporthallen und –plätzen werden jedoch noch nicht alle vorhandenen Angebote durch die Zielgruppe ausgeschöpft, was z.T. an der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung liegt. Hier muss die Koordination und Netzwerkarbeit verstärkt werden, um insbesondere die Reserven der Auslastung von Schulsporthallen an den Wochenenden zu nutzen.

Ergänzend dazu stehen **Freizeit- und Bewegungsangebote** für ältere Menschen **in den Grün- und Freiflächen bzw. in umgebenden Wald- und Seenlandschaft** zur Verfügung bzw. werden im Hinblick auf Erreichbarkeit und Nutzbarkeit weiter entwickelt.
So wird bei Neuausstattungen von Spiel- und Freiflächen die Entwicklung der Einwohnerdaten und v. a. eine nachfrageorientierter Ausrichtung künftig stärker berücksichtigt. Im Hinblick auf den hohen Anteil von Älteren im Bezirk und das veränderte Freizeitverhalten bzw. der sich verstärkende Gesundheitsaspekt wird der Aufbau von **„Mehr" – Generationenplätzen** in den Fokus genommen. Einen Generationenpark gibt es seit Ende 2012 zwischen Watt- und Deulstraße in Oberschöneweide. Flächen für zwei weitere Mehr-Generationenplätze sind in Baumschulenweg – hinter der Volkshochschule - und in der Dammvorstadt – Maria- Janowski- Park – vorhanden. Bisher konnte jedoch die erforderliche zusätzliche Finanzierung für die Ausstattung nicht abgesichert werden, weil sich die Mittelbereitstellung im Land Berlin nur auf die Versorgung der Kinder bezieht.

[62] s. a. **12. Ziel**

6. Ziel	**Lebenslanges Lernen – Engagement und Teilhabe ermöglichen**
Strategie	**Schaffung, Erhalt** und **Qualifizierung** der niedrigschwelliger Bildungs-, Kultur- und Freizeit**angebote** für die Über-55-Jährigen
Maßnahmen	Schaffung und Erhalt **barrierefreier, kieznaher soziokultureller Einrichtungen/ Angebote** (VHS, KIEZKLUBs) und Erschließung **neuer Kooperationen** mit Fokus auf die Über-55-Jährigen.
	Nachfrageorientierte Angebotsgestaltung und **Öffentlichkeitsarbeit** in den KIEZKLUBs und kommunalen Kultureinrichtungen sowie die **Kooperation, Vernetzung** und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen mit lokalen Akteuren, behördlichen und freien Trägern im jeweiligen Kiez.
	Ausbau des **kommunalen Bildungsnetzwerkes** i.S. der Entwicklung spezieller bzw. inklusiver Bildungs-, Kulturangebote **für Ältere** aber auch mobilitätseingeschränkter oder behinderter Menschen.
	Erleichterung des **Zugang**s zu Angeboten z.B. **für Hochbetagte** durch Einbindung soziale Träger bzw. über ehrenamtliches Engagement.
	Verstärkte **Öffentlichkeitsarbeit** und **Vernetzung,** um über die Auslastung der kommunalen **Sportangebote** auch eine bedarfsorientierte, wohnortnahe Angebotsversorgung für Interessierte ältere Menschen sicher zu stellen.
	Bei Neuausstattungen von **Spiel- und Freiflächen** ist eine **nachfrageorientierte generationsübergreifende Ausrichtung** künftig stärker zu berücksichtigen und **finanziell abzusichern** (z.B. Mehr-Generationenplätze).
	Berücksichtigung einer **interkulturellen Ausrichtung** bei der Angebotsgestaltung und –einrichtung, um auch Bürgern mit Migrationshintergrund eine Teilhabe zu ermöglichen

1.5 Versorgung und Pflege

Bei den Einrichtungen im Wohn- und Pflegebereich bestimmen Angebot und Nachfrage sowohl Anzahl als auch Qualität. Durch **fachliche Beratung von Investoren, Betreibern von Einrichtungen** etc. nimmt der Bezirk über seine Fachabteilungen eine wichtige Steuerungsaufgabe wahr. So ist der Landespflegeplan 2011[63] mit seinen Eckpunkten und Prognosedaten hierbei eine wichtige Beratungsgrundlage. Es fehlen aber darüber hinaus rechtliche Grundlagen, um über die Eröffnung oder Schließung von Pflege- und Wohneinrichtungen entscheiden zu können.

In Berlin steigt – wie im gesamten Bundesgebiet- der Anteil der pflegebedürftigen Menschen an der Gesamtbevölkerung[64] erheblich. Bis 2030 ist eine **Erhöhung Zahl der Pflegebedürftigen**

[63] Pflege und pflegeunterstützende Angebote in Berlin, Landespflegeplan 2011, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Veröffentlichung 2012

[64] Quelle: Pflege und pflegeunterstützende Angebote in Berlin, Landespflegeplan 2011, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

auf 170 000 Menschen in Berlin prognostiziert, dabei steigt voraussichtlich die Zahl der Pflegebedürftigen mit Leistungen nach dem SGB XII auf 40 000. 2030 dürften nach den Hochrechnungen knapp zwei Drittel der Pflegebedürftigen 80 Jahre und älter sein, derzeit gehört nur gut jeder zweite Pflegebedürftige dieser Altersgruppe an. Das hängt mit der steigenden Zahl der Menschen von über 80 Jahren - bis 2030 um ca. 87 Prozent - zusammen.
Insbesondere wird der **Anteil der Demenzerkrankten zunehmen**. Derzeit erkrankt ca. jeder dritte Mann und jede zweite Frau an Demenz. Das Erkrankungsrisiko steigt mit dem Lebensalter und führt fast zwangsläufig zur Pflegebedürftigkeit. Damit verbunden sind für diesen Personenkreis längere Pflegeverläufe und eine steigende Inanspruchnahme professioneller Dienste.

Die Mehrzahl der **pflegebedürftige**n **Menschen** in Berlin lebten Ende 2009 **in der eigenen Häuslichkeit**. Berlin liegt mit einem Prozentanteil von über 73 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (69 Prozent):

- Von den zu Hause Gepflegten nimmt der überwiegende Anteil (über 65 Prozent) keine professionelle Hilfe in Anspruch. Das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz [65] sieht für **pflegende Angehörige** deutliche Verbesserungen vor. So stehen in Treptow-Köpenick pflegenden Angehörigen zahlreiche Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung. Hierzu gehören insbesondere der Sozialdienst für Nichterwerbsfähige und der sozialpsychiatrische Dienst, die Kontaktstelle „PflegeEngagement" für pflegeflankierendes Ehrenamt und Selbsthilfe, niedrigschwellige Betreuungsangebote wie Besuchs- und Mobilitätshilfsdienste, ambulante Hospizdienste aber auch derzeit drei **Pflegestützpunkte**.
  Diese sind Bestandteil der auf der Grundlage des Pflege–Neuausrichtungs-Gesetzes in Berlin zu schaffenden 26 Pflegestützpunkte, um im Rahmen des demografischen Wandels und dem Älterwerden der Bevölkerung umfassende Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige anbieten zu können. Die Aufgabe der Pflegestützpunkte besteht daher neben der Information zu präventiven, medizinischen, rehabilitativen und pflegerischen Angeboten auch in der Beratung zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten sowie in der Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Diensten. Ziel der Beratung ist es auch, den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen zu erleichtern.
- Eine andere Möglichkeit pflegebedürftige Menschen in ihrer Häuslichkeit rund um die Uhr pflegerisch und hauswirtschaftlich zu versorgen, sind **Ambulante Pflegedienste** als professionelle Pflegeanbieter. Kostenträger ist neben den Kranken- und Pflegekassen der Sozialhilfeträger. In Berlin gibt es mit insgesamt 582 Anbietern ein großes und ausreichendes Angebote an Pflegediensten. In Treptow-Köpenick haben insgesamt 31 Pflegedienste ihren Geschäftssitz. Allerdings versorgen auch Anbieter anderer Bezirke und aus dem Land Brandenburg die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes. Die häusliche Versorgung durch ambulante Pflegedienste ist in Treptow-Köpenick gesichert.
  Pflegedienste berichten zunehmend von Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden und zu beschäftigen. Insbesondere für Intensivpflegebedürftige mit einem Pflegeaufwand von mehr als 16 Stunden täglich steht nur eine begrenzte Auswahl von Pflegeanbietern zur Verfügung. Für diese Personen werden als erstes Versorgungslücken deutlich, wenn es nicht gelingt, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Eine sinnvolle Ergänzung der häuslichen Versorgung sind **Tagespflegeeinrichtungen**. Neben der pflegerischen Versorgung auch am Wochenende ermöglicht die gemeinschaftliche Versorgung soziale Kontakte und vermeidet Vereinsamung. Pflegende Angehörige werden entlastet, deren Pflegebereitschaft aufrechterhalten. Im Bezirk Treptow-Köpenick gibt es derzeit 8 Tagespflegeeinrichtungen mit insgesamt 137 Plätzen, die den Pflegebedürftigen wohnortnah zur Verfügung stehen. Durch die nur tageweise Nutzung der Einrichtung kann von einer doppelt so hohen Besucherzahl der Einrichtungen ausgegangen werden. Vorrangige werden die Einrichtungen durch Demenzkranke genutzt.

[65] Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz – PNG) gültig ab 30.10.2012

Derzeit ist das Angebot ausreichend. Der Bedarf an Tagespflegeplätzen bis 2030 wird entscheidend von der Weiterentwicklung der Wohnformen für alte und pflegebedürftige Menschen abhängen.

Einrichtungen der **Kurzzeitpflege** stellen einen weiteren wichtigen Baustein in der bezirklichen Versorgungsstruktur dar, da sie vorübergehend eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung außerhalb der eigenen Wohnung sicherstellen. Im Bezirk Treptow-Köpenick sind derzeit 3 Kurzzeitpflegeeinrichtungen mit 48 Plätzen tätig. Dieses Angebot ist gut und ausreichend. Für die zeitlich befristete Kurzzeit- und/oder Verhinderungspflege kommen sowohl die Pflegekassen als auch das Sozialamt als Kostenträger in Betracht. Mit dem Pflegeneuausrichtungsgesetz wurden die Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme dieser Angebote verbessert. So können ab Januar 2013 auch pflegebedürftige Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz der Pflegestufe 0 die Angebote nutzen. Für alle Pflegebedürftigen wird jetzt neben der Finanzierung der Kurzzeit- und Verhinderungspflege das hälftige Pflegegeld weitergezahlt. Beides trägt zur Verbesserung der Attraktivität des Angebotes und zur Entlastung der pflegenden Angehörigen bei. Es ist davon auszugehen, dass Leistungsanbieter marktgerecht reagieren, falls hierdurch im Bezirk Versorgungsbedarfe nicht gedeckt werden können.

In den letzten Jahren hat sich in Berlin und auch in Treptow-Köpenick eine immer beliebter werdende Wohn- und Pflegeform entwickelt: die **ambulant betreuten Wohngemeinschaften**. Hierbei leben mehrere pflegebedürftige Menschen - durchschnittlich 8 Personen - einer gemeinsam angemieteten Wohnung und lassen sich durch einen ambulanten Pflegedienst versorgen. Die meisten Wohngemeinschaftsplätze werden von Demenzkranken in Anspruch genommen. Für sie ist auch hier ein 24 Stunden Pflegepersonal vor Ort. Ambulant betreute Wohngemeinschaften stellen eine gute Alternative zum Pflegeheim dar. Die Finanzierung der Pflege erfolgt ähnlich wie bei der Inanspruchnahme eines Pflegedienstes im Einzelhaushalt. In Treptow-Köpenick sind derzeit 21 ambulant betreute Wohngemeinschaften mit 246 Plätzen für erwachsene pflegebedürftige Menschen bekannt.
Pflegeheime als vollstationäre Langzeitpflegeinrichtungen stellen insbesondere für Pflegebedürftige die passgenaue Hilfe dar, wenn die häusliche oder teilstationäre Hilfe nicht möglich oder ausreichend ist. In den letzten Jahren ist das Angebot stetig gewachsen, allerdings nicht im gleichen Ausmaß wie ambulante Angebote. In Treptow-Köpenick gibt es zurzeit 20 Pflegeheime mit insgesamt 2.509 Plätzen. Im Hinblick auf den weiterhin deutlich steigenden Bedarf an Pflegeheimplätzen – Prognose[66] 2015: 2.619 Plätze und 2030: 3.478 Plätze - müssen mögliche Investitions- und Betriebsgesellschaften von Einrichtungen durch die Verwaltung (Fachamt) frühzeitig informiert und eingebunden werden. Da bereits weitere Pflegeheime geplant sind, ist zu erwarten dass der für Treptow-Köpenick prognostizierte Bedarf von 2.619 Plätzen bis 2015 in jedem Fall gedeckt werden kann.
Ergänzend gibt es im Bezirk **spezielle Langzeitpflegangebote** für dementiell erkrankte Pflegebedürftige und Suchtkranke.

Insgesamt ergeben sich aus dem zunehmenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund, die z.T. bereits lange Zeit im Bezirk leben und nun verstärkt das Seniorenalter erreichen, neue Anforderungen in Bezug auf eine entsprechende **kultursensible Eignung** der Pflegeangebote und betreuten Wohnformen (s. a. **23. Ziel**).

[66] Quelle: Pflege und pflegeunterstützende Angebote in Berlin, Landespflegeplan 2011, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

7. Ziel	**Sicherung adäquater und kostengünstiger Pflegeangebote**
Strategie	**bedarfsgerechter Ausbau der Kapazitäten** bei den ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegebereichen
Maßnahmen	**fachliche Beratung** von Investitions- und Betriebsgesellschaften und **bedarfsorientierte Initiierung** entsprechender **Angebot**e bei freien Trägern – v.a. im Bereich der kultursensiblen Pflege bzw für ältere geistig und/oder mehrfachbehinderte Pflegebedürftige (Pflegeheime).
	Überprüfung der **Standards und Ausstattung** der Einrichtungen, u.a. in Bezug auf Eignung bzw. Angebot von **kultursensibler Pflege.**
	Intensivierung der **Kooperationen** mit entsprechenden Gremien (Geronto-geriatrischer Verbund, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft, Runder Tisch mit der Wohnungswirtschaft) bezüglich der Weiterentwicklung der **Quantität und Qualität** der Pflegedienste.
	Weiterentwicklung der Steuerungsprozesse im Bezirk bei der Eingliederungshilfe als auch im Bereich Hilfe zur Pflege, um Finanzierung und eine adäquate, kostengünstige Angebotsbereitstellung zu sichern.
	Förderung von **niedrigschwellige**n **Komplementärangebote**n im Zusammenhang mit dem Ausbau des „Ehrenamtlichen Engagements" wie z. B. Besuchs- und Begleitdienste, Nachbarschaftshilfen etc. (s. a. **26. Ziel**).

1.6 soziale Aspekte – soziale Sicherung

Mit der steigenden Anzahl der Menschen im höheren Alter ist nicht nur davon auszugehen, dass die Anzahl von pflegebedürftigen Personen zunimmt, sondern auch der Bedarf an Beratung und sozialen Sicherungsmaßnahmen gerade für Ältere steigt, z. B. zur Vermeidung und Behebung von Wohnungsverlust.
Eine wichtige Rolle hat hierbei der beim Sozialamt tätige **Sozialdienst für nicht erwerbsfähige Personen und Senioren** als bezirkliches Angebot inne. Er ist in erster Linie Anlaufstelle für Fragen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Dem Grundsatz „ambulant vor stationär" folgend, erfolgt hier die Koordination wohnortnaher Betreuungs- und Unterstützungsangebote bzw. die Organisation der Pflege im häuslichen Bereich. Zudem wird bei pflegebedürftigen Personen, für die vom Bezirksamt die Kosten der Pflege teilweise oder vollständig übernommen werden, der Hilfebedarf ermittelt, regelmäßig überprüft (mindestens einmal, häufig aber mehrmals jährlich) und ggf. angepasst. Wenn die ambulante Versorgung auf Grund des Gesundheitszustandes nicht mehr ausreichend ist, können Hilfesuchende und deren Angehörige Informationen zu Seniorenheimen, Kurzzeitpflege- und Tagespflegeeinrichtungen erhalten.
Die Beratungen finden vorwiegend aufsuchend durch Hausbesuche statt. Darüber hinaus werden wöchentlich auch 2 Außensprechstunden angeboten.

Die beim Sozialamt angesiedelte Koordinationsstelle zur Vermeidung und Behebung von Wohnungsverlust ist der **Sozialdienst für Wohnungsnotfälle.** Er berät und unterstützt, wenn die Wohnung gekündigt ist oder die Zwangsräumung bevorsteht. Bei Verlust der Wohnung oder Unterkunft können Alternativen vermittelt und ggf. bei der Suche nach geeignetem Wohnraum Unterstützung geleistet werden. Besteht darüber hinaus ein Bedarf zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, erfolgt hier die Vermittlung in eine entsprechende betreute Wohnform.

In allen genannten Bereichen sind in den letzten Jahren die Fallzahlen gestiegen und es ist zu erwarten, dass sie weiterhin steigen werden. Besonders im Bereich des „Sozialdienstes für nicht erwerbsfähige Personen und Senioren" spielt dabei die demografische Entwicklung der Bevölkerung eine Rolle.
Um daher hier eine bedarfsgerechte Beratung und Betreuung vorhalten zu können, kommt der **Steuerung der kommunalen Transferausgaben**[67] durch das Sozialamt und einer entsprechenden Personalausstattung eine immer größer werdende Bedeutung zu. In dem Zeitraum von 2006 bis 2011 ist in Treptow-Köpenick folgender Anstieg bei den Ausgaben festzustellen:

- um 30 % bei den Grundsicherungsempfängern[68] (um 93% bei den Transferausgaben);
- um 40 % bei den Leistungsberechtigten, die Hilfe zur Pflege erhalten (um 55 % bei den Transferausgaben);
- um 43 % bei Eingliederungshilfen (um 28% bei den Transferausgaben).

An der Entwicklung der Zunahme der Leistungsberechtigten fällt auf, dass die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe relativ moderat -„nur" um 28 % -gestiegen sind. Grund hierfür ist die frühzeitige **Einführung des Fallmanagements**[69] als Steuerungsmechanismus für den Bereich Eingliederungshilfe. Mithilfe der Qualifizierung der Beschäftigten und der deutlichen Reduzierung der Aktenrate ist es also möglich geworden, Transferausgaben zu steuern.

Aufgrund der wachsenden Anzahl der älteren Menschen im Bezirk Treptow-Köpenick, insbesondere der hochbetagten im Alter von über 80 Jahren, wird sich berlinweit und auch im Bezirk Treptow-Köpenick die Zahl der Leistungsberechtigten weiterhin deutlich erhöhen.
§ 71 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) regelt die Gewährung von **Altenhilfe.** Ziel ist es**,** Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern sowie die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Als Leistung kommen insbesondere in Betracht:

- Leistungen zu einer Betätigung und zum gesellschaftlichen Engagement,
- Leistungen bei der Beschaffung und zur Erhaltung einer Wohnung,
- Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Aufnahme in einer Einrichtung,
- Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste,
- Leistungen zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen.

Diese Leistungen sollen ohne Rücksicht auf vorhandenes Einkommen oder Vermögen erbracht werden.
Mit der wachsenden Zahl der **Grundsicherungsempfangenden** rückt die Frage von **Altersarmut und Isolation** immer mehr in den Mittelpunkt.
Vor diesem Hintergrund wurden durch das Sozialamt in den vergangenen Jahren für alle Grundsicherungsempfangenden im Bezirk entsprechende Angebote initiiert (Dampferfahrten, Tagesausflüge), die auch intensiv durch die Betroffenen genutzt wurden. Es wurde deutlich, dass viele ältere Menschen innerhalb weniger Jahre aufgrund von Scheidung, Tod des Ehepartners etc. nicht nur erhebliche finanzielle Verluste erlitten haben, sondern damit einhergehend auch den Verlust von sozialen Kontakten. Durch die damit oft verbundenen starken finanziellen Einschränkungen ist zudem eine Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen oder anderen Freizeitangeboten kaum mehr möglich. Viele der Betroffenen fühlen sich daher isoliert, die Angebote im Rahmen der Altenhilfe bieten hier einen Ausweg. Durch die gemeinsamen Veranstaltungen sind so neue Kontakte entstanden, durch persönliche Ansprache konnte u.a. der Zugang zu den kommunalen KIEZKLUBs oder sogar zum Ehrenamtlichen Engagement gefunden werden. So fördert das Sozialamt die ehrenamtliche Tätigkeit von bis zu 25 Grundsicherungsempfängerinnen oder -empfänger in den 10 kommunalen KIEZKLUBs. Die Ehrenamtlichen erhalten eine Aufwandsentschädigung und können bis zu 14 Stunden wöchentlich

[67] gemäß Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)
[68] Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit gem. SGB XII
[69] **Fallmanagement heißt** Qualifizierung von Beschäftigten und deutliche Reduzierung der Aktenrate von 1:150 auf 1:75 zur Steuerung von Transferaufgaben

hier tätig werden. Neben der Verhinderung von Einsamkeit und Isolation bzw. der Hilfe gegen Altersarmut dient diese Maßnahme auch der Unterstützung der Kiezklubleiter.
Um auch den Menschen, die Transferleistungen empfangen, eine Teilhabe am kulturellen Leben bzw. an Freizeitangeboten zu ermöglichen, eröffnet das **Projekt „Kulturloge"** diesen die Möglichkeit, **kostenlos kulturelle Veranstaltungen** im Kabarett, Oper, Theater, Sport zu besuchen. Mittlerweile ist dieses Angebot im Bezirk bekannt und wird durch die Betroffenen auch sehr gern wahrgenommen. Aus den großen Entfernungen von Treptow-Köpenick in den Innenstadtbereich resultieren z. T. allerdings auch finanzielle Probleme, die entsprechenden Fahrtkarten zu erwerben. Daher hat die „Kulturloge" zum 1. April 2014, in Kooperation mit dem kommunalen KIEZKLUB Vital, im Myliusgarten eine Zweigstelle eröffnet, die von freiwillig Engagierten/ Ehrenamtlichen getragen wird.

Eine weitere Herausforderung für den Bezirk ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, die es u. a. älteren kranken und/oder behinderte Menschen ermöglicht, ein selbständiges und selbst bestimmtes Leben zu führen.
Diese kommunale Aufgabe wird durch die **örtliche Betreuungsbehörde** entsprechend der gesetzlichen Grundlagen wahrgenommen[70]. Neben der Unterstützung der Betreuungsgerichte und Beteiligung am Verfahren ist hier v.a. die Zusammenarbeit und Unterstützung der Tätigkeit von Personen und Organisationen zugunsten Betreuungsbedürftiger sowie die rechtliche Aufklärung und Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu Betreuung, Betreuungsinfrastruktur und rechtlicher Vorsorge angesiedelt.
Insbesondere ist es Aufgabe der Betreuungsbehörde, dafür Sorge zu tragen, dass in dem Bezirk ein ausreichendes Angebot von Betreuern, für die Einführung in ihre Aufgaben und zur Fortbildung vorhanden ist. Diese Aufgabe erfordert sowohl eine verstärkte Werbung von „Ehrenamtlichen", die Vorhaltung von Fortbildungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Freiwillige, als auch aufgrund der gestiegenen zeitlichen Anforderungen - insbesondere auch durch psychische Erkrankungen bei den zu Betreuenden - eine zusätzliche personelle Ausstattung, um das gesteckte Ziel auch erreichen zu können.

Durch die **Steuerung der Transferausgaben** konnte für das Sozialamt in den vergangenen 10 Jahren immer ein positiver Haushaltsabschluss erreicht werden. Durch den im Bezirk notwendigen Personalabbau (20 % der Personalstellen) und die damit im Sozialamt fehlenden finanzielle Mittel,

- um die bisherige effektive Arbeitsweise fortzuführen (Aktenrate Eingliederungshilfe 1 : 75),
- zu optimieren (Reduzierung Aktenrate Grundsicherung auf 130) bzw.
- durch Einführung des Fallmanagements im Bereich Hilfe zur Pflege zu erweitern,

entsteht sowohl für das Sozialamt als auch für den Bezirk insgesamt ein erhebliches finanzielles Risiko. So hat das Sozialamt in den vergangenen Jahren nachgewiesen, dass mit zusätzlichem Personal die zusätzlichen Personalkosten durch ein Mehrfaches der eingesparten Transferausgaben ausgeglichen werden.
Im Interesse der Sicherstellung der bezirklichen Ziele bei der Beratung, Betreuung und Steuerung der Transferaufgaben sind daher Wege zu suchen, die entsprechenden **Personalressourcen** hier **bereitzustellen (vergl. dazu Pkt. 3.2/ 18. Ziel**).

8. Ziel	**Erhalt und Förderung sozialer Kontakte** und **Vermeidung von Altersarmut und Isolation**
Strategie	Sicherung und Ergänzung **bestehender sozialer Angebote und Kooperationen** sowie **Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten**
Maßnahmen	Sicherung bedarfsgerechter, generations- und kulturübergreifender **Angebote in den kommunalen KIEZKLUBs** sowie die Erhöhung

[70] **mehr dazu Pkt. 4.1.** Handlungsfeld Gleichstellung und Teilhabe sowie Pkt. 5.4

	der öffentlichen Wahrnehmung u. a. durch Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards (Qualitätshandbuch).
	Für Transferleistungsempfänger wird die Möglichkeit einer **kostenlosen Inanspruchnahme kultureller Veranstaltungen** durch die Fortführung der Kooperation mit der ehrenamtlich geführten „Kulturloge" weiter erhalten und intensiviert. Zur Verbesserung der Erreichbarkeit für die Nutzer soll die Zweigstelle der „Kulturloge" im KIEZKLUB Vital weiterhin über ehrenamtliche Arbeit betrieben und abgesichert werden.
	Aufrechterhaltung **bewährter Angebote** (Dampferfahrten, Tagesausflüge) **für Grundsicherungsempfangende** sowie **Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten von Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern** in den KIEZKLUBs.
	Angebote freier Träger für **begleitende und aktivierende Dienstleistungen** - wie z. B. Mobilitätshilfsdienste - werden durch den Bezirk aktiv unterstützt. (s. a. **26. Ziel**).

9. Ziel	**Bedarfsgerechte kommunale Beratung, Betreuung und Steuerung von Transferausgaben**
Strategie	Sicherung der notwendigen **Personalressourcen,** einer angepassten **Qualifizierung** und **Weiterentwicklung des Fallmanagements**
Maßnahmen	**Absicherung** des für eine bedarfsgerechte Beratung und Betreuung sowie der Steuerung der Transferausgaben notwendigen **Personals** v. a. beim Sozialdienst für nicht erwerbsfähige Personen und Senioren, die Koordinationsstelle zur Vermeidung und Behebung von Wohnungsverlust sowie die Steuerung der Transferausgaben z.B. bei ambulanten Hilfsleistungen zur Pflege. (s. a. **18. Ziel)**
	Fortführung des bestehenden **Fallmanagements** in der Eingliederungshilfe (Aktenrate 1 : 75), und **Einführung** in den Bereichen Hilfe zur Pflege mit einer entsprechenden Aktenrate zur Bewältigung steigender Fallzahlen.
	Erweiterung des Personalbestandes im Bereich der Grundsicherung, um eine **bedarfsgerechtere Betreuung** zu gewährleisten bzw. die **Aktenrate optimieren** zu können.
	Um eine **Reduzierung der Ausgaben** durch Kostensteuerung (Überprüfung der Betriebskosten der Unterkunft für SGB II- und SGB XII-Empfänger) zu erreichen, sollen über eine **Zielvereinbarung** mit der Senatsverwaltung für Finanzen zwei Beschäftigungspositionen für zwei Jahre zur Verfügung gestellt werden.

2. Handlungsfeld Kinder, Jugend und Familien

2.1 Wohnen

Der Bezirk wird auch in den nächsten Jahren durch einen erheblichen **Bevölkerungszuwachs** geprägt sein, da er zu den sog. Wachstumsbezirken gehört und über entsprechende Potentiale für Wohnungsneubau verfügt. Das wirkt sich prognostisch besonderes auf den Bevölkerungsanteil der Kinder und Jugendlichen positiv aus. Bei den jungen Erwachsenen hingegen – also die für die Familienplanung relevanten Jahrgänge - wird langfristig ein leichter Rückgang erwartet.
Um die Alterstruktur ausgeglichen zu halten, d.h. den Anteil der Kinder- und Jugendlichen, der jungen Erwachsenen und Familien zu stabilisieren, muss sowohl die **Ansiedlung junger Familien** als auch die **Bindung junger Erwachsener** an den Bezirk verstärkt werden. Neben der Orientierung auf Zuzüge z.B. aus Berlin und dem Umland sollen auch die bereits im Bezirk Lebenden - und hier v.a. die jungen Menschen – in Treptow-Köpenick gehalten werden.

So ist es im Wohnungsbau aber auch bei der notwendigen Infrastruktur unabdingbar, **eine Nutzbarkeit für unterschiedliche Zielgruppen** zu ermöglichen - also sowohl für Ältere, für Menschen mit Behinderung aber auch für Familien und junge Menschen. Für ein zeitgemäßes Angebot sind neben der guten Erreichbarkeit bzw. einer barrierearmen Zugänglichkeit auch eine auf die Nachfrage ausgerichtete Angebotsvielfalt und Umfeldgestaltung wesentlich.

Da der Wohnungsneubau im Bezirk derzeit vorrangig durch Geschosswohnungsbau geprägt wird, ist bereits über die geltenden rechtlichen Vorgaben ein baulicher Mindeststandard i. S. eines **barrierefreie**n **Wohnungsangebote**s für mobilitätseingeschränkte Menschen aber auch Familien erreichbar.
In der Praxis werden hier bereits höhere Standards umgesetzt, die sich sowohl bei Neubau als auch Sanierung i.d.R auf die Miethöhe auswirken.

Bereits jetzt steht der Nachfrage bei Mietwohnungen aber auch bei Eigentumswohnformen **kein adäquates Wohnungsangebot** gegenüber. Trotz des verstärkten Wohnungsneubaus hat sich die Angebotssituation bei allen Wohn- und Preissegmenten verschlechtert, insbesondere bei preisgebundenen Mietwohnungen (unter 6 €/m²) und im mittleren Mietpreissegment.
Gleichzeitig resultiert aus der Tendenz zu immer kleineren Haushalten – immerhin fast die Hälfte der bezirklichen Haushalte sind Ein-Personen–Haushalte – ein **erhöhter Wohnungsbedarf** sowie eine **höhere Mietbelastungsquote** insbesondere für Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende oder Alleinlebende aber auch für Familien.
Neben einem daraus entstehenden verstärkten **Bedarf an kleineren Wohnungen** wird sich daher auch die Nachfrage nach **preisgebundenem Wohnraum** erhöhen.

In Bezug auf ein **bedarfsgerechtes und sozialverträgliches Wohnungsangebot**, das sowohl die Belange von Familien als auch die von Alleinlebenden berücksichtigt, werden daher bereits erste Ansätze im Rahmen der **Wohnungsbaupolitik des Landes**[71] verfolgt. Ziel ist neben der Förderung von Wohnungsneubau im Geschoßwohnungsbau auch der Erhalt von preiswertem Wohnraum, u. a. über Kooperationen mit Akteuren aus der Wohnungswirtschaft. Damit soll sichergestellt werden, dass die Angebote auf breite Schichten der Bevölkerung ausgerichtet sind und den unterschiedlichen Bedarfen gerecht werden.

Über das aktuelle bezirkliche **Wohnungsbaupotential** von derzeit rd. 28.000 Wohnungen bis 2030, das vorrangig über Geschosswohnungsbau in unterschiedlichen Angebots- und Eigentumsformen, aber auch durch klassische Ein- und Zweifamilienhäuser in den äußeren Ortsteilen realisiert werden soll, eröffnen sich durchaus **Optionen** für die **unterschiedliche Zielgruppen.**

[71] Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 –Berlin heute: Der Statusbericht kompakt, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, April 2013

Eine entsprechende Einflussnahme zur **Sicherung** auch **sozialer Aspekte** ist jedoch unabdingbar, um v.a. einkommensschwachen Haushalten eine Perspektive zu eröffnen bzw. weiterhin das Nebeneinander unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Hier müssen die notwendigen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen durch den Bezirk entsprechend eingefordert und bei der Planung künftig konsequent umgesetzt werden.

Eine Grundlage bieten hier die Strategien, die im Zusammenhang mit dem **Stadtentwicklungsplans Wohnen (StEP Wohnen 2025)**[72] entwickelt wurden bzw. derzeit im Rahmen der Tätigkeit der **Wohnungsbauleitstelle** (WBL) beim Senat den Akteuren des Berliner Wohnungsmarktes vermittelt werden sollen. Hier eröffnen sich insbesondere Optionen über die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen.
Vertieft und ergänzt werden diese Ansätze im bezirklichen **Entwicklungskonzept Wohnen**[73]**.** Neben grundsätzlichen Zielen und Strategien des Bezirks zur Wohnungsbauentwicklung wurden auch die Bedarfe an wohnungsnahen Infrastruktureinrichtungen aus den Neubauvorhaben überprüft.

Im Bezirk sind derzeit erste Erfolge im Rahmen von **Projekten der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbauträger** erkennbar und z. T. bereits in der Umsetzung (Baumschulenweg, Adlershof, Dammvorstadt und Köpenick Nord).
Von Bedeutung i. S. des bezahlbaren Wohnraums für unterschiedliche Zielgruppen sind auch **alternative Bau- und Wohnkonzepte** wie z.B. sog. „Bauherrenprojekte" bzw. die Fortführung des genossenschaftlichen Wohnens, die derzeit vorrangig im Rahmen der Verdichtung in den städtischen Lagen aber auch zunehmend in den Siedlungsgebieten und Neuplanungsbereichen (z. B. Altglienicke, Adlershof) Raum suchen und finden.
Wesentlich bei der Entwicklung hier ist die Einbindung in das Umfeld – sowohl was die wohnortnahe Infrastruktur und Erreichbarkeit betrifft – als auch der Bezug zum Frei- und Grünraum. Hieraus ergeben sich entsprechende Anforderungen bei der Infrastrukturplanung.

Im Hinblick auf die zunehmende **Nachfrage** durch Studierende im Umfeld der Hochschul- und Universitätsstandorte rücken derzeit verstärkt Konzepte für studentischer Wohnformen (Studentenwohnheime, Wohngemeinschaften etc.) aber auch sog. „multi-using" Angebote – kleine Wohnungen für unterschiedliche Zielgruppen (Studierende, Auszubildende, Singles, Senioren) - in den Fokus.
Daraus ergibt sich für die weiteren Planungen eine Orientierung auch auf **bezahlbare und attraktive Wohnungsangebote für junge Menschen**, d.h. nach kleinen Wohnungen oder Sonderwohnformen vorrangig in entsprechend gut an den öffentlichen Nahverkehr und Infrastrukturangebote angeschlossenen Ortslagen entlang der S-Bahntrassen, die im Fokus der jungen Erwachsenen stehen. Derzeit profitieren hier die innenstadtnahen städtischen Ortsteile von der Anziehungskraft der Metropole für junge Menschen.

Mit dem Blick auf Familien, junge Erwachsene bzw. Alleinerziehende muss daher insgesamt eine **wohnungspolitische Einflussnahme** über Kooperations- und Steuerungs- und Fördermaßnahmen erreicht werden, auch und vor allem bei der Grundstückspolitik des Landes. Neben der Bereitstellung von kostengünstigen Grundstücken und Förderung preiswerter Wohnungsangebote ist hier in Folge auch die Grundstücksvorsorge für die notwendige Infrastruktur zwingend.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Belange und Schwerpunkte von Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen steht künftig verstärkt die **Partizipation** der Betroffenen

---

[72] Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen 2025), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Senatsbeschluss vom 08.Juli 2014

[73] Entwicklungskonzept Wohnen- Wohungsbaupotenzialanalyse,2013/2014 – Bezirk Treptow-Köpenick, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, BA-Beschluss vom 25.11.2014

sowie eine **erweiterte Information der Öffentlichkeit**[74] bei der Planung und Umsetzung von Projekten – ausdrücklich unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen - im Blickpunkt. Neben der Erhöhung der Transparenz bzw. der Akzeptanz von Planungsprozessen soll auch eine bedarfsgerechte Ausrichtung und Priorisierung sichergestellt und die Eigenverantwortung der Investoren gefördert werden.

10. Ziel	**Wohnen: bezahlbar und attraktiv für Familien und jungen Erwachsenen**
Strategie	**Förderung eines bedarfsgerechten, barrierefreien und sozialverträglichen Wohnungsangebotes**
Maßnahmen	Verstärkte **wohnungspolitische Einflussnahme**: Einforderung der notwendigen (landes)politischen und rechtlichen **Rahmenbedingungen** durch den Bezirk sowie deren konsequente Umsetzung bei Wohnungsneubau, Bestandsentwicklung und Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum .
	Aufgrund der steigenden Nachfrage nach mietgebundenem, preiswertem und barrierefreiem Wohnraum in unterschiedlicher Wohnungsgröße verstärkte wohnungspolitische Einflussnahme über **Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft** – v.a. den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bzw. den Wohnungsgenossenschaften ("soziale Mischung" sichern).
	Aktivierung/Förderung von größeren **Neubauprojekten/Standorten** in Abhängigkeit der verfügbaren Infrastrukturausstattung und unter Berücksichtigung standortbezogener (sozialer) Bedarfe/Nachfragen (Wohn- und Eigentumsform).
	Verstärkte **Bürgerinformation** in Zusammenarbeit mit den Investoren bei Neubauprojekten von öffentlichem Interesse zur Erhöhung der Transparenz als auch der Akzeptanz im Wohnumfeld (Bedarfserfassung, Gestaltung, Einbindung etc.).

2. 2 Wohnumfeld, Freiraum und Erholung

Ziel der Planung und Stadtentwicklung ist die Schaffung von gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen. Umwelt- und Gesundheitsbelange erlangen zudem bei der Auswahl des Wohnstandortes bzw. Wohnumfeldes nicht nur für Familien und junge Erwachsene erhebliche Bedeutung.

Zur Verbesserung der **Lebensqualität** und zur **Gesundheitsvorsorge in den Wohngebieten** muss daher insbesondere in Bereichen der bestehender starker bzw. grenzwertüberschreitender **Lärm- und Luftschadstoffbelastung** (durch Verkehrs-, Bahn- und Fluglärm) durch geeignete Maßnahmen begegnet werden, die z. T. über rein verkehrsorganisatorische Lösungen hinausgehen. Dazu wird die Einführung, Fortschreibung und Umsetzung von Lärmminderungs- und Luftreinhalteplanungen des Senats[75] durch den Bezirk entsprechend fachlich begleitet und die

[74] Neu: § 25 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) sowie BauGB Novelle

[75] Lärmminderungsplanung für Berlin – Aktionsplan 2008, Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Abt. III Umweltpolitik, Referat Immissionsschutz, November 2008-Fortschreibung 2013 sowie Luftreinhalteplan Berlin, 2011-2014

notwendigen Maßnahmen in die bezirkliche Investitionsplanung aufgenommen. So waren die Handlungsziele/ Erfordernisse aus der Lärmminderungsplanung wesentliche Planungsgrundlage für die verkehrliche Entwicklung in der Altstadt Köpenick und werden dies auch für das Konzeptgebiet Schöneweide sowie die Konzeptstrecke Baumschulenweg sein.
Es kann jedoch dadurch nicht in allen stark belasteten Straßenabschnitten eine ausreichende Lärmminderung durch den aktiven Lärmschutz erreicht werden. Daher fördert das Land Berlin[76] - ohne rechtliche Verpflichtung - den Einbau von Schallschutzfenstern, -außentüren und Zusatzeinrichtungen an diesen belasteten Straßenabschnitten, um auch hier die Wohnsituation zu verbessern. Das **Schallschutzfensterprogramm 2014/2015** können alle privaten Eigentümer von Wohnraum nutzen[77].

Ein weiterer Aspekt ist der **Erhalt, die Gestaltung und die Entwicklung von Frei- und Grünflächen** im Hinblick auf deren ökologische, klimatische, stadtgestalterische, soziale und gesundheitliche Bedeutung. Zunehmend wird der „Wert des Grüns" auch als ökonomischer Faktor - z.B. als Ansiedlungskriterium oder bei der Wohnlagenbewertung – erkannt. Es gilt mittlerweile als unbestritten, dass Grünflächen einen positiven Einfluss auf die Gesunderhaltung und – werdung ausüben.
Ein „**grünes" Umfeld** ist daher ein nicht unwesentlicher Faktor für die **Lebensqualität** und damit eine der Voraussetzungen für die Attraktivität des Bezirkes als Wohnstandort für die unterschiedlichen Zielgruppen und Lebensentwürfe.

Im unmittelbaren Wohnumfeld erfolgt die Umsetzung dieses Anspruchs einerseits über die Sicherung eines **Freiflächenanteil**s bei der Grundstücksbebauung[78] sowie anderseits im Zusammenhang mit größeren Bauvorhaben über die Absicherung **öffentlicher Freiflächenangebote** mittels Planverfahren, was vorzugsweise der Allgemeinheit zugute kommt.
Im Rahmen von Planverfahren werden, aufbauend auf allgemeine Richtwerte[79] und Planungsannahmen, die aus dem jeweiligen Vorhaben resultierenden Bedarfe bezüglich Flächensicherung als auch Ausstattung und Anforderungen planungsrechtlich fixiert. Insbesondere die hierbei angestrebte und mögliche **Vernetzung der Freiräume** untereinander z.B. über Ufer-Grünzüge birgt entsprechendes Potential für die unterschiedlichsten Nutzergruppen und wird stadtplanerisch angestrebt.
Problematisch ist hierbei die **Absicherung** der weiteren **Pflege** bei Zuwachs von öffentlichen Freiflächen, da dies derzeit nicht Bestandteil der Finanzierung im Rahmen der Planvorhaben ist. Jedoch ist der Zustand öffentlicher Grün- und Freiflächen höchst öffentlichkeitswirksam. Neben einer landesweiten Thematisierung dieser Problematik werden im Bezirk künftig daher auch zunehmend **alternative Lösungen** u.a. unter dem Motto „Schöne Grünflächen- nur mit dir!" gesucht und erprobt werden müssen– z.B. interessengebundene Pflegeverträge mit Initiativen, Vereinen wie „interkulturelle Gärten", „Urban Gardening" etc.. Hier bietet sich eine unmittelbare Einflussnahme im Wohnumfeld an, die gerade für Familien, aber auch engagierte junge Leute von Relevanz sein kann.

Wie für bauliche Anlagen gilt auch bei der Herstellung öffentlicher Grünflächen, dass diese den Anforderungen unterschiedlichster Nutzergruppen über eine möglichst lange Zeitdauer gerecht werden müssen. Eine Besonderheit bei den Grünflächen ist jedoch, dass das **Nutzerverhalten** hier relativ schnell wechselt, weil es aktuellen Trends unterworfen ist. Durch die zunehmende Verlagerung sportlicher Aktivitäten in den öffentlichen (Frei)Raum erhöhen sich auch die Nutzungsintensität und der Anspruch sowohl an Gestaltung als auch an die laufende Unterhaltung

[76] Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Berliner Schallschutzfensterprogramm, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Geltungsdauer 01.01.2014 -31.12.2015
[77] Eigentümerinformation: schallschutzfenster@senstadtum.berlin.de
[78] Gesetzliche Grundlage:; Baugesetzbuch (BauGB); Baunutzungsverordnung (BauNVO), Bauordnung für Berlin (BauO Bln)
[79] resultierend aus Durchschnitts- und Erfahrungswerte verschiedener Großstädte

der Grünflächen. Das erfordert die Verwendung von auf Nachhaltigkeit orientierter **Materialien und Ausstattungselemente**, die flexibel verwendbar sind.

Eine wesentliche, gerade für Familien wichtige Komponente ist das Angebot an **Spielplätze**n **im Wohnquartier**.
Im Zusammenhang mit Wohnungsneubau sind Anlage und Erhalt von **private**n **Kinderspielplätze**n gesetzlich geregelt[80] und wird im Rahmen von Bauantragsverfahren auf privaten Flächen umgesetzt. Grundsätzlich soll damit die wohnortnahe Versorgung gesichert werden, was auch ein wesentlicher Standortvorteil für die Bindung von Familien mit (Klein)Kindern darstellt.

Für **öffentliche Spielplätze**[81] wird anhand eines Richtwerts[82] der Versorgungsgrad[83] erfasst Im Ergebnis können Aussagen zur Spielflächenversorgung auf der Ebene der Bezirksregionen bzw. Planungsräume und der Einwohnerdaten getroffen werden. Die Versorgung unseres Bezirkes mit öffentlichen Spielplätzen liegt derzeit bei ca. 61% und damit etwa im Berliner Durchschnitt. In Bezug auf die Versorgung der einzelnen Wohngebiete mit Spielflächen bestehen jedoch räumliche Differenzen. Drei Wohngebiete sind derzeit nicht mit öffentlichen Spielplätzen versorgt, dies sind aber Wohngebiete mit überwiegend Ein- und Zweifamilienhäusern.
Durch Weiterführung der **Spielplatzplanung** und Prioritätensetzung ist neben räumlichen und qualitativen Aussagen zur Spielflächenversorgung auch ein Abgleich mit den Anforderungen aus der Bevölkerungsentwicklung und Demografie möglich. Damit können Bedarfsschwerpunkte erkannt und abgebaut werden:

- Durch die **gezielte Ausstattung** der Plätze kann auf unterschiedliche Bevölkerungs- und damit Zielgruppen eingegangen werden. Bei Neuausstattungen wird daher die Entwicklung der Einwohnerdaten berücksichtigt.
- Da der Anteil der 0 bis 6-Jährigen in den vergangenen Jahren prozentual zugenommen hat, werden die Angebote für Kinder bis 6 Jahre bereits auf verschiedenen Spielplätzen ergänzt bzw. neu geschaffen.
- Bei Neubauten von Spielplätzen werden in der Regel Angebote für Kinder aller Altersklassen vorgesehen.

Einer besseren Versorgung mit Spielplätzen stehen jedoch **in der Praxis oft fehlende Flächen**, aber auch **fehlende finanzielle Mittel** entgegen. Während der Neubau von Spielplätzen i.d.R. über verschiedene Förderprogramme sowie über Planverfahren im Zusammenhang mit Wohnungsbauvorhaben finanziell abgesichert werden kann, fehlen angemessene Mittel für adäquaten Unterhalt und Pflege – sowohl für die oft sehr gut ausgestatteten neuen Plätze wie auch alle anderen Anlagen. Das Alter der Spielgeräte beträgt nicht selten mehr als 15 Jahre.
Verschärft wird diese Problematik und damit die negative öffentliche Wahrnehmung durch unsachgemäßes und unsoziales Verhalten, so z.B. von Hundehaltern (Ignorieren des Anleinzwangs, Spielplätze als Hundeauslauf, Verunreinigung) oder durch Vandalismus. Für eine verstärkte Präsenz in den Brennpunkten bzw. die Umsetzung von Ordnungsmaßnahmen fehlt jedoch Personal. Über die **Förderung von Initiativen der Bürgerinnen und Bürger** in den Kiezen könnte die **Eigenverantwortung gestärkt** werden u. a. im Zusammenhang mit der Haltung von Hunden.

Ein weiteres Problem öffentlicher Spielplätze ist die z. T. fehlende Akzeptanz der daraus resultierenden **Geräuschkulisse**, insbesondere bei Bolzplätzen, durch meist ältere Anwohner. Im Hinblick auf den auch künftig hohen Bevölkerungsanteil sowohl Älterer als auch die Zunahme des

---

[80] gem. Bauordnung für Berlin (BauO Bln): ab 6 WE ein Spielplatz für Kleinkinder (mind. 50 m² bzw. 4 m²/ WE)
ab 75 WE – Eignung auch für ältere Kinder

[81] gesetzliche Grundlage: Gesetz über öffentliche Kinderspielplätze; DIN 18034- Spielplätze und Freiräume zum Spielen (2012-02); DIN 18040-3 - Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen Teil 3 (2014-12)

[82] 1,0 m² nutzbarer Spielfläche je Einwohner

[83] je Versorgungsbereich (VB) - gem. „Lebensweltlich orientierten Planungsräume“ (LOR) VB = Sozialräume (Bezirksregionen) und Sozialgebiete (Planungsräume)

prozentuale Anteils älterer Kinder und dem damit einher gehenden Bedarf an Bolzflächen und Freiflächenangeboten für Jugendliche, von denen in der Regel erhöhte Geräuschentwicklungen ausgehen, sind hier Konflikte zu erwarten.
Daher muss hier rechtzeitig Vorsorge getroffen werden durch **sensible Planung von Bereichen für ältere Kinder und Jugendlich**e bzw. entsprechende **Flächensicherung.** Handlungsbedarf besteht hier v.a. bei Angeboten für ältere Kinder und Jugendliche. Über fachübergreifende Kooperationen bzw. die Aktivierung externer Initiativen, wie z.B. im Bereich der Wuhlheide, des Mellowparks oder am Landschaftspark Adlershof, könnten attraktive zielgruppendynamische Projekte ermöglicht sowie initiiert bzw. weiterentwickelt werden

Die Schaffung von **„Mehr" – Generationenplätzen** wird im Bezirk umgesetzt bzw angestrebt. Diese Plätze bieten Angebote für alle ab 0 bis 70 +Jahre, von der ruhigen Sitzecke für die Älteren bis zu Motorik- und Spielgeräten, was insgesamt den sozialen Zusammenhalt und die kulturellen Vielfalt befördert.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt auch im Land Berlin die Bereitstellung so genannter „**Naturerfahrungsräume".** Die heutigen Lebensverhältnisse und –gewohnheiten bieten Kindern und Jugendlichen immer weniger Gelegenheit, in direkten Kontakt mit der Natur zu treten und eigene körperliche und psychische Eindrücke zu sammeln.
Das Konzept der „Naturerfahrungsräume"[84] wurde im Rahmen eines vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Vorhabens entwickelt. Es geht dabei um nur wenig gestaltete, bespielbare Freiflächen, auf denen Kinder und Jugendliche (6-14 Jahre) die Möglichkeit zu Naturerfahrung und eigenständiger, spontaner und weitgehend unbeaufsichtigter Aktivität im unmittelbaren Wohnumfeld gegeben wird. Für das Land Berlin liegt eine im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beauftragte Vorstudie vor. Der Bezirk verfügt über ein großes Potential von Naturerfahrungsräumen, wie z.B. den Volkspark Wuhlheide, den Landschaftspark Johannisthal und die Königsheide.

Der Bezirk verfügt auf Grund der Lage an Flüssen und Seen über besondere Vorzüge zur Nutzung von Ufern. Der Wert der **Ufer als Orte der Erholung** ist erkannt und soll auch in Zukunft im Bezirk einen besonderen Stellenwert für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen haben. Der Bezirk erstellt deshalb derzeit eine Uferkonzeption[85], die für die Zukunft Planungsgrundlage sein soll. Ziel ist u.a. die Förderung der Erlebbarkeit des Wassers und der Natur.
Verstärkt sollte hier das Augenmerk auch auf die in den Ortsteilen häufig vorhandenen **Stichstraßen** zum Wasser gelegt werden. Diese bieten wegen der wohnungsnahen Lage, den in der Regel uneingeschränkt nutzbaren Wegebelägen, der guten Erreichbarkeit sowie der engen Beziehung zum Wasser gute Potenziale für kleine Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität.

Auch die **Tradition als Erholungs- und Ausflugsort** mit berlinweiter aber auch überregionaler Bedeutung resultiert aus den landschaftlichen Besonderheiten Treptow-Köpenicks, was auch für die Attraktivität als Wohnstandort eine Rolle spielt.
Perspektivisch gilt es daher, die **traditionellen Ausflugsziele** in z.B. Alt Treptow, Grünau, Friedrichshagen oder Wendenschloß auch für Familien und junge Menschen zu erschließen bzw. bestehende Ansätze fortzuführen. In Bezug auf den im Bezirk stark verankerten Wassersport (Rudern, Kanusport, Segel- und Surfrevier), den Schiffsausflugsverkehr sowie touristische Angebote (Wasserwandern, Rad- und Wanderwege) sind daher die bestehenden guten **Kooperationen** zwischen Bezirk, den Sportvereinen sowie dem Tourismusverein Treptow-Köpenick unter Wahrung der natürlichen Ressourcen fortzuführen und auszubauen. Hier sind verstärkt **zielgruppenorientierte Konzepte** bezüglich Werbung und Ausrichtung in den Fokus zu

[84] „Naturerfahrungsräume in Großstädten am Beispiel Berlin" Wege zur Etablierung im öffentlichen Freiraum, Irma Stopka und Sandra Rank, BfN-Skripten 345, 2013
[85] Uferkonzeption Treptow-Köpenick - Teilplan der BEP - Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, Entwurf 2013, derzeit noch im Verfahren

nehmen bzw. vorhandene Vereine in diesem Bemühen zu unterstützen (z.B. Mountainbike-Strecke in den Müggelbergen etc.).

Auch die auf Familien und die **generationsübergreifende Freizeit- und Erholungsgestaltung** abzielenden Angebote wie der Volks- und Waldpark Wuhlheide und das FEZ haben Entwicklungspotential, das im Rahmen des „Standortentwicklungskonzeptes Wuhlheide"[86] erfasst und weiterentwickelt werden soll – unter Einbeziehung der unterschiedlichsten Akteure.
Im Hinblick auf die räumliche Ausdehnung des Bezirks bedarf es jedoch auch der Qualifizierung weiterer Angebote. Das betrifft insbesondere überregional wirksame Freizeitstandorte wie die Insel der Jugend, den Treptower Park oder den Mellowpark.

Wichtige **ökologische und soziale Ausgleichsfunktionen** übernehmen zudem die zahlreichen Kleingartenanlagen, gartengeprägten Stadtrandsiedlungen und sonstigen städtischen Grünflächen und Landschaftsschutzgebiete. Zu den neuen Anforderungen an den öffentlichen und privaten Frei- bzw. Grünraum, die sich v.a. aus dem veränderten Nutzerverhalten bei der Ausgestaltung der Freizeit ergeben, kommen wirtschaftliche Erwägungen hinzu. Für den Erhalt und die Entwicklung von öffentlichen Frei- und Grünflächen stehen i. d. R. immer weniger öffentliche Mittel bereit.
In der gesamtstädtischen „**Strategie Stadtlandschaft Berlin"[87]** wird versucht, anhand der veränderten Ansprüche und Anforderungen neue Konzepte aufzuzeigen, die letztlich Nutzerverhalten mit Strategien zur Flächensicherung bündelt. Wichtig sind hier **alters- und nutzerübergreifende Konzepte**, also mehr Flexibilität durch Mehrfachnutzungen bzw. Verflechtung der Funktionen.

Die großflächigen **Kleingartenanlagen** (KGA) im Bereich von z. B. Plänterwald, Baumschulenweg, Johannisthal, Oberschöneweide, Altglienicke, Friedrichshagen oder Rahnsdorf sind Erholungsräume für die Stadtbewohner. Sie bilden mit den großen Parkanlagen und Innenwäldern zusammenhängende Grünzüge, die auch eine stadtklimatische Ausgleichsfunktion erfüllen, was insbesondere auch im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels nicht nur für den Bezirk sondern auch für die Gesamtstadt von Bedeutung ist.
Die wesentliche Rolle der Kleingartenanlagen im Zusammenhang mit der Bewältigung des demografischen Wandels und der sich verändernden Bevölkerungsstruktur zeigt sich anhand der Nutzergruppen. Zwar ist der Anteil an Älteren unter den Kleingärtnern traditionell hoch, jedoch wächst seit rd. 10 Jahren der Anteil von Familien mit Kindern aber auch der von Nutzern bzw. Familien mit Migrationshintergrund. Insbesondere wohnungsnahe Kleingärten werden nachgefragt und sind auch im Hinblick auf ihre Wirksamkeit als Grünzug und Rückzugsort sowohl für die unterschiedlichen Nutzergruppen als auch für den Bezirk insgesamt von Bedeutung, was sich auch in der Zielsetzung für die Kleingartenentwicklung im Bezirk[88] und im Kleingartenentwicklungsplan Berlin (KEP)[89] wieder findet. Ziel ist die weitere Vernetzung der Anlagen i. S. der Ein-/Anbindung in die vorhandenen und zu entwickelnden übergeordneten Grünzüge, um sie einer breiten Öffentlichkeit als Erholungsangebot zugänglich zu machen. Beachtlich hierbei sind die wohnungsnahe Erreichbarkeit und die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr.

Zwischennutzungen wie z.B. urbanes Gärtnern für temporäre private Freiräume (auf Baulücken, Brachen oder ungenutzten öffentlichen Arealen) als zeitlich begrenztes (Gestaltungs-)Angebot hat bisher im Bezirk nur im Rahmen der Interkulturellen Gärten und des Lichtgartens in der Köpenicker Altstadt Tradition. Für weitere Nutzergruppen sind entsprechendes Interesse und Angebote zu initiieren bzw. zu fördern, um ein alters- und familiengerechtes Leben im Bezirk zu ermöglichen.

---

[86] „Standortentwicklungskonzept Wuhlheide", BA-Vorlage zur Kenntnisnahme, 27. November 2012
[87] „Strategie Stadtlandschaft Berlin", Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, 2011
[88] Kleingartenanlagen in Treptow, Berlin 2002; Kleingartenanlagen in Köpenick, Berlin 2004; Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt
[89] Kleingartenentwicklungsplan Berlin (KEP), SenStadtUm 2010

Da ein wesentlicher Anteil des **Zuwachs**es gerade bei Kindern und Jugendlichen aber auch jungen Erwachsenen **durch Zuwanderung geprägt** ist, wird sich dieser Bevölkerungsanteil gegenüber den Einwohnern ohne Migrationshintergrund stark erhöhen. Bei der Gestaltung und Entwicklung von Angeboten ist daher unter Einbeziehung der Betroffenen eine interkulturelle Ausrichtung zu berücksichtigen (s. a. **Pkt. 4.3**).

11. Ziel	**Lebensqualität sichern und verbessern**
Strategie	Sicherung und Entwicklung eines **gesund**en**, attraktiv**en und **grün**en **Wohnumfeld**es
Maßnahmen	Verstärkte Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur **Minimierung der Umweltbelastungen** in den Wohngebieten mit der Umsetzung der Lärmminderungs- und Luftreinhalteplanungen des Landes sowie **Information und Beratung** der Investoren und Bürger zu Fördermöglichkeiten.
	Entwicklung und Erhalt der Attraktivität von **öffentlichen Grün- und Freiflächen** bei bedarfsgerechter Ausstattung und Pflege - durch • Sicherung der **Finanzierung** ggf. über berlinweite Lösungen und • verstärkte Förderung **alternative**r **Lösungen** wie kieznahe Initiativen, interessengebundene Pflegeverträge o. ä. zur Förderung der Eigenverantwortung und Selbstkontrolle im Kiez sowie die Berücksichtigung der interkulturellen Ausrichtung.
	Fokussierung der Öffentlichkeitsarbeit, Ausrichtung und Angebotsgestaltung von **Freizeit- und Erholungsangebote**n auf **alters-** und **Nutzerübergreifende Konzepte** – mehr Flexibilität durch Mehrfachnutzungen (s. a. **6. Ziel**).
	Wahrung der Möglichkeit zu **Naturerfahrung für Kinder und Jugendliche** durch eigenständige, spontane und weitgehend unbeaufsichtigte Aktivität im unmittelbaren **Wohnumfeld** durch Sicherung so genannter „Naturerfahrungsräume".
	Weitgehender Erhalt der bezirklichen **Kleingartenanlagen** als wohnungsnahes Erholungs- und Freizeitangebot und Umsetzung einer besseren Vernetzung mit dem Umfeld in Übereinstimmung mit der bezirklichen Zielsetzung. Schaffung von Kleingarten-Ersatzflächen.
	Förderung von **Zwischennutzungen** als temporäres Freiraumangebot für unterschiedliche Nutzergruppen in Abstimmung mit den Akteuren vor Ort.

2. 3 Betreuung, Bildung und Kultur

In der Vergangenheit kam es zunehmend zu **Konflikten im Zusammenleben der unterschiedlichen Altersgruppen** insbesondere was Lärm – hier Kinderlärm auf Spielplätzen und Kitas/ Schulen – betraf. In der Rechtsprechung wurde schon seit Jahren deutlich klargestellt, dass Kinderlärm nicht als Beeinträchtigung zu werten ist, d.h. das Rücksichtnahmegebot ist regelmäßig eingehalten. Damit sind sowohl Kinderspielplätze als auch Kitas, Schulen und ähnliche Einrichtungen in den Wohngebieten planbar und zulässig. Die Umsetzung einer

familienfreundlichen Stadt und einer wohnortnahen Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen ist erleichtert und gestärkt worden.
Von wesentlicher Bedeutung für Eltern kleiner Kinder ist der Zugang zu **Betreuungsangebote**n. Über ein neues Internetportal[90] können sich betroffene Eltern eine Übersicht über das Platzangebot und die Bewertung nach Bezirksregionen (Ortsteilen) verschaffen.
Der Kita-Bedarfsatlas[91] zeigt der Verwaltung, wo mit verstärkter Förderung gegensteuert werden muss bzw. welche Projekte bei der Mittelvergabe Priorität haben, Gebiete mit wachsender Nachfrage stehen demnach im Fokus. Für den Kita-Ausbau über das Landesförderprogramm[92] sind derzeit 18 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2016/2017 eingeplant[93].
Aufgrund der im Bezirk bestehenden hohen Nachfrage bei Plätzen in **Kindertagesstätten (Kita)** durch den weiterhin kontinuierlichen **Zuwachs an Kindern** (unter 6 Jahren) wurden bisher mehr als 1.000 zusätzliche Plätze durch Neuansiedlungen von Trägern und Einrichtungen geschaffen. Diese können jedoch derzeit die vorhandenen Nachfragen, die aus dem Rechtsanspruch[94] erwachsen, trotz einer damit erreichten Versorgungsquote[95] von 77 %, nicht vollständig bedarfsgerecht abdecken. Bei einer Auslastung der Plätze von 99 % (Stand 30.06. 2014) gibt es in den Einrichtungen auch keine Puffer mehr. Daher müssen Eltern unter Umständen flexibel sein, einen längeren Anfahrtsweg in Kauf nehmen oder eine Kita auf dem Weg zur Arbeit wählen, da in einigen Gebieten die Lage nach wie vor angespannt ist. Zu wenige Plätze gibt es v.a in Stadtrandlagen aber auch z. T. in den dicht bebauten innenstadtnahen Ortsteilen.

Die derzeitige bezirkliche **Planung zur Kindertagesbetreuung**[96] für 2014/2015 ist Grundlage der Identifizierung von Schwerpunktgebieten für eine zusätzliche Bereitstellung von Plätzen zur Tagesbetreuung. Die Betreuungsquote bei den Unter-3-Jährigen liegt im Bezirk derzeit bei 82 %, differiert jedoch räumlich. Etwa 6% der Plätze dienen der Versorgung von Kindern aus anderen Bezirken. Unter Berücksichtigung der Gewährung des Wunsch- und Wahlrechts für die Eltern wird daher eine Versorgungsquote von 85 % erforderlich.
Schwerpunkt für die weitere Planung ist es, die tatsächliche Entwicklung der Inanspruchnahme von Plätzen[97] kontinuierlich zu überwachen und zu analysieren und ggf. Anpassungen der Planungen vorzunehmen.
Als **Bedarfsschwerpunkte** aufgrund des Anstiegs des Kinderanteils insgesamt, aber auch durch geplante Neubauvorhaben, stehen derzeit insbesondere die Ortsteile Adlershof, Plänterwald, Baumschulenweg, Oberschöneweide, Niederschöneweide aber auch in der Köllnische Vorstadt/ Spindlersfeld, Altstadt/ Kietz und Müggelheim im Fokus.
Die Bereitstellung zusätzlicher Kita -Plätze durch Neubau und die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die sich durch ämterübergreifende Zusammenarbeit ergeben, z.B. Kapazitätserweiterungen durch Nutzungsvereinbarungen zu öffentlichen Kinderspielplätzen, ist für alle Ortsteilen weiterhin wesentliches Maßnahmenfeld des Bezirkes.

Eine qualitativ hochwertige **Bildung** der Kinder und Jugendlichen ist ein wichtiges Gut für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

---

[90] Internetportal, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft: http://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/kindertagesbetreuung/kitas/verzeichnis/
[91] Kita-Bedarfsatlas 2015, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Stand März 2015
[92] Landesförderprogramm „ Kita Ausbau", Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft gem. der Förderrichtlinien 2013 sowie Bundesprogramm „Ausbau der Kindertagesbetreuung U3" gem. der Förderrichtlinien 2014
[93] Förderung von Bauvorhaben: bis zu 7.000 €/ Platz; Starthilfe für Neugründungen: 1.000 €/ Platz
[94] Kinderförderungsgesetz (KiFöG), 2008 sowie § 2 Abs.1 und 5 Kindertagesfördergesetz (KitaFöG), Berlin
[95] Versorgungsquote: Versorgung mit Kita-Plätzen für die unter 6jährigen
[96] Kindertagesbetreuung, Bedarfsfortschreibung 2014/2015, BA Treptow-Köpenick, Abt. Jugend und öffentliche Ordnung, Jugendamt, Jugendhilfeplanung, August 2014
[97] Für 2015 wird ein rechnerischer Fehlbedarf von 777 Betreuungsplätzen angenommen

Die Weiterentwicklung der Schulstruktur, die Prognose hinsichtlich der vorhandenen und benötigten Kapazitäten sowie die Schaffung der Voraussetzungen für die Umsetzung neuester pädagogischer Erkenntnisse ist daher die wesentliche Aufgabe der bezirklichen Schulentwicklungsplanung. Dabei spielen demografische Entwicklungen, insbesondere die Entwicklung der Schülerzahlen eine entscheidende Rolle. Die in der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung[98] enthaltene grundsätzliche Aussage zum **Trend steigender Schülerzahlen** hat sich weiter manifestiert und ist durch die neueste Bevölkerungsprognose von 2013 noch wesentlich verstärkt worden. Diese Entwicklung zeichnet sich für alle Schulformen ab, wenn auch räumlich differenziert aufgrund der heterogenen Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Ortsteilen, was sich auch auf die Schülerzahlen in den Einschulungsbereichen auswirkt. Insbesondere ist mit erhöhten Zuwachsraten der 6-15 Jährigen in Alt-Treptow, der Köllnische Vorstadt, Friedrichshagen, Johannisthal sowie Oberschöneweide zu rechnen. Kurzfristige Bedarfe werden durch den Wohnungsneubau v.a. in Spindlersfeld, im Dorf Altglienicke, Bohnsdorf, Grünau und Kietzer Feld/Nachtheide ausgelöst.

Grundsätzlich ist das Schulnetz im **Grundschulbereich** den gegenwärtigen Anforderungen gewachsen. Im Hinblick auf die erwarteten Zuwächse im Wohnungsbau ist jedoch eine kontinuierliche Analyse der daraus erwachsenden Bedarfe sowie der erforderlichen Anpassungen und zukunftsfähigen Gestaltung die Aufgabe in den nächsten Jahren. Die Deckung der daraus resultierenden Bedarfe muss mangels Flächenverfügbarkeit vorrangig durch Optimierung der bereits bestehenden Standorte erfolgen (z. B. Ausbau, Erweiterung). Im Rahmen Planverfahren kann hier eine finanzielle Beteiligung für die bestehenden Standorte geregelt werden.

Im **Oberschulbereich** sind die Kapazitäten, insbesondere bei den integrierten Sekundarschulen (ISS) nicht ausreichend, um den prognostizierten Schülerzuwachs abfangen zu können. Die attraktiven öffentlichen Schulangebote unseres Bezirks bewirken eine Erhöhung der Anmeldungen und Aufnahmen von Schülerinnen und Schülern aus anderen Bezirken in nicht unerheblicher Größenordnung. Dies verschärft die Situation noch zusätzlich. Es besteht die unausweichliche Notwendigkeit zusätzliche Kapazitäten durch

- Rückgewinnung teilweise nicht oder anderweitig genutzter Kapazitäten
- An- bzw. Ergänzungsbauten
- Neubauten

zu schaffen.
Prioritär muss der Bezirk dafür ab sofort und in den nächsten Jahren alle **vorhandenen Raum- und Flächenkapazitäten sichern** und perspektivisch **zusätzliche Flächen aktivieren** bzw. **suchen**.

Auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention verfolgt das Bezirksamt das Ziel, den **Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen** Bildungsbedingungen zu schaffen, die ihnen die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestatten. Es geht darum die Rahmenbedingungen der Schule an den Bedürfnissen und Besonderheiten aller Schülerinnen und Schüler auszurichten. Dieses Thema gewinnt schon allein deshalb an Bedeutung, da der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit der Notwendigkeit der sonderpädagogischen Förderung steigt.
Auch wenn bisher berlinweit keine einheitlichen und grundsätzlichen Handlungsrichtlinien beschlossen wurden, bestehen auf Bezirksebene Vorstellungen, schrittweise entsprechende Angebote zu entwickeln. Eine Präzisierung des bezirklichen Konzeptes wird nach Vorliegen entsprechender berlinweit geltender Rahmenbedingungen [99] erfolgen.

---

[98] Schulentwicklungsplanung 2012- 2016, Bezirk Treptow-Köpenick, Abt. Bürgerdienste, Weiterbildung, Kultur, Ordnungsangelegenheiten, Schule und Sport; Schul- und Sportamt, Bereich Schule; Stand 08/2012

[99] Schulentwicklungsplan (SEP) für das Land Berlin 2014 – 2018, Pkt. 2.6.1. Inklusion; Senatsvorlage Nr. S-310/2015

Ergänzt wird das bestehende Bildungsangebot durch **berufsbildende Schulen** (Oberstufenzentrum Wirtschaft und Sozialversicherung; Berufsfachschulen oder Fachschulen wie Best - Sabel u. a. bzw. Ausbildungszentren) sowie Hochschul- und Universitätsstandorte (Hochschule für Wirtschaft und Technik (HTW), Humboldt-Universität (HU), Hochschule Ernst Busch) und private Angebote für die berufliche Weiterbildung. Im Hinblick auf den prognostizierten Zuwachs von Kindern- und Jugendlichen ist hier der Erhalt und ggf. der Ausbau bestehender Kapazitäten notwendig.

Die beiden **Hochschulen** HTW und Humboldt-Universität verfügen über ein ausgeprägtes internationales Profil. So beträgt der Anteil an internationalen Studierenden an der HTW und HU zwischen 10 und 14 % und beide Hochschulen verfolgen jeweils die Strategie einer kontinuierlichen Internationalisierung, was die Annahme begünstigt, dass Treptow-Köpenick auch in den kommenden Jahren Studierende und Fachkräfte aus aller Welt anzieht. Damit ergeben sich auch für den Bezirk Herausforderungen, auf die sich aus dem Zuwachs ergebenden Bedürfnisse entsprechend einzugehen, sowohl was Bildungs- als auch Integrationsmaßnahmen betrifft (siehe auch **Pkt. 4.3**).

Weitergehende Bildungs- sowie Kulturangebote werden über die Bibliotheken, Volkshochschulen, Musikschulen, die Museen und Kulturstandorte vorgehalten. Die dezentral organisierten Angebote im Bezirk sind über eine nachfrageorientierte und sozialverträgliche Angebotsgestaltung stark an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Zielgruppen ausgerichtet. Information und Zugänglichkeit wird unbürokratisch gewährleistet. Hier werden über unterschiedlichste Medien neben traditionellen (Broschüren, Flyer, Presse) auch zunehmend neue Medien (Internetportale, e-mail etc.) eingebunden.
Im Zuge des Berliner Schulreformprozesses bauen Bibliotheken, Volkshochschule, Musikschule und Museen aber auch Kultureinrichtungen die **Kooperationen** mit den allgemein bildenden Schulen im Bezirk aus. Gemäß der Berliner Strategie „Bildung als Schlüssel" soll Kindern und Jugendlichen der Zugang erleichtert und damit soziale Integration und Teilhabe ermöglicht werden – unabhängig vom sozialen Umfeld.

Bibliotheken als sekundäre Bildungseinrichtungen erhöhen die Attraktivität der jeweiligen Ortsteile. Dazu trägt insbesondere ihre Bedeutung als Lern-, Kommunikations- und zunehmend auch Kulturstandorte für unterschiedliche Nutzergruppen aber auch ihre bauliche Gestaltung und Erreichbarkeit bei.
Der Bibliotheksnutzung durch alle Altersgruppen wird insgesamt positiv wahrgenommen und soll daher weiterhin durch nachfragegerechte Angebote, Informationen und Kooperationen ausgebaut werden. Die elektronische Kommunikation bei Beratung, Informationen und Angebotsnutzung erleichtert den Zugang bzw. eröffnet hier zeitgemäße Zugriffsoptionen gerade für die junge Generation. In Bezug auf die altersgruppenbezogene Vermittlung bedarf es der Absicherung der notwendigen Kompetenzen (Personal) durch kontinuierliche Fortbildung.

Die **Volkshochschule** bietet das umfänglichste, bedarfsorientiert und bewusst dezentral ausgerichtete Weiterbildungsangebot mit sozial verträglichen Entgelten an. Auf absehbare demografische Veränderungen wird pro-aktiv mit entsprechenden Bildungsangeboten reagiert und das Kursangebot an den modernen Anforderungen der Erwachsenenbildung ausgerichtet. Das lebenslange Lernen gilt als Handlungsmaxime insgesamt. Entsprechend ihrem Bildungsauftrag ist die Volkshochschule eng mit Partnern und Institutionen in der Region vernetzt und erreicht dadurch nahezu flächendeckend Interessierte mit den vielfältigsten Angeboten.
Neben traditionellen Kursangeboten wird stets auch innovative Weiterbildung ermöglicht. Die Inhalte folgen den spezifischen Anforderungen, um den Anschluss an Beruf und Lebenswelt zu halten. Damit wird eine kontinuierliche berufliche Qualifikation analog zum technologischen Wandel und einer globalisierten Beruf- und Lebenswelt gesichert. Das betrifft beispielsweise die Befähigung von Frauen für eine Tätigkeit in unterrepräsentierten Bereichen des Lebens ebenso wie die

Schaffung inklusiver Bildungsangebote oder die Ausrichtung auf Gesundheitsvorsorge/ Freizeitsport.
So werden Jugendlich frühzeitig an neue Berufsanforderung heran geführt. Ein Ausgleich wird für jene geschaffen, die nicht in ihren Familien selbstverständlich an neue Bildungs- und Berufsanforderung für einen flexiblen, europäischen, globalen Arbeitsmarkt heran geführt werden.
Wichtige Bedeutung hat die Volkshochschule auch durch die seit Jahren regelmäßig angebotenen Integrationskurse für Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit dem neuen Hauptstandort in der Altstadt Köpenick, Freiheit 15, und vielen dezentralen Angeboten u. a. auch weiterhin in Adlershof, wird die Erreichbarkeit der kommunalen Joseph-Schmidt-**Musikschule** Treptow-Köpenick - nicht nur für Menschen mit eingeschränkter Mobilität- insgesamt erhöht. Als öffentliche Bildungs- und Kultureinrichtung sichert sie im Rahmen ihres Bildungsauftrags[100] den chancengerechten Zugang zu musikalischen Bildungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Über die musikalische Breitenbildung hinaus bietet die Musikschule eine spezielle Begabtenförderung sowie eine Studienvorbereitende Ausbildung an.
Die Musikschule ist Bildungspartnerin von allgemein bildenden Schulen und Kindertagesstätten und sowohl im Bezirk als auch überregional mit zahlreichen weiteren Bildungs- und Kulturinstitutionen vernetzt. Bedeutsam für die Kulturszene im Bezirk ist auch die vielseitige Veranstaltungstätigkeit.

Die **Museen** in Treptow-Köpenick präsentieren sowohl stadtteilgeschichtliche Ausstellungen als auch besondere thematische Angebote, die i.d.R. durch kulturelle Veranstaltungen ergänzt werden. Begleitet wird die Museumsarbeit von engagierten bürgerschaftlichen Vereinen.
Mit einem breiten museumspädagogischen Angebot richten sich die kommunalen Museen gezielt an Schülerinnen und Schüler.

In den Ortsteilen bestehen vielfältige kommunale **Kultureinrichtungen** - neben Atelierhäusern, Galerien, Vereinsangeboten auch soziokulturelle Zentren für unterschiedliche Projekte und Nutzergruppen. Das Spektrum reicht von den unterschiedlichsten musikalischen Angeboten über Lesungen, Veranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Familien bis zu Theater/ Kabarett und Ausstellungen.
Ergänzt werden die kommunalen Angebote durch unterschiedliche **private Initiativen, Träger und Vereine**, die Kultur- und Bildungsarbeit sowohl z.T. auf Landesebene aber oft auch kieznah leisten.

Der **Kultur- und Kunst**bereich, insbesondere auf der Ebene der ehrenamtlichen Arbeit, bietet ein differenziertes und v.a. vielfältiges Bild, das sowohl Familien aber auch junge Menschen anspricht. Viele Kunst- und Kulturvereine, Chöre und Musikgruppen leben von der Aktivität und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Diesen Erfahrungsschatz zu nutzen und zu fördern, ist ein Hauptziel der kommunalen Kulturarbeit und drückt sich in der breit angelegten, generationsübergreifenden Arbeit im bezirklichen Kunst- und Kulturleben aus. Gerade die gegenseitigen Impulse im Miteinander garantieren eine positive Entwicklung der Kommune und fördern die Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner.

Durch den **Zuwachs von Menschen mit Migrationshintergrund** v.a. bei Kindern und Jugendlichen, jungen Erwachsenen sowie Familien besteht neben den kinderspezifischen Förderungen der Bedarf an zusätzlichen Angeboten für Familien und junge Menschen. Bereits jetzt sind gerade Familien Ziel verschiedenster Integrationsmaßnahmen. Mit einem wachsenden Selbstverständnis erlangt auch der kulturelle Austausch eine höhere Bedeutung bzw. rückt stärker in den Fokus. Dies muss künftig bei der Planung von entsprechenden Einrichtungen und Angeboten bedacht werden[101].

[100] Gem. § 124 Schulgesetz für das Land Berlin, zuletzt geändert März 2014
[101] vergl. auch **Pkt. 4.3**

Für Neubauvorhaben auf der Grundlage von **Bebauungsplanverfahren** kann die **Grundausstattung an sozialer Infrastruktur,** die sich aus dem Zuwachs an Kindern und Jugendlichen aus dem jeweiligen Plangebiet ergibt, in der Regel im Rahmen städtebaulicher Verträge gesichert werden. Neben baurechtlichen Anforderungen (**barrierefreie Gestaltung**) werden im Rahmen der wirtschaftlichen Angemessenheit der zusätzliche Bedarf an Kita- bzw. Schulplätzen sowie die Herstellung und Ausstattung von öffentlichen Grün- und Spielplatzanlagen und die Erschließung vertraglich geregelt.
In Bezug auf Anforderungen ohne konkreten und finanziell untersetzten Rechtsanspruch ist eine Durchsetzung nur schwer möglich (Jugendfreizeit, Sport), zumal oft trotz Bedarf die Finanzierung im Bezirkshaushalt fehlt bzw. nicht dauerhaft gesichert ist und öffentliche Flächen/ Gebäude fehlen.
Daher ist hier eine **Entflechtung der Nutzungen** nach Alters- oder Nutzergruppen zu **vermeiden** und nach fachübergreifenden Lösungen zu suchen.
Mit der Etablierung der Sozialen Planungskoordination (SPK) wurde daher die Entwicklung ortsteilbezogener, integrativer Strategien bzw. Lösungsansätze für die z. T. räumlich unterschiedlichen Anforderungen an Infrastruktur- und Wohnbedarf mittels einer verstärkten Anwohnereinbindung – so bei der Bedarfsermittlung oder der Mittelzuweisung im Bürgerhaushalt – vorbereitet und begleitet. Über die Entwicklung von **Bezirksregionsprofile**n werden neben fachübergreifenden Lösungen auch Initiativen der Bürger in den Kiezen initiiert und die Eigenverantwortung gestärkt.
Der Bezirk hat zudem im Rahmen der Diskussion um die notwendige Zunahme des Wohnungsbaus in Berlin in den Stellungnahmen gegenüber dem Senat deutlich gemacht, dass parallel die Investitionsplanung des Landes Berlin den **Bedarf der sozialen Infrastruktur** in verstärktem Maße berücksichtigen muss. Beachtlich dabei ist, dass einige Angebote der sozialen Infrastruktur - wie Kitas - zunehmend nur noch privat errichtet werden, d.h. Einflussnahme auf die Standortwahl entsprechend dem örtlichen Bedarf ist sehr gering. Hier muss insgesamt eine **politische Lösung und Verständigung zur Aufnahme des Neubaus von Kitas in die Investitionsplanung des Bezirkes** gefunden werden.

12. Ziel	**Jugend- und familienfreundliche Infrastruktur**
Strategie	Erhalt und Entwicklung einer **wohnungsnahe**n und **bedarfsgerechte**n **Infrastrukturangebote**n
Maßnahmen	Sicherung eines **bedarfsgerechten Betreuungsangebote**s (Kita) v.a. durch **Neubau,** aber auch durch die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die sich durch **ämterübergreifende Zusammenarbeit** (v.a. Grünflächenamt; Schul- und Sportamt) ergeben, wie z.B. Kapazitätserweiterungen durch Nutzungsvereinbarungen zu öffentlichen Kinderspielplätzen.
	Die für eine **nachfrageorientierte,** wohnortnahe **Kapazität** im **Schulbereich** notwendigen Raum- und Flächenkapazitäten • sind zu erhalten und anzupassen • bzw. notwendige **Flächen zu aktivieren** bzw. **zu suchen.** Dabei sind die Voraussetzungen für die Umsetzung neuester pädagogischer Erkenntnisse und der **Inklusion** zu berücksichtigen.
	Bei Planung und Flächensicherung von Betreuungs-, Bildungs- und Kulturangeboten sind für eine **alters- und nutzerübergreifende Ausrichtung** fachübergreifende Kooperationen bzw. Initiativen und deren Vernetzung zu verstärken. Die Entflechtung der Nutzungen nach Alters- oder Nutzergruppen ist zu vermeiden (Mehrfachnutzung).

	Bei Neubauvorhaben auf der Grundlage von **Bebauungsplanverfahren** Absicherung der daraus erwachsenen kommunalen Grundausstattung mit wohnungsnaher Infrastruktur vorrangig im unmittelbaren Umfeld.
	Im Hinblick auf die geringen kommunalen Steuerungsmöglichkeiten bezüglich einer **Standortausweisung** für Angebote der sozialen Infrastruktur entsprechend dem **örtlichen Bedarf** muss insgesamt auf eine **politische Lösung** hingewirkt werden.
	Erarbeitung von Bezirksregionsprofilen (BZRP) zur Entwicklung **ortsteilbezogener, integrativer Strategien** und **Lösungsansätze** für die z. T. räumlich unterschiedlichen Anforderungen an sozialen Infrastrukturbedarf.

13. Ziel	**Bildung als Schlüssel: Zugang erleichtern – Kompetenzen ausbauen**
Strategie	**Schwellen abbauen - Bildungsangebote vernetzen**
Maßnahmen	Zur **Erleichterung** des **Zugangs zu Bildungsangeboten** wird die **Kooperation** der allgemein bildenden Schulen und Kindertagesstätten im Bezirk mit den Bibliotheken, Volkshochschule, Musikschule und Museen aber auch Kultureinrichtungen weiter ausgebaut.
	Weiterentwicklung vorhandener **kommunaler Bildungsnetzwerke** durch enge **Vernetzung** mit Partnern und Institutionen in der Region und verstärkte **zielgruppengerichtete Information** v.a. für Menschen mit Migrationshintergrund (s. a. **23. Ziel**).

2.4 Freizeitangebote

Bei der Freizeitgestaltung kommt insbesondere den **Soziokulturellen Zentren** im Hinblick auf den breiten, generations-übergreifenden Nutzerkreis, die soziale Aufgabe und als Ort auch für das bürgerschaftliche Engagement in den Ortteilen eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität zu.
Die in fast allen Ortsteilen vertretenen **KIEZKLUBS** als kommunale Freizeiteinrichtungen sprechen mit den Angeboten auch Familien und junge Menschen an. Ziel ist neben einer verstärkten Nutzerorientierung auch eine weitere Vernetzung mit **Nachbarschaftstreffs** oder **Freizeitstätten freier Träger,** um möglichst kieznah entsprechende Angebote und Informationen vorhalten zu können (s.a. **Pkt. 1.4).**

Die demografische Entwicklung in Bezug auf den Zuwachs der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren lässt, trotz derzeitigem Rückgang der 15-18 Jährigen, einen zunehmenden Bedarf an Jugendfreizeiteinrichtungen erwarten.
Der Bezirk verfügt über eine vergleichsweise gute quantitative Ausstattung mit Plätzen **in Kinder- und Jugend-Freizeiteinrichtungen** öffentlicher und freier Träger. Das Spektrum der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit erstreckt sich dabei auf Projekte für Jugend, Sport, Freizeit bzw. Kunst.
Grundsätzlich werden in allen Ortslagen Angebote vorgehalten, aufgrund der sozial z. T. sehr heterogenen Situation ist die Ausrichtung bzw. der Schwerpunkt der Jugendarbeit aber unterschiedlich. Neben dem sich aus der z. T. bezirksübergreifenden Nutzung ergebenden Bedarf an zusätzlichen nutzerorientierten Angeboten (z.B. freie Jugendarbeit, Jugendinitiativen) ist v.a in sozial problematisch eingeschätzten Ortslagen eine stärkere Vernetzung der Angebote - Jugendamt, Jugendarbeit, Kita, Schule, sozialen Einrichtungen und Bürgern - insgesamt notwendig.

Eine Herausforderung stellt u. a. der Erhalt und die Absicherung des über die Bezirksgrenzen hinaus wirkenden Projektes „Mellowpark" des Trägers alleins e.V. im Bereich An der Wuhlheide dar. Vor allem bei den überbezirklich bekannten **Veranstaltungsorten** wie dem Freizeit und Erholungszentrum (FEZ) und dem Mellowpark wird zunehmend eine generationsübergreifende Ausrichtung in den Fokus genommen, um bei knapperen Ressourcen eine entsprechende Qualität und Angebotsdichte zu ermöglichen.

Derzeit gibt es für **sportliche Angebote** keine gültigen Orientierungs- und Richtwerte, was eine objektive Beurteilung des Versorgungsgrades sehr erschwert. Dennoch wird die Ausstattung des Bezirks mit sportlichen Angeboten als gut angesehen. Diese Auffassung wird auch von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport gestützt, die im landesweiten Vergleich für den Bezirk keine Entwicklungsmöglichkeiten vorsieht und den bezirklichen Projekten derzeit kein Priorisierung bei der Realisierung einräumt. So wurde im Sportstättenentwicklungsplan (SEP) 2012[102] **Bestandserhalt und bedarfsgerechte Sanierung** der bereits im SEP 2004 benannten Sportanlagen und Angebote bestätigt. Damit soll sowohl die traditionell hohe Angebotsdichte als auch die Erreichbarkeit gerade für den Freizeitsport als positiver Stadtortfaktor gesichert werden. In der für 2016/2017 geplanten Aktualisierung werden die einzelnen Faktoren neu zu betrachten und zu bewerten sein. Insbesondere ist dann die veränderte Einwohnersituation als Folge der umgesetzten Wohnungsbaupotentiale in den Blick zu nehmen. So wurden bereits in den vergangenen Jahren kurzfristige Bedarfe erkannt und in Maßnahmen umgesetzt.
Die verfügbaren Mittel für personelle Betreuung durch das Schul- und Sportamt, Erhalt und Sanierung sind jedoch nicht in adäquatem Maße vorhanden. So werden neue Wege gesucht, Anlagen und Standorte für eine sportliche Nutzung zu erhalten und in einer entsprechenden Qualität zu sichern. Erfolge sind durch die **Übernahme** einer Vielzahl von Standorten und Teilflächen **durch ansässige Vereine** durch langfristige Nutzungsverträge bzw. **bezirksübergreifende Lösungen** zu verzeichnen. Bei den durch das Schul- und Sportamt verwalteten Sportanlagen wird es zukünftig darum gehen müssen, die hohe Qualität durch die Beibehaltung der Verwaltung mit eigenem Personal zu sichern.
In Ergänzung der benannten Angebote stehen die **schulischen Sporthallen** zudem außerhalb der Schulzeiten auch Vereinen und anderen sportinteressierten Nutzern zur Verfügung. Aktuelles Bsp. hierfür ist der Standort der Sophie-Brahe-Schule, Am Plänterwald 17, deren neu gebaute Sportanlage auch für Bedarfe der Sportvereine zugänglich gemacht wird.

Neben den Sportanlagen und –hallen, Wassersportbereichen und unterschiedlichen Vereinsangeboten sind auch **Schwimm- und Freibäder** (u. a. Neue Krugallee, FEZ, Luft- und Lichtbad Wuhlheide, Seebad Wendenschloß, Grünau und Müggelsee) sowie **Badestellen** vorhanden, so dass neben sportlichen Angeboten auch saisonale Freizeitnutzungen entsprechend den naturräumlichen Gegebenheiten für die Bevölkerung nutzbar sind.
Um den verschiedensten Nutzerinteressen gerecht zu werden, steht u. a. auf dem Gelände der ehemaligen Sportanlage Ernst-Grube-Straße an der Wilhelm – Spindler - Brücke für den **Hundesport** ein Vereinsgelände zur Verfügung.
Durch die im Betrachtungsraum agierenden **Vereine** (z.B. FC Union, alleins e.V. bzw. Mellowpark, Angebote an der Regattastrecke) bestehen zusätzliche Betreuungsangebote insbesondere für Kinder und Jugendliche bzw. junge Erwachsene.

14. Ziel	**Freizeit gestalten - Vielfalt ermöglichen**
Strategie	**Vernetzung** und Ausbau **generationsübergreifende**r **Angebote**

[102] Sportstättenentwicklungsplan (SEP) 2012, Bezirk Treptow-Köpenick, Abt. Bürgerdienste, Weiterbildung, Kultur, Ordnungsangelegenheiten, Schule und Sport; Schul- und Sportamt, Bereich Sport; August 2012

Maßnahmen	Absicherung und Verstärkung der **generationsübergreifenden Ausrichtung** der **Freizeitangebote** zur Aufrechterhaltung der Angebotsdichte und Qualität - v.a. über fachübergreifende Kooperationen u. Initiativen.
	Erhalt und Ausbau bestehender, **kieznaher Einrichtungen und Angebote** und deren finanziellen Absicherung und verstärkte **Vernetzung** der **Kinder- und Jugendarbeit**, um eine wohnortnahe und bedarfsorientierte Angebotsversorgung zu ermöglichen.
	Für den **Erhalt von Angeboten** und **Standorten** (Freizeit- und Breitensport, Kinder- und Jugendarbeit) sind unter Maßgabe einer entsprechende Qualitätssicherung ergänzend **alternative Lösungen** wie • weitere Übernahme von Standorten und Teilflächen durch (ansässige) Vereine durch langfristige Nutzungsverträge bzw. • bezirksübergreifende Lösungen, • Förderung und Ausbau der Vereinsarbeit bei der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, unter verstärkter **Beteiligung der Nutzer/Zielgruppe** zu nutzen.

2. 5 öffentlicher Raum, Verkehr und Mobilität

Von erheblicher Bedeutung für die Lebensqualität und damit die Attraktivität des Bezirkes ist eine der Funktion angemessene Gestaltung und Zugänglichkeit des **öffentliche**n **Raum**s sowie eine gute **verkehrliche Erreichbarkeit** der Wohn-, Arbeits- und Erholungsorte. Zur Sicherung der Aufenthaltsqualität besteht die Herausforderung in der Vermeidung bzw. **Minimierung von Beeinträchtigungen** (z.B. Lärm, Luftschadstoffe, Nutzungskonflikte, Verschmutzung) und in der Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote.
Diese Aspekte gelten für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen, Unterschiede bestehen bei der Schwerpunktsetzung bzw. den funktionalen Anforderungen.

Auch im Bezirk nimmt der Anteil der Menschen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind, zu. Ein Großteil davon sind junge Menschen und Familien. Für die Erreichbarkeit gerade öffentlicher und sozialer Einrichtungen ist daher der Absicherung des vorhandenen Netzangebotes (Strecken, Frequenz) im **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV) sowie dessen barrierefreien Ausbau unverzichtbar. Hierbei sind zudem Sicherheitsaspekte beachtlich (s. a. **Pkt. 1.3).**
Da insbesondere die Vernetzung zu den Umsteigepunkten der S-und Regionalbahnstrecken in Bezug auf die zeitliche als auch räumliche Anbindung noch Defizite aufweist, sind die **Angebote durch Straßenbahn- und Buslinien** in allen Ortsteilen noch verbesserungswürdig. Gerade in den Verkehrsspitzen gibt es hier noch Potentiale, wie das Beispiel des geplanten „Kehrgleises" in Oberschöneweide zur Erhöhung der Taktfrequenz zur besseren Anbindung der HTW verdeutlicht. Das ist ggf. auch ein Baustein, um die strukturell bedingten Umweltbelastungen (z.B. Lärm) durch den Individualverkehr durch Erhöhung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel weiter zu minimieren.
In den Siedlungsbereichen ist die Erreichbarkeit über den ÖPNV nicht nur für die Bewohner, sei es für den Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsweg, sondern auch in Bezug auf die Erschließung von Freizeitangeboten insgesamt von Bedeutung.

In diesem Zusammenhang ist die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, Sicherheit und barrierefreie Zugänglichkeit der **Bahnhofsvorplätze** als stark frequentierte Umsteigepunkte für die Bewohner und Nutzer wichtig. Insbesondere die Optimierung von Umsteigebeziehungen und die städtebauliche Einbindung von Abstellanlagen (Fahrrad, PKW) rücken hier in den Fokus der Planung und werden auch zunehmend seitens der Nutzer eingefordert.

Ein weiteres damit in Zusammenhang stehendes Thema ist eine **benutzerfreundliche Gestaltung der öffentlichen Plätze,** die die verschiedenen Ansprüche berücksichtigt. Im Zusammenhang mit dem bezirklichen „Plätze-Konzept" ist dabei auch die Einbindung der Akteure bzw. Nutzer vor Ort vorgesehen.

Fahrradfahren gewinnt zunehmend an Bedeutung für Freizeit/ Naherholung, Gesundheit aber auch als alternatives Verkehrsmittel. Der Abbau vorhandener Lücken im **Radwegenetz**[103] und bei den ergänzenden Angeboten (Abstellanlagen, Leitsysteme) soll die Sicherheit und die Erreichbarkeit der Ortsteile/ Freiräume erhöhen sowie als positiver Standortfaktor (Wohnen, Wirtschaft, Freizeit/Erholung) wirken. Bedarf an **Fahrradabstellanlagen** besteht insbesondere im Bereich der S- Bahnhöfe und Umsteigeknotenpunkte aber auch an zentralen Bus- und Straßenbahnhaltestellen und an weiteren Orten im öffentlichen Raum (z.B. vor Handels- und Kultureinrichtungen).
Die Möglichkeit der **Mitnahme des Rades** in Bus und Straßenbahn muss über die BVG weiter ausgebaut und der Öffentlichkeit vermittelt werden, um dem Nutzerverhalten junger Menschen entgegen zu kommen (Schulweg, Erreichbarkeit von Freizeiteinrichtungen).

Um eine **Entlastung der Wohngebiete** vom KfZ-Verkehr durch übergeordneten Verkehrsströme zu erreichen, werden die entsprechenden Projekte im Zusammenhang mit der Lärmminderungsplanung Berlins durch den Bezirk vorbereitet und umgesetzt (s. a. Pkt. 2.2).
Zur **Verbesserung der Erreichbarkeit** der Ortslagen bedarf es neben verkehrsorganisatorischen Maßnahmen auch der Sanierung und Planungen von Straßen und Brücken. Im Bezug auf die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen und Projekte wurden bereits einige Erfolge erzielt (Hirschgartendreieck, TVO). Anderes – wie die Süd-Ost-Verbindung, 1. Abschn. – ist im Bau. Insgesamt muss aber die Einflussnahme des Bezirkes bei der Entscheidungsfindung bzw. zeitlichen Umsetzung gegenüber dem Senat verstärkt werden (SOV- 2. Abschnitt, Brückensanierung, etc.).

15. Ziel	**Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität im Stadtraum verbessern**
Strategie	Optimierung der **verkehrlichen Infrastruktur** bzw. des **ÖPNV** und Erhöhung der **Attraktivität im Öffentlichen Raum**
Maßnahmen	Verstärkte **Einflussnahme** und **Positionierung** des **Bezirk**s auf der Landesebene (Senat/BVG) in Bezug auf die **Absicherung und Erweiterung vorhandener Netzangebote** (Strecken, Frequenz) im Öffentlichen Personennahverkehr sowie Optimierung der ergänzenden **verkehrlichen Infrastruktur** (Radwege, Abstellanlagen, Straßen, Brücken).
	Beförderung einer **benutzerfreundlichen Umgestaltung** der öffentlichen Plätze bzw. Bahnhofsvorplätze unter Beachtung und **Einbeziehung** der unterschiedlichen **Nutzergruppen** bei der Konzepterarbeitung.
	Berücksichtigung der **unterschiedlichen Nutzeraspekte** bei der Planung und Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur mittels Einflussnahme über die entsprechenden **Fachgremien** (z.B. AG ÖPNV).

[103] Gem. bezirklichem Radwegekonzept Treptow-Köpenick 2010 , s. a. **Pkt. 1.5**

2. 6 soziale Aspekte – soziale Sicherung

Ziel des Bezirkes ist es, das **Armutsrisiko** - von Familien aber auch zunehmend jungen Menschen - und damit eine zunehmende **Isolation** der Betroffenen zu minimieren und gesellschaftlichen **Benachteiligungen** entgegen zu wirken, was sowohl die Chancen für eine eigenständige Existenzsicherung als auch berufliche Entwicklungschancen betrifft. Zunehmend gilt es dabei auch, Wohnungsverlusten vorzubeugen.

Neben dem **kommunale**n **Sozialdienst für nicht erwerbsfähige Personen** (ab 18 Jahren), der über den Ausbau der Beratung und durch Hausbesuche qualifizierte bedarfsgerecht Hilfe und den Abbau von Zugangshürden ermöglicht, steht Hilfesuchenden auch die **Koordinationsstelle zur Vermeidung und Behebung von Wohnungsverlust zur Verfügung.** Hier wird bei Wohnungsnotfällen Beratung, Unterstützung und Vermittlung vorgehalten (s. a. **Pkt. 1.6**).

Der beim Sozialamt angesiedelte **Sozialdienst für Erwerbsfähige**[104] ist ein enger Kooperationspartner des Jobcenters Treptow-Köpenick und leistet als dieser die psychosoziale Betreuung für von Arbeitslosigkeit Betroffene mit sozialen Problemen, die eine (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt erschweren. In sozialpädagogischen Beratungsgesprächen können die problematischen Lebens- und Wohnverhältnisse erörtert und gemeinsam mit den Betroffenen nach adäquaten Lösungen gesucht werden. Die Einschaltung des kommunalen Sozialdienstes erfolgt i. d. R. durch das Jobcenter. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist insbesondere die Problematik im Hinblick auf die Übernahme von Mietschulden. Hierbei ist insbesondere zu prüfen, ob Mietschulden übernommen werden können und sollen, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden.

Der Bezirk bietet darüber hinaus in Zusammenarbeit mit freien Trägern **Projekte zur Berufsorientierung** an, um der drohenden Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen.
Ein weiterer Leistungsbereich ist die Jugendsozialarbeit mit den Schwerpunkten Jugendberufs-hilfe und arbeitsweltbezogene Jugendarbeit unter verstärkter Einbeziehung des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.
Wenn eine dem Wohle der Kinder und Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist, besteht ein Anspruch auf **Hilfe zur Erziehung**, die als Beratungsmöglichkeit,
als ambulante oder stationäre Hilfe angeboten wird.
Die bezirkliche Tätigkeit stützt sich dabei auf eine verstärkte **Vernetzung mit Trägern** der freien Jugendhilfe, wobei die Flächenausdehnung des Betrachtungsraumes dies in besonderem Maße erfordert.

16. Ziel	**Jugendlichen und Familien Teilhabe ermöglichen und berufliche Perspektiven eröffnen**
Strategie	**Beratung** und **Betreuung in Wohnungs- und Berufsfragen sichern** - **adäquate Lösungen bieten**
Maßnahmen	Ausbau von **Informations- und Beratungsangeboten** und verstärkte **Vernetzung** mit Trägern zur bedarfsgerechten Qualifizierung **kommunaler Hilfsangebote**, um Betroffenen den Zugang zu Wohnraum und Beruf zu erleichtern.

[104] Beratungsangebot für Personen mit Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – SGB II

3. Handlungsfeld Arbeit und Verwaltung

3.1 Wirtschaft - Berufseinstieg und Beschäftigung

Der Bezirk verfügt immerhin über 40% der Berliner Gewerbeflächen und ist damit als **Arbeitsstandort** besonders relevant. Vorrausetzung für eine weiterhin positive **Wirtschaftsentwicklung** im Bezirk ist der **Abbau vorhandener struktureller Defizite** wie die Verbesserung der Erschließung, die Verfügbarkeit adäquater v.a. kleinteiliger Flächen und die Standortprofilierung. Hier steht die Absicherung der Nachfrage insbesondere durch kleine und mittelständische Unternehmen sowie für Aus- und Neugründungen als Träger bezirklicher Arbeitsplätze im Vordergrund. Begleitet werden diese Zielsetzungen von standortbezogenen **Fördermaßnahmen**, um die lokale Wirtschaft aber auch die Vernetzung unterschiedlicher Akteure und Potentiale zu unterstützen und neue Perspektiven zu eröffnen.

Als ein Wachstumsmotor für die Wirtschaft wird dabei die Vernetzung **zwischen Industrie und Forschung/ Wissenschaft** gefördert.
Gerade hier ist der Bezirk besonders gut aufgestellt: über die sogenannte Technologieachse Raum Südost mit den innovativen Standorten Adlershof/ (WISTA), dem Innovationspark Wuhlheide (IPW) und dem Technologie- und Gründerzentrum Spreeknie (TGS) sind auch Forschung und Lehre der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) bzw. die Humboldt Universität und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verbunden.

Damit Standortvorteile und Synergien herausgestellt und langfristig wirken können, muss das **Engagement** der ansässigen **Eigentümer** und **Unternehme**r und deren **Interessenvertretungen** für den jeweiligen Standort initiiert bzw. unterstützt werden.
Beispielhaft sind die vorhandenen, z. T. auch überregional agierenden Netzwerke, z.B. der Wirtschaftskreis Treptow-Köpenick e.V., der Ladys Stammtisch e.V., der Unternehmerkreis Schöneweide e.V., SO! MIT UNS- Bürgerplattform Süd-Ost oder der Tourismusverein Berlin Treptow- Köpenick e.V. zu benennen. Ein weiterer wesentlicher Partner in Oberschöneweide ist das vom Bezirksamt beauftragte Regionalmanagement Berlin- Schöneweide

Nicht nur durch die vorhandene Bevölkerungsstruktur mit einem hohen Seniorenanteil an der Bevölkerung gewinnt die **Gesundheitswirtschaft** immer mehr an Bedeutung. Neben der Pflege, Betreuung und ärztlicher Versorgung eröffnen sich hier auch im Gesundheits- und Freizeitsport zunehmend Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch neue Anforderungen.
Im Hinblick auf die **bereits beginnenden Engpässe** bei der wohnortnahen ambulanten ärztlichen Versorgung stehen daher entsprechende Lösungsstrategien im Vordergrund der bezirklichen Gesundheitspolitik[105].
Bereits jetzt zeichnet sich zudem ein **Fachkräftemangel** bei den Berliner und Treptow-Köpenicker Anbietern **im Pflegebereich** ab. Hier bedarf es unterschiedlicher Strategien des Entgegenwirkens, da die Steuerungsmöglichkeiten des Bezirks hier sehr eingegrenzt sind. Neben einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit für Pflegeberufe über vorhanden Portale und Initiativen der Kommune sind hier auch Kooperationen mit Trägern der Gesundheitswirtschaft oder auch über das „ Bürgerschaftlichen Engagements" Teil des Prozesses.

Zielsetzung ist insgesamt der Erhalt und die Entwicklung von **Arbeitsplätze**n sowie ein möglichst langer Verbleib der Beschäftigten im beruflichen Umfeld. Hierbei im Fokus stehen neben jungen Menschen vor allem die über-55-Jährigen, was behindertengerechte Arbeitsplatzangebote einschließt. Zudem ist es auch sinnvoll, die Verschiebung des Eintritts in den Ruhestand auf Antrag positiv zu begleiten und starre Altersgrenzen zu flexibilisieren.

---

[105] Gesund alt werden in Treptow-Köpenick" Fortschreibung der Daten und Fakten im Bezirkszyklus, Abt. Soziales und Gesundheit 2013 – s. a. **Pkt. 1.1**

Im Hinblick auf die Bindung junger Menschen an den Bezirk und die Eröffnung von Perspektiven ist insbesondere die Erleichterung des **Berufseinstiegs** wichtig. Über Schüler-Praktika werden bereits während der Schulzeit Einblicke in bestehende Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsprofile ermöglicht. Um den Informationszugang zu verbessern, sollten daher im Rahmen des regionalen Ausbildungsverbundes im Bezirk Treptow-Köpenick künftig verstärkt Kooperationen und Kontakte mit der Wirtschaft ausgebaut und beworben werden. Hierbei ist auch die zunehmende Internationalisierung gerade bei jungen Menschen zu beachten.
Gerade bei den **Hochschulstandorte**n (HTW, Humboldt-Universität, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) besteht derzeit ein ausgeprägtes internationales Profil. Grundsätzlich gestaltet sich jedoch der **Einstieg in das Berufsleben** für alle Absolventinnen und Absolventen nicht einfach. Im Hinblick auf die angestrebte Vernetzung von Forschung und Wirtschaft bestehen derzeit bereits verschiedene Kooperationen zwischen Unternehmen und Bildungsstandorten, aus denen ggf. ein Berufseinstieg oder auch der Weg in die Selbstständigkeit erwächst. Hier bedarf es jedoch weiterer Unterstützung z.B. bei Infrastruktur, Netzwerkbildung und Begleitung oder Förderung von Existenzgründungen. Der Prozess wir von dem bezirklichen Aktionsbündnis „Mehr Mädchen in MINT[106] in Treptow-Köpenick" stark unterstützt.

Für Familien ist die Vereinbarkeit von beruflichen Anforderungen und den Bedürfnissen der Familie unverändert ein primäres und an Bedeutung zunehmendes Thema. Frauen und Männer haben gleichberechtigt ein Recht darauf, erfolgreich berufstätig zu sein und Zeit für ihre Kinder und Familien zu haben. Um die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** zu verbessern sind neben der Bereitstellung der notwendigen sozialen Infrastruktur auch arbeitsrechtliche bzw. -organisatorischen Maßnahmen wichtig. Dabei trägt die Kommune Verantwortung. Hier sind auch unterstützende Angebote bzw. eine Lebensphasen-orientierte Personalpolitik der Unternehmen gefragt oder die Hilfestellung über ehrenamtliches Engagement.
Unternehmen sind heute gefordert, den wirtschaftlichen Anforderungen zu entsprechen und zugleich aber die familiären Bedürfnisse ihrer Beschäftigten zu beachten. Wenn letzteres gelingt, profitieren die Unternehmen von motivierten, leistungsstarken und zuverlässigen Beschäftigten mit einem positiven Geschäftsergebnis. Dafür möchte der Bezirk Treptow-Köpenick „best practice Beispiele" aufzeigen und andere Unternehmen anregen, passende Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.
Mit diesem Ziel führt Treptow-Köpenick seit 2005 den **Wettbewerb Familienfreundliche Unternehmen in Treptow-Köpenick** durch. Gesucht und prämiert werden jährlich einmal bezirkliche Unternehmen, welche über familiengerechte Unternehmensstrukturen verfügen, diese fördern und zukunftsfähig ausbauen.

Um **ältere Beschäftigte** im Beruf zu halten sind gesund erhaltende Arbeitsbedingungen förderlich, da hier Motivation gefördert, Arbeitsfähigkeit erhalten bzw. Effizienz gestärkt werden kann. Neben der Arbeitsplatzgestaltung ist auch eine personengerechte Aufgabenstellung zu beachten, um einen flexiblen Renteneintritt zu ermöglichen. Von zunehmender Bedeutung ist dies auch im Hinblick auf den Wissenstransfer zwischen den Generationen, um die Weitergabe von Kompetenz und Erfahrung zu ermöglichen.

Für **Menschen mit Behinderung** aller Altersgruppen gestaltet sich der sog. 1. Arbeitsmarkt jedoch nach wie vor schwierig, so dass diese Personengruppe am allgemeinen Konjunkturaufschwung kaum partizipiert. Insbesondere haben behinderte Menschen der Altersgruppe 50+ kaum noch eine Chance des (Wieder-)Einstiegs in den Arbeitsprozess. Trotz umfangreicher Fördermöglichkeiten ändert sich diese Lage seit langem kaum.
Daher sollten Institutionen wie die bezirklichen Wirtschaftsförderung, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter vor allem bewusstseinsbildende Aktivitäten initiieren, die dazu geeignet sind, immer noch bestehenden Vorurteilen, die mangelnde Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderung unterstellen, Einhalt zu gebieten. Dies sollte vorzugsweise im Rahmen von Veranstaltungen

[106] MINT: **M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaften und **T**echnik - **vergl. auch Pkt. 4.1**.

geschehen, zu denen potentielle Arbeitgeber bzw. Unternehmer, deren Verbände und Vereinigungen, Innungen usw. zusammenkommen.

Um auch behinderten Menschen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb von Sozialhilfebezug (Eingliederungshilfe) **bis zum Eintritt in die Altersrente** zu ermöglichen, bedarf es der Erarbeitung von entsprechenden Perspektiven und Handlungsstrategien durch die öffentlichen Verwaltungen (Amt für Arbeit und Job-Center) in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen und deren Verbänden. Auch hier gilt der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns" – also unter Einbeziehung von Betroffenen – Organisationen.

17. Ziel	**Fachkräfte sichern - Potentiale erschließen**
Strategie	**Beschäftigungsperspektiven für alle** eröffnen **- Interesse** wecken – **Vernetzung** fördern
Maßnahmen	Gezielte Wirtschaftsförderung mit dem Fokus auf **Standortprofilierung** und **Vernetzung** der Akteure vor Ort.
	Ausrichtung der bezirklichen Gesundheitspolitik auf die **Absicherung der medizinischen Grundversorgung** der Bevölkerung und Erarbeitung geeigneter Strategien in Bezug auf eine **ausgewogene Verteilung der Fachärzte** im Stadtgebiet (s. a. **1. Ziel**).
	Zur **Fachkräftegewinnung im Pflegebereich** sind geeignete **Maßnahmen und Kooperationen** z.B. zwischen Bezirk und Jobcenter zu initiieren, z.B. • Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit mit. ggf. gemeinsamer Werbung von Bezirk und Jobcenter an Schulen und bei Arbeitslosen für Pflegeberufe; • Intensivierung der Kooperation in den entsprechenden Gremien wie Geronto-psychiatrisch-Geriatrischer Verbund, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft, Runder Tisch mit der Wohnungswirtschaft im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Quantität und Qualität der Pflegedienste. • Verstärkung der Förderung von niedrigschwelligen Komplementärangeboten wie z. B. Besuchs- und Begleitdienste, Nachbarschaftshilfen etc.(s. a. **26. Ziel**).
	Nachwuchsförderung und **Erleichterung des Berufseinstiegs** durch verstärkte **Information, Werbung** sowie **Kooperationen** zwischen Bezirk und Akteuren der Wirtschaft und Bildung u.a. • durch Praktika, Bildungsmessen - wie z.B. den Ausbildungstag Süd-Ost, Existenzgründungsberatung, -seminare oder den Existenzgründungstag; • sowie durch Unterstützung und Mitarbeit im bezirklichen Aktionsbündnis „Mehr Mädchen in MINT in Treptow-Köpenick".
	Fortführung des bezirklichen **Wettbewerbs „Familienfreundliche Unternehmen in Treptow-Köpenick"** als Anregung und Motivation.

3. 2. öffentliche Verwaltung

Das Bezirksamt als **öffentliche Verwaltung** ist Arbeitgeber und Dienstleister zugleich. Damit ergeben sich Anforderungen sowohl bei der Personalverantwortung bzw. -entwicklung als auch bezüglich der Aufgabenbewältigung, die sich aus der Sicherung und Entwicklung der sozialen, grünen und verkehrlichen Infrastrukturbedarfe ergeben.

Ziel ist es, die **Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes** zu sichern, um auch im Jahr 2020 die Aufgabenerbringung für die Bevölkerung Treptow-Köpenicks gewährleisten zu können.
Die sich aus dem demografischen Wandel ergebenden **Anforderungen an** die **Fachbereiche des Bezirkes** müssen auch **personell untersetzt** werden. Zur Umsetzung der Ziele, zur Beratung, Betreuung und v. a. zur Steuerung der Transferausgaben[107] ist die Bereitstellung und dauerhaften Sicherung der notwendigen Personalressourcen notwendig. Hierzu zählt auch eine kontinuierliche Qualifizierung der Beschäftigten.
Es muss eine entsprechende **Mittelbereitstellung** im Landeshaushalt erfolgen, um die Maßnahmen auch umsetzen zu können.

Als Reaktion auf die **demografische Entwicklung der Beschäftigtenstruktur** setzt das Bezirksamt Treptow-Köpenick daher folgende Schwerpunkte im Personalmanagement:
- Personalentwicklung unter den besonderen Bedingungen der demografischen Entwicklung,
- Gesundheitsförderung,
- Frauenförderung,
- Inklusion (Teilhabe) von Schwerbehinderten.

Der **allgemeine Fachkräftemangel** wurde bisher durch die tariflichen Beschränkungen im Land Berlin und die seit Jahren reglementierten Einstellungszahlen zusätzlich verschärft. In der Folge ist zu erwarten, dass es zunehmend schwierig sein wird, das vorhandene Erfahrungswissen lebensälterer Beschäftigter an den Nachwuchs weiterzugeben. Ein Schwerpunkt wird daher darauf gelegt, das **vorhandene Personal** zu **stärken** und durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen in Bezug auf die Erweiterung der erforderlichen fachlichen und persönlichen Kompetenzen weiterzuentwickeln. Neben rein fachbezogenen Qualifizierungen wird eine aktive Förderung der Persönlichkeitsentwicklung durch die Gewährleistung vielfältiger Angebote, z.B. hauseigene Weiterbildungsprogramme wie das Programm „Horizonte" zur Erweiterung der Kompetenzen für Beschäftigte ohne Führungsaufgaben oder das Programm „Kompetenz Plus" zur Förderung des Führungskräftenachwuchses aber auch die Vermittlung von Auslandspraktika gewährleistet.
Auch auf die Förderung von Vielfalt (Diversity-Management) wird besonderes Augenmerk gelegt.
Unterstützung bei der Beilegung von aufgetretenen Konflikten im unmittelbaren Arbeitsumfeld wird den Beschäftigten durch ein aktives Konfliktmanagement angeboten.

Der Anteil von **Personal mit Behinderung** liegt über der gesetzlich vorgeschriebenen Quote. Eine Ursache liegt nicht allein in der Altersstruktur der Beschäftigten.
Im Hinblick auf die zu erwartende demografische Entwicklung der Beschäftigtenstruktur ist die Förderung der Gesunderhaltung aller Beschäftigten durch ein aktives **Gesundheitsmanagement** prioritär und wird auch in Zusammenarbeit mit beispielsweise der Volkshochschule als Anbieter von Präventionskursen weiter ausgebaut.

Durch die Gestaltung **familienfreundlicher Rahmenbedingungen** trägt das Bezirksamt aktiv dazu bei, dass ein erhöhter Betreuungsbedarf von Kindern bzw. älteren oder behinderten Angehörigen nicht durch die Wahrnehmung einer beruflichen Tätigkeit in den Hintergrund rücken muss. Da viele Beschäftigte des Bezirksamtes auch im Bezirk Treptow-Köpenick wohnen, fließt ein

[107] Vergleiche auch **Pkt. 1.6**.

Teil dieser Bemühungen als Arbeitgeber auch zurück in die Umsetzung von kommunal-politischen Interessen.
Folgende beispielhaft aufgeführte Maßnahmen des Bezirksamtes tragen dazu bei:

- Förderung der Telearbeit durch abgeschlossene Dienstvereinbarung,
- Frauenförderplan mit dem Ziel der beruflichen Förderung bei gleichzeitiger Förderung familiengerechter Arbeitsbedingungen,
- Unterstützung von Beschäftigten bei der Betreuung und Pflege Angehöriger durch flexible Gestaltung der Arbeitszeit.

Um zukunftsfähig zu bleiben und auch neuen/innovativen Ideen Raum zu geben, wird neben dem Erhalt und der Qualifizierung bestehender Beschäftigungsverhältnisse auch eine aktive **Nachwuchsförderung** betrieben. Zudem werden entsprechende Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt. So werden neben einem qualitativ hochwertigen Ausbildungsangebot auch erfolgreich Praktikumsplätze für studentische Nachwuchskräfte aber auch für interessierte Schüler und Andere im Rahmen der Berufsvorbereitung bereit gestellt.

Um darüber hinaus erfolgreich auf die demografische Entwicklung reagieren zu können, werden konkret umsetzbare Maßnahmen im Bezirksamt Treptow-Köpenick durch eine gesonderte **Arbeitsgruppe „Personalentwicklung**" konzipiert. Führungskräfte und Beschäftigten-vertretungen entwickeln in diesem Gremium gemeinsam Ideen zur aktiven Einbeziehung der Beschäftigten in die Veränderungsprozesse und stellen damit sicher, dass das Bezirksamt auch auf kurzfristige Veränderungen mit den richtigen Maßnahmen reagieren wird.

Diese Maßnahmen machen das Bezirksamt auch als Arbeitgeber für neue Beschäftigte attraktiv.
zumal das Bezirksamt als einer der **größten Arbeitgeber im Bezirk** auch für **neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, die bereits gut ausgebildet sind und in der mittleren beruflichen Phase stehen, attraktiv sein möchte.

Der Bezirk wird auch in Zukunft den **Dialog** und die **Zusammenarbeit mit den freien Trägern und Verbänden** in Treptow-Köpenick weiterentwickeln um die **Angebots-absicherung** für die Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten und verstärkt am aktuellen Bedarf auszurichten. Neben den über Zuwendungen finanzierten Vereinen gehören dazu auch regelmäßigen Abstimmungen mit den entsprechenden Ansprechpartnern zu den Themen Pflege, Gesundheit, Betreuung und Wohnen bzw. zur sozialen Absicherung. Ergänzend hierbei ist auch die verstärkte Ausschöpfung der Möglichkeiten, die sich durch **ämterübergreifende Zusammenarbeit** und **alternative Lösungsansätze** ergeben. Trotz knappen öffentlichen Ressourcen sollen damit auch künftig nachfrageorientierte und sozialverträgliche Angebote und eine adäquate Stadtstruktur ermöglicht werden.

Für **öffentlich zugängliche Standorte bzw. Einrichtungen** besteht das gesetzlich[108] verankerte Ziel einer **barrierefreien Erreichbarkeit und Nutzbarkeit** für unterschiedliche Zielgruppen. So ist das Angebot für Stellplätze in Bezug auf mobilitätseingeschränkte Menschen und die Anzahl der Fahrradabstellplätze geregelt. Diese Anforderungen werden durch den Bezirk durchgesetzt, so derzeit durch den geplanten Umbau des historischen Rathauses Köpenick.
Bei verbindlich angewandter barrierefreiere Bauweise – sowohl im Neubau, als auch bei Umbau- bzw. Umzugsaktivitäten sind Gebäude universell und nachhaltig nutzbar, d.h., können sich wegen ihrer allg. Zugangs- und Nutzungsbedingungen den jeweiligen Nutzergruppen anpassen. Dies ist von Bedeutung, wenn sich auf Grund der demografischen Entwicklung Nutzungsinhalte verändern.
Mit der Schaffung bzw. Weiterentwicklung von Kiezzentren mit einer **ämter-/zielgruppenübergreifenden Raumnutzung** für Schulen, Bibliotheken, Jugendprojekte, VHS und z. B. KIEZKLUBs wird auf die sich ändernden Anforderungen reagiert.

[108] BauO Bln, s. a. **Pkt. 1.2**

Weitere diesbezügliche Ansätze bestehen bereits über die Kooperationen im kommunalen Bildungsverbund. Hier werden dezentral in den öffentlichen Gebäuden unter Berücksichtigung der barrierearmen Erreichbarkeit für interessierte Bevölkerungsgruppen und generationsübergreifend vielfältige Angebote vorgehalten (s. a. Pkt. 1.4; 2.3 und 2.4).

18. Ziel	**Personalressourcen und Mittel für kommunale Aufgaben sichern**
Strategie	**Personalentwicklung und – qualifizierung, bedarfsgerechte Haushaltplanung**
Maßnahmen	Zur Umsetzung der bezirklichen Ziele und Anforderungen aus dem demografischen Wandel • Stadtentwicklung und bauliche Umsetzung, Erhalt und Pflege, • Beratung, Betreuung, (Weiter)Bildung • Steuerung der Transferausgaben, • Gewinnung/Betreuung von Ehrenamtlichen, sind die dafür notwendigen und geeigneten **Personalressourcen und Mittel bereitzustellen** und dauerhaft zu **sichern** (s. a. **9. Ziel**).
	Zur Eröffnung **beruflicher Perspektiven in der öffentlichen Verwaltung** verstärkte **Förderung** der fachlichen und außerfachlichen **Kompetenzen** über vielfältige **Angebote der Personalentwicklung**, z.B. hauseigene Weiterbildungsprogramme, Förderung des Führungskräftenachwuchses und von Auslandspraktika. Aktive Bestrebungen der Personalgewinnung durch Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber.
	Förderung von Vielfalt (**Diversity-Management**) durch entsprechende Sensibilisierung und Weiterbildung der gesamten Belegschaft, beginnend bei den Führungskräften.
	Gestaltung **familienfreundlicher Rahmenbedingungen** durch Förderung und Ausbau geeigneter Maßnahmen wie Telearbeit und flexible Arbeitszeitgestaltung. Individuelle Förderung und eine Lebensphasen-orientierte Personalpolitik incl. eines Frauenförderungsplans
	Nachwuchsförderung durch ein qualitativ hochwertiges Ausbildungs-angebot sowie die erfolgreiche Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Nachwuchskräfte.
19. Ziel	**Den personellen Anforderungen des demografischen Wandels gerecht werden**
Strategie	**Potentiale der Beschäftigten sichern und nutzen**
Maßnahmen	**Gesundheitsförderung** der Beschäftigten durch bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Gesundheitsmanagements und der Arbeitsplatzsausstattung, um der erhöhten Arbeitsbelastung auch mit zunehmendem Durchschnittsalter gerecht zu werden.
	Unterstützung der Beschäftigten bei der Beilegung von aufgetretenen Konflikten im unmittelbaren Arbeitsumfeld durch ein aktives

	Konfliktmanagement.
	Sicherung und Entwicklung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für **Menschen mit Behinderung-** auch vor dem Hintergrund der Altersstrukur der Beschäftigten.

20. Ziel	**Öffentliche Immobilien: barrierefrei und flexibel nutzbar**
Strategie	**Bürgernahe** kommunale Infrastrukturangebote: **bedarfsorientierte Zugänglichkeit** und **Nutzung** ermöglichen, erhalten und ausbauen
Maßnahmen	Sicherung und weitere Umsetzung einer **barrierefreien Erreichbarkeit und Nutzung** von öffentlichen Gebäude, Einrichtungen und Immobilen, bzw. Schaffung der notwendigen Voraussetzung, um den Zugang für mobilitätseingeschränkte Menschen zu öffentlichen Angeboten zu erleichtern (s.a. **Ziel 5**).
	Verstärkung der **ämterübergreifende**n **Zusammenarbeit** bei Sicherung, Entwicklung und Auslastung von kommunalen Standorten und Einrichtungen in Bezug auf (Raum)Nutzung und Angebotsgestaltung (Verwaltung, Bildung, Betreuung, Jugend, Freizeit) z.B. gemeinsame Strategie oder Betreuung (s.a. **Ziele 6; 11; 12; 14**).

4. Handlungsfeld Gleichstellung und Teilhabe

4.1. Gleichstellung – Perspektiven eröffnen

Die höhere Lebenserwartung geht mit veränderten Anforderungen an Lebensqualität und –gestaltung einher. Ein Aspekt hierbei ist die Geschlechterspezifik, da der Bevölkerungsanteil von Frauen gerade im Alter besonders hoch ist. Noch wird das **Potential** von **Frauen** ungenügend genutzt.
In den letzten Jahren wurde viel für die Gleichberechtigung und Teilhabe der Frauen erreicht, in vielerlei Hinsicht wird aber nach wie vor Unterstützung benötigt bzw. muss die öffentliche Wahrnehmung dieser Aspekte verstärkt werden. Hier müssen daher die Gleichstellung bei Ausbildung, Beruf und Gesundheit bzw. die Optionen für die Familienplanung verbessert und bereits vorhanden Projekte fortgeführt werden.

Mit dem **Mädchenarbeitskreis – MAK** - einem freiwilliger Zusammenschluss von Fachfrauen aus dem Bereich der öffentlichen und freien Jugendhilfe im Bezirk – finden die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der Mädchen ein Forum. Es erfolgt ein Erfahrungsaustausch und es werden spezielle Angebote entwickelt.

Um bereits Jugendliche zu ermuntern, sich in der Gesellschaft zu engagieren, sich mit den gesellschaftlichen Strukturen auseinanderzusetzen und Beispiel für andere zu sein, setzt der Bezirk seit 2007 mit dem **Mädchenpreis** ein Zeichen der Wertschätzung. Hier werden Mädchen im Alter von 14-20 Jahren für ihr Engagement im Sport, im sozialen oder kulturellen Bereich des Bezirkes gelobt und ausgezeichnet.

Der jährliche **Girls' Day** soll jungen Frauen nachhaltig **neue Berufsperspektiven** in bislang noch untypischen Bereichen wie MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) eröffnen und berufliche Chancen gefördert werden. Die demografische Entwicklung bringt auch für die in Treptow-Köpenick angesiedelten Unternehmen Nachwuchsmangel in den MINT–Berufen mit sich. Mädchen und junge Frauen für diesen Bereich zu interessieren und ihr Berufsspektrum zu erweitern ist eine Strategie, dem zu begegnen.

Das hat auch die Humboldt-Universität zu Berlin erkannt und fördert **weibliche Nachwuchskräfte** gerade in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen, da ohne die aktive Sicherung der **Chancengleichheit** von leistungsstarken Frauen **in Forschung und Lehre** ein entscheidender Wettbewerbsvorteil verloren geht. Unter der Dachmarke **FiNCA -** Frauen in den Naturwissenschaften am Campus Adlershof - laufen zahlreichen Aktivitäten zur Qualifizierung und Etablierung von erfolgreichen Wissenschaftlerinnen.

Über das „Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit" soll ein bezirkliches Netzwerk von relevanten Akteurinnen und Akteuren im Rahmen des **Projekts „Berufliche Orientierung von Mädchen in MINT"**[109] im Bezirk die Aktivitäten bündeln, begleiten, vernetzen und bekannter machen. Der Strategie des Girls' Day in Berlin folgend, ist die Installation eines Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-Netzwerkes auf lokaler Ebene erfolgversprechend.
Das Projekt soll insbesondere Schülerinnen der 10. Klasse erreichen – darunter auch Mädchen, deren mittlerer Schulabschluss (MSA) gefährdet ist – und eine Brücke zwischen Schule, Ausbildung und Beruf bauen.

Ein weiteres Projekt ist die **Jobwerkstatt Mädchen,** die Mädchen und jungen Frauen auf einen Beruf in der **IT- und Multimedia-Branche** vorbereitet. Das Projekt bietet individuelle Beratung und Berufsvorbereitung, Workshops zur Berufsorientierung und Bewerbungstraining, sowie spezielle Kurse. Neben Angeboten für Schülerinnen und Schüler ab der 3. Klasse, Plätzen für Schulpraktika und ein Freiwilliges soziales Jahr erfolgen auch vielseitige Aktivitäten in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen.

[109] Mit dem Träger Live e.V. ab 2013

Im Fokus stehen aber auch Frauen in der **Altersgruppe 27 bis 60 Jahre**, die sich i.d.R. in einem Lebensabschnitt befinden, in welchem beruflich durchgestartet wird, Familien begründet und geführt werden. Frauen in diesem Lebensabschnitt wollen selbstbestimmt leben und zugleich Familie und Beruf vereinbaren. Die Absicherung des Lebensunterhaltes aus eigenem Erwerbseinkommen ist dabei vordergründig, um unabhängig Lebensläufe gestalten zu können.

Die bestehende gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen aufgrund geschlechtsbezogener Rollenzuschreibungen führt zu einem deutlichen **Armutsrisiko** für sie. Sowohl die Chancen für eine eigenständige Existenzsicherung als auch berufliche Entwicklungschancen sind für Frauen deutlich schlechter als für Männer. Mehrfachbelastungen und Benachteiligungen wirken sich auf die Lebenssituation von Frauen in vielfältiger Weise aus.
Zur Stärkung gesellschaftlich benachteiligter Frauen, insbesondere Alleinerziehender, arbeitsloser Frauen, Migrantinnen und älterer Frauen, ist ein gezieltes, an den Lebensumständen der Frauen anknüpfendes **Unterstützungs- und Hilfeangebot** wichtig. Diese Leistungen bieten in Treptow-Köpenick insbesondere der Schutzhülle e.V., Collage e.V. mit dem **Frauenkreativzentrum**, der Tausendfüßler e.V. mit der **Köpenicker Frauenrunde** und der **Frauentreff an der Wuhlheide** vom Sozialwerk des dfb (Dachverband) e.V. an.

In den bezirklichen Frauenprojekten wird **in hohem Maße ehrenamtliches Engagement von Frauen** eingebracht. Dieses trägt dazu bei, die Angebotsvielfalt und Zugänglichkeit (Öffnungszeiten) der Einrichtungen vorzuhalten. Dabei wird ehrenamtliche Arbeit sowohl von den Projektleiterinnen selbst geleistet als auch gefördert und erfährt insgesamt ein besonderes Maß an Wertschätzung: Die zumeist ehrenamtlich tätigen älteren Frauen erfahren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sind nicht allein und bleiben länger selbstständig.
Diese Projekte sind und bleiben künftig für eine bedarfsgerechte Fraueninfrastruktur im Bezirk Treptow-Köpenick unverzichtbar.

Mit Veranstaltungen wie der **Fraueninformationsbörse** werden die vielfältigen Themen wie die Berufstätigkeit, berufliche Orientierung und Qualifizierung, Ehrenämter, Frauen im Sport, Frauengesundheit, Gewalt gegen Frauen und Gewaltprävention, Hilfen für Unternehmerinnen und Unternehmensgründerinnen, Lebenshilfen, Wohnraum, Freizeit und Kultur aufgegriffen. Frauen und Mädchen im Bezirk erhalten die Möglichkeit, sich kompakt und im persönlichen Kontakt über die Infrastruktur für Frauen und Mädchen im Bezirk zu informieren.

Obwohl Frauen heute häufig die gleichen Qualifikationen besitzen oder gleiche Leistungen erbringen wie ihre männlichen Kollegen, werden sie doch in vielen beruflichen Tätigkeiten **schlechter bezahlt**. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Entgeltungleichheit schadet jedoch der Wirtschaft, auch im Hinblick auf den Demografischen Wandel und den kommenden Fachkräftemangel.
Mit dem jährlich stattfindenden **Aktionstag „Equal Pay Day"** wird auf die Lohnlücke und die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern deutlich aufmerksam gemacht. Bewährt haben sich dabei die Rabattaktionen in Geschäften, Cafes und Dienstleistungsunternehmen, Flagge hissen und die Herausgabe von Zeitschriften (Skandalblatt). Dabei arbeiten die Berliner und die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten eng zusammen und führen mit anderen Organisationen zentrale Veranstaltungen durch.

Die Lebensläufe von Frauen verlaufen häufig anders als bei Männern und sind nach wie vor insbesondere durch die Gründung von Familien geprägt. Das ist durchaus die richtige Entwicklung, jedoch sind es insbesondere die Frauen, welche den familiären Verpflichtungen den Vorrang vor allen anderen Dingen geben.
Das **Projekt „Prävention und Rehabilitation zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf"** bei dem Schutzhülle e.V. unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Es bietet generationsübergreifende Lebenshilfe bzw. verbessert die Lebensqualität von Frauen im Bezirk.

Ein weiteres Thema sind **Frauen in Führungspositionen**, ob in Verwaltung, Wirtschaft, als Existenzgründerinnen oder im Freizeitbereich.
Einen wichtigen Beitrag zur Thematisierung der Probleme bei der Umsetzung der Chancengleichheit von Frauen in der Wirtschaft leistet dabei das bezirkliche Unternehmerinnennetzwerk „**Lady's Stammtisch" e.V**., das vom Bezirk Treptow-Köpenick gefördert und unterstützt wird. Der Verein will Frauen Mut machen, trotz Doppelbelastung von Familie und Unternehmen ihre persönlichen Karrierechancen zu nutzen. Mit seiner Arbeit fördert er die Akzeptanz und Gleichberechtigung der unternehmerisch tätigen Frauen sowie deren Austausch und Vernetzung.
Seit 2010 wird im Bezirk zudem das **Projekt „Frauen im Sport"** betrieben. Im Focus steht dabei die Förderung von Frauen und Mädchen in ehrenamtlichen Führungspositionen in den (derzeit 240) Sportvereinen. Aktuell sind zehn Prozent der ersten Vorsitzenden Frauen.
Zudem sollen interessens- und bedürfnisorientierte Angebote zur Mitgliedergewinnung von Frauen und Mädchen ausgebaut, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an sportlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen sowie eine gerechtere Verteilung der Ressourcen innerhalb des Bezirkes und der Sportvereine gefördert werden.
Kernstück des Projektes ist der sogenannte **Zukunftspreis**. Im Jahr 2011 haben sich beachtliche acht Sportvereine für den Zukunftspreis beworben. Die Vereine müssen dabei Engagement und Interesse bei der Auseinandersetzung mit Fragen der Gleichstellung belegen. Deutlich wurde auch, dass es starke Bemühungen gibt, frauen-untypische Sportarten zu öffnen und ein geschlechterstereotypes Bewusstsein zu verändern.
Insofern wird das im Jahr 2012 im Rahmen eines berlinweiten Gender-Budgeting-Wettbewerbes mit einem 2. Platz ausgezeichnete Projekt für den Bezirk seine Bedeutung behalten und an Wirkung gewinnen.

Mit Einrichtung des Projekts **„Informative Beratungsstelle über geschlechtsspezifische Gewalt und bezirkliche Anlaufstelle zur Vermittlung von Wohnungen"**[110] soll Frauen Unterstützung bei besonderen sozialen Schwierigkeiten geboten werden. Hier werden betroffene Frauen bei der Bewältigung einer konkreten Notsituation unterstützt sowie über die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und über die zur Bedarfsdeckung in Betracht kommenden Möglichkeiten und Hilfen informiert. Neben praktischer Hilfe wird zugleich eine Frauenzufluchtswohnung angeboten, die jedoch den Bedarf im Bezirk nicht abdecken kann.
Die in den Richtlinien der Regierungspolitik für Berlin genannten gleichstellungspolitischen Ziele beinhalten u.a. eine Überprüfung der vorhandenen Interventionslücken.
Die aktuelle Antigewaltarbeit fokussiert zudem zunehmend die Betroffenheit der Kinder, um die oft generationenübergreifende Spirale von Gewalt zu durchbrechen. Insofern wird es eine **Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder** im Bezirk dauerhaft und auch künftig geben müssen.

Der Internationale Aktionstages „NEIN zu Gewalt an Frauen" – der **Antigewalttag -** ist ein am 25. November jährlich abgehaltener Gedenk- und Aktionstag zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen. Die polizeiliche Statistik von Berlin zeigt leider keinen Rückgang von häuslicher Gewalt auf, ganz im Gegenteil, es sind schwankend Zunahmen zu verzeichnen. Umso wichtiger ist es, dieses sensible Thema beständig in die Öffentlichkeit zu rücken.
Treptow-Köpenick beteiligt sich mit der **Brötchenverkaufsaktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte"** an der dieser berlinweite Öffentlichkeitskampagne. Mit dem Aufdruck „Gewalt kommt nicht

[110] beim Offensiv' 91 e.V.

in die Tüte" verkaufen prominente Personen Brötchen in Kaisers Filialen. Unterstützt wird die Aktion mit Werbeartikeln, welche den Aufdruck „Gegen Gewalt an Frauen" tragen.

Der Gleichstellungsprozess in Treptow-Köpenick muss auch künftig fortgeführt und in Anbindung an das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm[111] für Berlin und in engem Bezug zu den Kernaussagen der Regierungserklärung zu Beginn der 17. Legislaturperiode weiter entwickelt werden.

21. Ziel	**Chancengleichheit für Frauen**
Strategie	**Unterstützung sichern - Angebote erweitern**
Maßnahmen	Sicherung vorhandener **Initiativen und Projekte** und Verstärkung der **Zusammenarbeit** mit Wissenschaft und Wirtschaft zur Förderung der Gleichstellung bei Ausbildung, Beruf, Gesundheit bzw. Familie.
	Verstärkung der **Öffentlichkeitsarbeit** (Girls-Day, Mädchenpreis Aktionstag „Equal Pay Day", Zukunftspreis, Antigewalttag etc.) .
	Erhalt und Ausbau von **Unterstützungs- und Hilfeangeboten** zur Stärkung gesellschaftlich benachteiligter Frauen, generationsübergreifender Lebenshilfe, Bewältigung von Notsituationen oder Verbesserung der Lebensqualität, wie z.B. die Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder, mind. eine Frauenzufluchtswohnung etc..

4.2 Inklusion – Teilhabe ermöglichen

Eine wesentliche Aufgabe des Bezirkes ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, ein **selbständiges und selbst bestimmtes Leben** zu führen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, kulturellem Hintergrund oder Gesundheitszustand.
Das gilt für die speziellen Teilhabeansprüche **behinderter Bürgerinnen und Bürger** aller Altersgruppen in allen gesellschaftlichen und privaten Bereichen sowie die von **gesundheitlich eingeschränkten Menschen**.

Unter dem Begriff „**Inklusion**" werden ganz spezielle Teilhabeansprüche **behinderter Bürgerinnen und Bürger** aller Altersgruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen verankert.
Für das Bezirksamt Treptow-Köpenick liegt eine aktuelle Analyse des Umsetzungsstandes der UN Behindertenrechtskonvention[112] vor, die die Grundlage für einen Maßnahmeplan bzw. ein Leitbild bilden kann.
Wenn altersübergreifend der Teilhabeanspruch als Menschenrecht von frühkindlicher Erziehung bis hin zur Pflege im Alter erkannt und erfüllt werden kann, in dem alle Bereiche der Verwaltung sich ihrer Verantwortung hierfür bewusst sind, ist eine permanente Begleitung des demografischen Wandels gesichert. Uneingeschränkt und verpflichtend für politisches und Verwaltungshandeln gilt der Leitsatz der UN Behindertenrechtskonvention „**Inklusion in allen Lebensbereichen**" wie auch der Grundsatz „**ambulant vor stationär**".

Die **Absicherung der Teilhabeansprüche** kranker und/oder behinderter Menschen liegt in der Verantwortung der **örtlichen Betreuungsbehörde** beim Sozialamt[113]. Zu den Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde[114] gehören insbesondere

[111] gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GPR),Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen;2014
[112] Gem. UN Behindertenrechtskonvention (UN BRK) vom 26.März 2009

- die Unterstützung der Betreuungsgerichte und Beteiligung am Verfahren,
- die Öffentlichkeitsarbeit i. S. der Aufklärung und Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur rechtlichen Betreuung, der Betreuungsinfrastruktur und der rechtliche Vorsorge (z.B. Versorgungsvollmachten, Betreuungsverfügungen),
- die öffentliche Beglaubigung (Unterschriften, Handzeichen),
- die Netzwerkarbeit in Bezug auf die Zusammenarbeit, Beratung, Förderung und Unterstützung der Tätigkeit von Personen und Organisationen zugunsten Betreuungsbedürftiger (rechtlichen Betreuer, Bevollmächtigte) sowie die Einrichtung und Leitung einer örtlichen Arbeitsgemeinschaft sowie
- die Beratung von Betreuten, Führung von Betreuungen.

Die Betreuungsbehörde des Sozialamtes betreut selbst, wählt Berufsbetreuer als auch ehrenamtlich tätige Betreuer aus und schlägt diese dem Amtsgericht vor. Mit dem zum 1.7.2014 in Kraft getretenen neuen Betreuungsgesetz[115] entstehen zusätzliche Aufgaben für die Betreuungsbehörde: So wird zur Kosteneinsparung die vorrangige Gewinnung von ehrenamtlichen Betreuern gesetzlich verankert. Aufgabe der Betreuungsbehörde ist es daher, im Bezirk ein ausreichendes Angebot von ehrenamtlichen Betreuern und deren Fortbildung nachhaltig zu sichern.
Zudem ist festgestellt worden, dass insbesondere durch Zunahme der psychischen Erkrankungen ein immer intensiveres Betreuungsverhalten notwendig ist. Somit wächst sowohl der Bedarf an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch an Personal insgesamt in der Betreuungsbehörde.
Ziele der örtlichen Betreuungsbehörden sind neben der Unterstützung der Betroffenen, ein selbständiges und selbst bestimmtes Leben zu führen, auch die Stärkung der Rechtsstellung kranker und/oder behinderter Menschen sowie die Beachtung der Persönlichkeitsrechte und des freien Willens Betroffener. Durch die Vermittlung anderer Hilfen kann in geeigneten Fällen die Bestellung eines Betreuers vermieden werden. Zudem wird das Betreuungsgericht durch qualifizierte Berichterstattungen (Sozialbericht) und Benennung von geeigneten Betreuern unterstützt.
Das neue Betreuungsgesetz sieht eine Stärkung der Funktion der Betreuungsbehörde vor. Bereits seit 2008 besteht die Forderung der Senatsverwaltung für Justiz, fachübergreifend gemeinsame Strategien zu entwickeln, die einem weiteren Anstieg der Kosten entgegenwirken. Der **Arbeitsschwerpunkt** verlagerte sich aufgrund der vermehrten Nachfrage durch das Betreuungsgericht auf die **Sachverhaltsermittlung.** Die Herausforderungen für die örtlichen Betreuungsbehörden werden dementsprechend bis zum Jahr 2020 zunehmen.

Im Bezirk Treptow-Köpenick leben gegenwärtig fast 40.000 Personen mit einer (anerkannten) Behinderung. Die Dunkelziffer dürfte weit höher ausfallen, weil viele Menschen zwar eine Behinderung haben, diese aber nicht beim Landesamt für Gesundheit und Soziales amtlich feststellen lassen.
Diese Zahl umfasst alle Altersgruppen, der Hauptanteil liegt bei den 40 bis 65 Jährigen, gefolgt von der Altersgruppe der 65 bis 75 Jährigen.

Mit Herstellung einer **barrierefreien Umwelt**[116] werden alle Altersgruppen gleichermaßen in die komfortable Situation versetzt, sich entsprechend ihrer Möglichkeiten unbehindert im Bezirk zu bewegen, hier zu leben, zu lernen, zu arbeiten und Versorgungsangebote zu nutzen. Hiervon profitiert eine älter werdende Gesellschaft genauso wie jüngere Menschen, die Einschränkungen haben. Hierzu erarbeitet der Bezirk gegenwärtig gemäß Beschluss der BVV Treptow-Köpenick „Leitlinien zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention“[117] – unter Beachtung des Votums des bezirklichen Behindertenbeirates. Grundlage sind die "10 Behindertenpolitische Leitlinien des

---

[113] Auf Basis des Betreuungsbehördengesetzes sowie des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Juli 2009
[114] s. a. **Pkt. 1.6**
[115] Gesetz zur Stärkung der Funktion der Betreuungsbehörde, 6. März 2013
[116] s. a. **Pkt 1.5** - generationsgerechte Mobilität
[117] Beschluss Nr. 1039/49/11 (Drs.Nr.: VI/11671) vom 24.03.2011

Landes Berlin zur nachhaltigen Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention bis zum Jahr 2020" des Senates von Berlin vom Oktober 2010, die mit Stand vom 08.05.15 durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales konkretisiert wurden [118].
In jedem Falle sind die Vertretungen behinderter Menschen in die Prozesse einzubinden, um bedarfsgenau zu agieren, für Menschen mit Gehbehinderungen, mit Hör-, Sprech- und/oder Sehbehinderungen sowie kognitiven Einschränkungen und/oder chronischen Krankheiten.

Wesentliche Voraussetzung für die Betroffenen jeder Altersgruppe, ein selbständiges und selbst bestimmtes Leben zu führen, ist der **barrierefreie Zugänglichkeit** und **Nutzbarkeit** von Gebäuden und Angeboten, die der Öffentlichkeit nutzbar sind (s.a. **Ziel 20**).
Es gilt das Prinzip der Inklusion: Demzufolge sind öffentlich zugängliche Einrichtungen (z.B. Behörden, Kitas, Schulen und Jugend- und Freizeitstätten, Schwimm- und Sportanlagen) für alle Altersgruppen dieser Forderung zu unterwerfen, unabhängig von jeweiliger Trägerschaft.
Zudem ist im Bezirk zwingend die **Nahverkehrsstruktur** aber auch der **öffentliche Raum** den Bedürfnissen nach Barrierefreiheit weiter anzupassen. Dabei ist eine enge Abstimmung mit Betroffenenvertretungen und hier insbesondere dem Beirat für Menschen mit Behinderungen zu suchen (s. a. **5. Ziel**).

Insbesondere wohnungsnahe Angebote der medizinischen und therapeutischen Grundversorgung müssen barrierefrei erreichbar und in allen Teilen nutzbar sein. So ist derzeit die **freie Arztwahl** für behinderte Menschen aufgrund fehlender oder eingeschränkter Zugänglichkeit - Praxen und therapeutische Einrichtungen in Gebäuden z.B. ohne Aufzug – nicht gewährleistet. Gehörlose Menschen treffen in den wenigsten Fällen bei medizinischem und pflegendem Personal in Praxen und Krankenhäusern auf die Möglichkeit, mit Deutscher Gebärdensprache zu kommunizieren.
Zudem haben behinderte Menschen in vielen Fällen einen vergleichsweise hohen Behandlungsaufwand, da die Grundlage der Behinderung in einigen Fällen auch chronische Krankheiten sind. Diese Patienten erfahren oft Ablehnung. Hier wird immer wieder deutlich, dass es für diese Menschen ungleich schwerer ist, bei Bedarf Hilfe im haus- und fachärztlichen Bereich zu finden.
Alle **bezirklichen gesundheitspolitischen Aktivitäten** zielen daher darauf ab, diese Situation zugunsten der Patienten zu beeinflussen. An diesen Aktivitäten muss unbedingt festgehalten werden.

Besonderer Schwerpunkt ist auf den **Ausbau von ambulant (betreuten) Wohnangeboten** für Personen zu legen, die trotz Behinderung in eigener Wohnung leben wollen und entsprechenden Pflege- und Assistenzbedarf haben. Vorhandene Finanzierungsmöglichkeiten sind von den zuständigen Stellen anzubieten und auszuschöpfen. Mit Blick auf die demografische Entwicklung sind Förderschwerpunkte hierbei

- Projekte wie „Gemeinschaftliches Wohnen 60+" oder
- Projekte mit Blick auf unterstütztes Wohnen für junge behinderte Eltern/Alleinerziehende, um diesen Familien Assistenz und Hilfe für selbstbestimmtes Leben mit ihren Kindern zu ermöglichen.

Die Möglichkeit des Verbleibs in der eigenen Wohnung ist auch bei schwerer Behinderung solange als möglich zu unterstützen. Dazu bedarf es im Rahmen des Wohnungsneubaus eines Anteils an **bezahlbare**n **barrierefeie**n **Wohnungen** und einer entsprechenden Vermittlungsstelle im Land Berlin mit Zuständigkeit für die Berliner Bezirke. Fördermittel (z. Bsp. KfW-Förderung) müssen hierfür gezielt und in Abstimmung mit den anderen Bezirken eruiert und eingesetzt werden.

[118] „ 10 Behindertenpolitische Leitlinien des Landes Berlin zur nachhaltigen Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention bis zum Jahr 2020", Senatsbeschluss vom 04.10.2010 (Drucksachen Nr. 16/2109, 16/2293, 16/3531 und 16/4041) und Konkretisierung vom 08.05.2015

Unter dem Begriff „**Träger der Behindertenhilfe**" werden aktuell kostensatzfinanzierte Träger verstanden, die mit staatlichen Mitteln Leistungen für Betreuung, Arbeit und Beschäftigung, Wohnen und Freizeit, Bildung usw. erbringen und dafür entgeltfinanziert werden. In Abhängigkeit von der Vielfalt bzw. Nachfrage inklusiver Angebote entwickelt und verändert sich auch die Trägerlandschaft und deren Finanzierungssysteme. Der Bezirk muss entsprechend der behindertenpolitischen Leitlinien Berlins in Bezug auf die Themen

- Bewusstseinsbildung,
- Barrierefreiheit,
- Bildung,
- Arbeit/Beschäftigung,
- Teilhabe,
- Beteiligung,
- Selbstbestimmung,
- Gleichbehandlung,
- Sicherstellung und
- Überprüfung

die daraus resultierenden Veränderungen der Angebote begleiten und unterstützen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint das „Trägerübergreifende Persönliche Budget" am besten dazu geeignet, Teilhabemöglichkeiten und Selbstbestimmung von Menschen aller Altersgruppen und Familiensituationen zu sichern, was eine diesbezügliche offensive Bewerbung bei den Betroffenen voraussetzt.

Die **Behindertenselbsthilfe** und Ehrenamt, die für viele von Behinderung oder chronischer Krankheit betroffene Menschen existenziell wichtig und aus dem Lebensraum nicht wegzudenken ist, muss durch den Bezirk perspektivisch mehr als bisher gefördert werden.

Gleiches gilt für die Träger, die mit **Begegnungs- und Freizeitangebote**n – frei, konfessionell, weltanschaulich geprägt, bunt und vielfältig - im Bezirk ansässig sind bzw. sich noch entwickeln werden. Wenn vor Jahren noch mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und später anderen Modellen der Arbeitsmarktförderung ganze Tagesstrukturen bedient wurden, so kommt es nunmehr bei ständiger Kürzung dieser Mittel und Maßnahmen den Kommune zu, einer Vereinsamung vor allem auch älter werdender behinderter Menschen entgegenzusteuern und diese spezielle Trägerlandschaft und deren Konzepte und Ideen zu unterstützen[119]. Bei ausschließlicher Abhängigkeit von Arbeitsmarktinstrumenten werden diese Träger sonst in kurzer Zeit zerbrechen.

Es wird in Zukunft immer bedeutsamer werden, den Entscheidungsträgern im Bezirk aus Politik und Verwaltung nahe zu bringen, an welchen Stellen der Verwaltung Einfluss auf die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe am Leben der Gemeinschaft notwendig ist und welche Maßnahmen hierzu geeignet scheinen.
So ist der **Beirat für Menschen mit Behinderung** mit seiner Kompetenz „in eigener Sache" auch in Zukunft anzuerkennen und gefasste Beschlüsse im Bezirk zu respektieren. Durch die paritätische Besetzung dieses Beirates – bestehend aus Vertreterinnen aller Behinderungsarten und Altersgruppen und durch die geregelte Mitwirkung der Seniorenvertretung ist ein hohes Maß an Sachverstand gesichert.
Über die Einrichtung regelmäßig stattfindender **Aktionstage für Menschen mit Behinderung** kann für Selbsthilfegruppen und –Einrichtungen sowie für Träger und Gruppen, die für Menschen mit Behinderungen Dienstleistungen im weiteren Sinne erbringen, die Möglichkeit eröffnet werden, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Dabei sind im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung auch Wirtschaftsunternehmen gefordert, dies zu unterstützen.

[119] s. a. **Pkt. 1.4 ; 1.6**

22. Ziel	**Gleichberechtigte Teilhabe trotz Handicap**
Strategie	**selbständiges und selbst bestimmtes Leben und Arbeiten** für Menschen mit Behinderung aller Altersgruppen **ermöglichen**
Maßnahmen	Stärkung der Position des „**Beirats für Menschen mit Behinderung**" in Bezug auf Beschlussfassungen und Entscheidungsprozesse zu Bedarfssicherung und Maßnahmen.
	Festlegung von „**Leitlinien zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention**" im Bezirk unter Mitwirkung der Vertretungen behinderter Menschen nach dem Motto: „Nichts über uns ohne uns" zur Herstellung gleichberechtigter Lebensbedingungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und einer kompletten Teilhabemöglichkeit.
	Fortführung der **gesundheitspolitischen Aktivitäten** des Bezirks zugunsten eines barrierefreien Zugangs und einer gleichberechtigten Inanspruchnahme haus- und fachärztlichen bzw. therapeutischer Angebote (**freie Arztwahl**).
	Wohnungspolitische Einflussnahme bei der **Etablierung** einer **Vermittlungsstelle** im Land Berlin zur Unterstützung von ambulant (betreuten) barrierefreien Wohnangeboten bzw. für eine gezielte Steuerung von Fördermitteln.
	Sicherung und Unterstützung der **Selbsthilfe** und von Angeboten **freier Träger** sowohl durch bedarfsgerechte Finanzierung als auch durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Aktionstage für Menschen mit Behinderung).
	Neuorganisation der Betreuungsbehörde mit Schwerpunkt auf die Sicherung von zusätzlichen Personalstellen aufgrund der wachsenden Aufgaben gemäß dem neuen Betreuungsgesetz (s. a. **18. Ziel**), wie • eine qualifizierte Berichterstattung und Werbung von ehrenamtlichen Betreuern (s. a. **26. Ziel**) sowie • die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

4.3 Integration und interkulturelle Kompetenz

Der demografische Wandel basiert auf der allgemeinen Erhöhung des Lebensalters, einer **hohe**n **Zahl an Zuzügen** im Vergleich zu geringen Wegzügen (Wanderungssaldo innerhalb Berlins, über die Stadtgrenze hinaus, internationale Wanderungsbewegungen), als auch auf einem zu erwartenden Geburtenüberschuss im Bezirk. Daran werden insbesondere die Lebensumstände und die örtlichen Veränderungen der Menschen mit Migrationshintergrund einen hohen Anteil haben. Es ist davon auszugehen, dass die **Gesellschaft** auch in Treptow-Köpenick deutlich **heterogener** wird. Der Ausländeranteil wächst weiter an, auch wenn die territoriale Verteilung stark zwischen Ortsteilen in Innenstadtlage und Ortsteilen am Bezirksrand variiert.

Aus der Erhöhung des Anteils an **Menschen mit Migrationshintergrund** im Bezirk, aus den vielfältigen und individuellen Bedarfen der Menschen und aus der zunehmenden **Mobilität der Bevölkerung** insgesamt ergeben sich Herausforderungen nicht nur an die Infrastruktur. Es muss auch ein **Ausgleich** sowohl zwischen den Generationen als auch zwischen den **unterschiedlichen Bevölkerungsanteilen** gefunden werden.

Um den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden und die kulturelle Vielfalt auch nutzen zu können, ist eine Integration und Partizipation in allen Lebensbereichen anzustreben.

Basierend auf dem Partizipations- und Integrationsgesetz[120] und gemäß berlinweiter Vorgaben und Integrationsstrategien sind daher aktuelle Handlungsfelder unter Maßgabe des Leitmotivs „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken" zu prüfen und umzusetzen.

Die Europäische Kommission hat 2013 [121] einen Katalog von Maßnahmen vorgelegt, der es den Bürgern erleichtern soll, ihre Rechte als Unionsbürger wahrzunehmen. Dazu gehört an erster Stelle das Recht auf Freizügigkeit. Dazu legte die Kommission Vorschläge vor, wie die Möglichkeiten, in einem anderen EU-Land zu arbeiten, zu studieren und sich fortzubilden verbessert werden können. Wenn man davon ausgeht, dass zumindest ein Teil dieser Maßnahmen in den kommenden Jahren umgesetzt wird, könnte das ebenfalls Auswirkungen auf die demografische Entwicklung in Treptow-Köpenick dahin gehend haben, dass die Anzahl der **Menschen aus EU-Mitgliedsländern** im Bezirk weiter ansteigt.
Diese Menschen, die Treptow-Köpenick als Arbeits- oder Studienort gewählt haben, sollten auch die **Chance erhalten**, hier gerne zu leben. Die Bereitstellung von **adäquatem Wohnraum** (insbesondere auch in der Nähe der Hochschulen bzw. der WISTA), die Gestaltung eines lebenswerten Umfeldes sowie eine **international ausgerichtete Sozial- und Bildungsinfrastruktur** sind wesentliche Voraussetzung dafür.
Die VHS bietet bereits jetzt Integrationskurse für Menschen mit Migrationshintergrund zur Erweiterung der Sprachkompetenz an, bereitet auf Tests für die Einbürgerung vor und hält Angebote zur Förderung der beruflichen Eingliederung bzw. die Erlangung des Hochschulzuganges bereit.

Angebote freier Träger, der Verwaltung, der Wirtschaft etc. sind so auszurichten, dass sie Menschen mit Migrationshintergrund ohne Hürden zugänglich sind. Treptow-Köpenick könnte beispielsweise erneut **Standort für eine staatliche Europaschule** werden. In diesen Schulen werden interkulturelle Erlebnisse und Erfahrungen im Unterricht und in außerunterrichtlichen Ganztagsaktivitäten vermittelt und kulturübergreifende Aktivitäten besonders hervorgehoben.

Damit Zugezogene im Bezirk bleiben, ist es wichtig, ein **positives Klima** zu schaffen, in dem Vorurteile, Berührungsängste oder gar fremdenfeindlichen Tendenzen gar nicht erst entstehen. Die **Vielfalt und Interkulturalität** soll als erstrebenswert wahrgenommen und im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden. Bereits bestehende erfolgreiche Projekte (z.B. das Zentrum für Demokratie, „Schule ohne Rassismus", die internationale Jugendbegegnung United Games of Nations, Comenius-Austauschprojekte) die Zusammenarbeit im Netzwerk für Integration der Migrantinnen und Migranten sowie und alle Aktivitäten mit den elf bezirklichen Partnerstädten sind unbedingt fortzusetzen bzw. auszubauen.
Gut geeignet sind dabei alle Aktivitäten, die Menschen unterschiedlicher Länder zusammenbringen, weil sie dazu beitragen, Denkweisen der Menschen über andere Kulturen zu verändern. Generell ist daher eine breite Palette an Angeboten, die Integration, Dialog und kulturellen Austausch fördern, für den Bezirk Treptow-Köpenick sinnvoll.

In der gesamten Demografiedebatte kommt der Förderung des **ehrenamtliche**n **Engagement**s große Bedeutung zu. Das gilt auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Angebote von beispielsweise Sportvereinen, karitativen Einrichtungen und Institutionen, Bildungseinrichtungen etc. sind daher so auszurichten und zu kommunizieren, dass sie hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen. Diese Menschen bringen alleine durch ihren kulturellen und sprachlichen Hintergrund ein großes Potenzial mit, das sinnvoll beispielsweise für die Seniorenbetreuung, für Nachhilfegruppen, im Sportverein oder im Städtepartnerschaftsverein

[120] Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG), vom 28.12.2010
[121] Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013" , Europäische Kommission, 8. Mai 2013

genutzt werden könnte. Hierbei ist entscheidend, dass der Fokus nicht ausschließlich auf der Gruppe der über 65-Jährigen liegt, sondern auch auf die Gruppe der 27 bis 65-Jährigen erweitert wird (s. a. **Pkt. 5.2**).

Der Erfolg gesellschaftlicher Integration von Zuwanderern hängt nicht nur von deren **Teilhabe am** gesellschaftlichen sondern auch am **demokratischen Leben** ab. Zur Unionsbürgerschaft gehört auch das Recht, bei **Kommunal- und Europawahlen** im jeweiligen Wohnsitzstaat zu denselben Bedingungen wie die dortigen Staatsangehörigen wählen und kandidieren können. Dadurch soll der Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen Einheimischen und Zuwanderern verwirklicht und Unionsbürgern eine bessere Integration und die Teilhabe am demokratischen Leben in ihrem Gastland ermöglicht werden. Die Mobilisierung und direkte Ansprache der in Treptow-Köpenick lebenden EU-Staatsbürger, von diesem Recht Gebrauch zu machen und damit direkt in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld mitzubestimmen, wird daher empfohlen. Das gleiche gilt für alle weiteren Instrumente der Bürgerpartizipation auf lokaler Ebene (z.B. Integrationsausschuss und andere Ausschüsse der BVV usw.).

„**Willkommenskultur** bedeutet, Zuwanderer willkommen zu heißen, Schwierigkeiten bei der Ankunft ernst zu nehmen und den Prozess der Eingliederung von Beginn an systematisch zu begleiten".[122] Mit dem im April 2013 geschaffenen **„Büro für Vielfalt und Toleranz"** (InteraXion) wurde eine direkte Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund und andere Gruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, geschaffen.

Im Bezirk gibt es inzwischen sieben Unterkünfte für geflüchtete und asylsuchende Menschen sowie weitere Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Die BVV hat angeregt (Beschluss Nr. 0432/28/14), regelmäßige Austauschtreffen mit den Betreibern, Vertreterinnen und Vertretern der ehrenamtlichen Initiativen, Bezirksverordneten der demokratischen Fraktionen sowie weiteren relevanten Akteuren durchzuführen. Die Treffen finden inzwischen halbjährlich statt.

Zur langfristigen und erfolgreichen Integration gehört es auch, dass zuziehende wie auch hier lebende Migranten den gleichen **Zugang zu allgemeinen Diensten und Einrichtungen der Verwaltung** haben. Bestehende Projekte und Maßnahmen, die zu einer **kulturellen Sensibilisierung** und Erweiterung der Sprachkompetenzen der Bezirksamtsmitarbeiter/innen führen (z.B. ConAct Europe, LoGo Europe, Fachaustausche mit Partnerstädten, Fachvorträge und Diskussionen mit internationalen Delegationen) sind daher fortzuführen und auszubauen. Grundsätzlich sind hierfür die Maßnahmen geeignet, die im „**Bericht zur Stärkung der Europakompetenz der Berliner Verwaltungsmitarbeiter/innen"** [123] beschrieben sind.
Im Sinne eines vorbildlichen **Bürgerservices** wird empfohlen, das Angebot des Bezirksamtes Treptow-Köpenick an fremdsprachlichen Publikationen, Beratungen etc. zu erweitern. Dazu ist nicht nur die Erweiterung der **Sprachkompetenz** bei den Beschäftigten (unabhängig vom Alter) notwendig, sondern ein **Mentalitätswandel** weg von einem „Amtsprache ist deutsch" hin zu einem „Wie kann ich Ihnen weiterhelfen?". Es sollte dabei im täglichen Bewusstsein der Bezirksamtsmitarbeiter verankert werden, dass eine **interkulturell kompetente** und **international erfahrene Verwaltung** ein wichtiger weicher Standortfaktor ist, der Treptow-Köpenick einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Beispielsweise könnte die bezirkliche Wirtschaftsförderung gezielt um ausländische Studierende als Existenzgründer in Treptow-Köpenick werben.

Den Mitarbeitern in den **lokalen Verwaltungen** kommt bei der Durchsetzung der Freizügigkeitsrechte der Bürger eine Schlüsselrolle zu, da sie häufig der erste Kontakt für Bürger sind, die in eine neue Stadt ziehen und als wichtigste Informations- und Beratungsstelle angesehen

[122] „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken", Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales, Berlin 2007
[123] Bericht zur Stärkung der Europakompetenz der Berliner Verwaltungsmitarbeiter/innen**,** Senatsbeschluss Nr. S-3360/2011 vom 11.01.2011

werden. Allerdings zeigen die bei der Kommission und den Beratungsdiensten der EU eingegangenen Beschwerden, dass die Probleme der Unionsbürger beim Umzug in ein anderes EU-Land oft damit zusammenhängen, dass die Mitarbeiter in den lokalen Verwaltungen nicht genügend über die Freizügigkeitsrechte der Bürger wissen."[124]
Deshalb wird empfohlen, alle **Mitarbeiter des Bezirksamtes Treptow-Köpenick** in den relevanten Bereichen dahingehend **zu schulen**, dass ihnen die Bestimmungen zur Freizügigkeit vollständig bekannt sind und sie diese entsprechend in den **Bürgerservice** einfließen lassen können.

Auslandsaufenthalte zur Verbesserung der Fähigkeiten und Kompetenzen, das Erfordernis zu **beruflicher Mobilität** und **interkulturelle Kompetenz** prägen die heutige globalisierte Arbeitswelt und werden insbesondere auf dem Fachkräftemarkt zu einem entscheidenden Kriterium.

Ziel sollte es daher sein, den Anteil der Bürger aus Treptow-Köpenick, die ihre **Fähigkeiten und Kompetenzen durch einen Auslandsaufenthalt verbessern,** zu erhöhen. Die schulischen und außerschulischen Bildungs- und Kulturangebote in Treptow-Köpenick sollten daher so gestaltet werden, dass der Kontakt zu Menschen aus anderen Kulturen gefördert und die Chancen und Vorteile von Auslandsaufenthalten zum Erwerb fachlicher und außerfachlicher Kompetenzen offensiv kommuniziert werden. Dabei gilt es, nicht nur über die verschiedenen Instrumente, in einem anderen EU-Land oder Drittstaat zu studieren, ein Praktikum zu absolvieren, am europäischen oder internationalen Freiwilligendienst teilzunehmen etc. zu informieren, sondern gezielt Berührungsängste und Selbstzweifel, die einem Auslandsaufenthalt entgegen stehen, entgegen zu wirken. Dieses bezieht sich auf die Gruppe der bis 27-Jährigen, jedoch im Zusammenhang mit dem Konzept des lebenslangen Lernens und der steigenden Lebensarbeitszeit gerade auch auf die Gruppe der 27- bis 65-Jährigen.

23. Ziel	**Zuwanderung gestalten - Interkulturelle Kompetenz entwickeln**
Strategie	**Chancen für Zuwanderer eröffnen – Akzeptanz der Zuwanderung erhöhen**
Maßnahmen	Erhöhung der Toleranz durch Fortführung geeigneter Aktivitäten und Projekte, die **Integration, Dialog und kulturellen Austausch fördern – Willkommenskultur** entwickeln**.**
	Schaffung der Voraussetzungen für eine **interkulturell kompetente** und **international erfahrene Verwaltung** durch Erweiterung der fremdsprachlichen Beratung und Information: • Förderung der Sprachkompetenz, • Mentalitätswandel, • Rechtliche Kenntnisse (z.B. Europarecht).
	Förderung einer **interkulturell ausgerichteten Infrastruktur** (Betreuung, Bildung, Freizeit und soziale Angebote), um Kompetenzen, Zugänglichkeit aber auch Attraktivität zu erhöhen: z.B. Kita, Standort einer staatlichen Europaschule**,** schulischen und außerschulischen Bildungsangebote der VHS sowie Kultur- und Freizeitangebote,

[124] Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013: Rechte und Zukunft der Bürgerinnen und Bürger der EU; Europäische Kommission, Brüssel 8. Mai 2013

	Pflegeeinrichtungen.
	Die demografische Entwicklung gerade bei Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen bzw. Familien mit Migrationshintergrund erfordert neben der **kinderspezifischen Förderungen** auch **zusätzliche Angebote für Familien** über die **Weiterentwicklung** vorhandener kommunaler Bildungsnetzwerke (s. a. **13. Ziel**).
	In Bezug auf den Zuzug von Studierenden und Fachkräften aus aller Welt bedarf es verstärkter **Kooperationen** zwischen den **Schulen/ Hochschulen/Unis** und **Arbeitsgebern,** um daraus resultierenden Nachfragen zu erfassen bzw. Angebote darauf auszurichten.
	Erhöhung der **Bürgerpartizipation / Mitbestimmung** am demokratischen Leben auf lokaler bzw. kommunaler Ebene durch Mobilisierung und direkte Ansprache der Menschen mit Migrationshintergrund.

5. Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement

5.1. Infrastruktur und Rahmenbedingungen

Der deutsche Bundestag hat basierend auf der Grundüberzeugung, dass „Bürgerschaftliches Engagement" eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist, im Dezember 1999 die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements"[125] eingesetzt. In ihrem Bericht hat die Enquete-Kommission insbesondere darauf hingewiesen, dass es gerade und primär **Aufgabe der Kommune**n sei, die Infrastruktur für die nachhaltige Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene zur Verfügung zu stellen. Es wurde zudem nachdringlich empfohlen, auf kommunaler Ebene eine Vernetzung von Staat (Verwaltung), Unternehmen und der Zivilgesellschaft/den Bürgern herzustellen.

Unter Berücksichtigung der bundesweiten Empfehlungen und wissenschaftlicher Untersuchungen zum Thema wurde durch das Sozialamt eine **Strategie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements**[126] entwickelt, um eine Infrastruktur und einen Wegweiser für Bürgerschaftliches Engagement in Treptow-Köpenick zu schaffen.

Unter Federführung der Bezirksstadträtin für Arbeit, Soziales und Gesundheit wurde in diesem Zusammenhang 2007 **der Beirat zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements** gebildet. Dem Beirat gehören Vertreter aus den unterschiedlichen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, gemeinnützige Organisationen, Freiwilligenzentrum „STERNENFISCHER", Seniorenvertretung etc. an. Ziel der Beiratsarbeit ist es, das Thema Bürgerschaftliches Engagement in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens im Bezirk Treptow-Köpenick einzubringen, zum Thema Bürgerschaftliches Engagement neue Netzwerke bilden und mit innovativen Ideen das Bürgerschaftliche Engagement weiterzuentwickeln

Für die nachhaltige Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und zur Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur ist die nachhaltige Finanzierung des **Freiwilligenzentrum**s **Treptow-Köpenick** (STERNENFISCHER) unabdingbar. Die Aufgabe besteht neben der Beratung gemeinnützige Organisationen in Bezug auf die Gewinnung Ehrenamtlicher/Freiwilliger und die Art und Weise der Umsetzung der Anerkennungskultur auch im Aufbau einer Datei, in der deutlich wird, in welchen Bereichen Ehrenamtliche/Freiwillige gesucht werden. Ein anderer Schwerpunkt ist die Beratung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern und ggf. deren Vermittlung an geeignete gemeinnützige Organisationen.
Aufgrund der Alterstruktur im Bezirk legt das Freiwilligenzentrum einen Schwerpunkt auf die Ansprache von Über-60-Jährigen.

Um das Thema „Bürgerschaftlichen Engagement" in der Verwaltung zu verankern, wurde eine eigene **Organisationseinheit „Bürgerschaftliches Engagement"** beim Sozialamt geschaffen. Zu deren Aufgaben gehört neben der Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Aufgabe in den Sozialkommissionen, der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den 10 kommunalen KIEZKLUBs auch die Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum „STERNENFISCHER", so z.B. im Hinblick auf gemeinsame Veranstaltungen (z.B. „Marktplatz", Freiwilligentag Treptow-Köpenick). Das Sozialamt arbeitet derzeit mit über 330 ehrenamtlichen Personen im Bereich der Sozialkommissionen und 60 ehrenamtlichen Betreuern in der Betreuungsbehörde zusammen sowie mit über 200 Ehrenamtlichen in den 10 kommunalen KIEZKLUBs.
Die **kommunalen KIEZKLUBs** arbeiten generationsübergreifend und bieten Engagement und Bildung in unterschiedlichsten Interessenbereichen und Zielgruppen. Dabei stehen nicht die Ziele Leistung und Bildung im Vordergrund, sondern die sozialen Kontakte zur Vermeidung von

[125] Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", Juni 2002
[126] Strategie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, BA Treptow-Köpenick, Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit, Amt für Soziales; Stand 04. März 2014

Einsamkeit und Isolation. Die KIEZKLUBs bieten Hilfe zur Selbsthilfe, ermutigen zum ehrenamtlichen Engagement und werben dafür, ermöglichen gemeinsame Veranstaltungen und koordinieren Netzwerke im Kiez. Hier ist auch eine breite Öffentlichkeitsarbeit verankert. Über die Erarbeitung einheitlicher Qualitätsstandards soll zudem die Wirksamkeit erhöht sowie Synergien stärker genutzt werden können. (s. a Pkt. 1.5)

Einmal im Jahr veranstaltet das Freiwilligenzentrum „Sternenfischer" in Kooperation mit dem Sozialamt den „**Marktplatz Treptow-Köpenick**".
Die Marktplatz-Methode stammt aus den Niederlanden und schafft neue Netzwerke zwischen Privatunternehmen und gemeinnützigen Organisationen. Diese treffen sich für 2 Stunden, um gemeinsame Geschäfte zu tätigen, ohne dass Geld fließt. Mit der Marktplatz-Methode werden die unterschiedlichen Kulturen von Privatunternehmen, gemeinnützigen Organisationen und ehrenamtlichem Engagement zusammengeführt. In den vergangenen Jahren haben jeweils ca. 30 bis 40 Privatunternehmen sowie 30 bis 40 gemeinnützige Organisationen an dem Marktplatz teilgenommen und es wurden zwischen 60 und 100 Vereinbarungen abgeschlossen.

Um das Thema Bürgerschaftliches Engagement/Freiwilligenengagement in den Bezirk verstärkt einzubringen und Bürgerinnen und Bürger auf Möglichkeiten des Engagements aufmerksam zu machen, wird seit 2008 der **Freiwilligentag Treptow-Köpenick** in Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick „STERNENFISCHER" durchgeführt. Das Freiwilligenzentrum koordiniert dabei die **Mitmachaktionen des Bezirks** (z.B. Bindung und Verteilung gesponserter Blumen, Herstellung der berühmten Generationsmarmelade, oder Bepflanzung von Grünflächen an Bürgersteigen oder Gärten von Pflegeeinrichtungen durch Ehrenamtliche) und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es bei der Gewinnung und nachhaltigen Beibehaltung des Bürgerschaftlichen Engagements vor allem darauf ankommt, dass hier persönlich und öffentlich **Anerkennung und Aufmerksamkeit** geschenkt wird. Der Bezirk Treptow-Köpenick führt deshalb beispielsweise für die mehr als 330 ehrenamtlich engagierten Sozialkommissionsmitglieder einmal jährlich eine große Festveranstaltung als Dankeschönveranstaltung durch. Für die mehr als 200 ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger in den 10 kommunalen KIEZKLUBs werden beispielsweise Dampferfahrten über den Müggelsee oder in den Innenstadt-Bereich durchgeführt. Ganz wesentlich ist auch die Durchführung von eigenen Fortbildungsveranstaltungen für Ehrenamtliche oder auch Fortbildungsangebote durch Dritte. Ein weiteres Instrument der Anerkennungskultur ist die Vergabe des Freiwilligenpasses.

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin hat am 12.07.2011 die **Leitlinien zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements des Bezirksamtes**[127] verabschiedet. Auf dieser Grundlage können nun alle Abteilungen und Ämter des Bezirksamtes das Thema Bürgerschaftliches Engagement in ihrem jeweiligen Bereich fördern. Das Thema Bürgerschaftliches Engagement hat somit auf politischer Ebene eine nachhaltige Anerkennung gefunden.

Um das Thema Bürgerschaftliches Engagement und Demografischer Wandel weiterhin im Rahmen der Gesellschaft des Bezirkes Treptow-Köpenick intensiv diskutieren zu können, wird der Bezirk weiterhin verschiedene Fachtagungen zur Thematik durchführen.

Es sollte für das Bezirksamt als größten Arbeitgeber im Bezirk selbstverständlich werden, das bürgerschaftliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuerkennen und zu würdigen.

---

[127] Leitlinien zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements des Bezirksamtes, Ba Treptow-Köpenick, Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit, Amt für Soziales, BA- Beschluss Nr. 620/2011 – Sitzung 232/VI – am 12.07.2011

Im **Bürgerreport zum demografischen Wandel**[128] werden zudem Mitsprache-Rechte bei Entscheidungsfindungen im parlamentarischen Bereich für ehrenamtlich Engagierte (auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene, je nach Ort des Engagements) gefordert. Eine wichtige Funktion wird dabei den **Anlaufstellen für Ehrenamtliche** zugewiesen:" ...hier sollen Informationen zu den Möglichkeiten des Ehrenamtlichen Engagements vor Ort gebündelt und Bildungsmöglichkeiten für ehrenamtlich Engagierte und für Einsatzstellen zur Verfügung gestellt werden. Der Zugang zu den Anlaufstellen soll so niedrigschwellig wie möglich sein".
Es gilt also, die **Rahmenbedingungen** – z.B. Versicherungsschutz, Qualifizierungsangebote, wohnortnahe zielgruppenorientierte Angebote bzw. Raumkapazitäten – zu sichern und kontinuierlich in Abstimmung mit den Interessenvertretungen und den Betroffenen anzupassen.

Der Bezirk Treptow-Köpenick übernimmt die Federführung bei einem Pilotprojekt der „**Service Stadt Berlin**"[129], für das vier Berliner Bezirke ausgewählt wurden. In dem Projekt sollen innerhalb von 2 Jahren Aktivierungsstrategien für das Bürgerschaftliche Engagement in den Sozialräumen der Bezirke sowie eine „Bürgerplattform online" mit wissenschaftlicher Begleitung entwickelt werden.

24. Ziel	**Gewinnung und nachhaltige Beibehaltung von Bürgerschaftlichem Engagement**
Strategie	**Rahmenbedingungen** und **Voraussetzungen** für Beteiligung und Engagement **entwickeln** und **ausbauen –** Qualifizierung der **Anerkennungskultur**
Maßnahmen	Erhalt, Schaffung und Ausbau von **niedrigschwellige**n **Anlaufstellen** für Ehrenamtliche und Förderung der **Vernetzung** und **Zusammenarbeit**: • Finanzierung des **Freiwilligenzentrums STERNENFISCHER**, • Qualifizierung der **kommunalen KIEZKLUBs**, • Fortführung der jährlichen Veranstaltungen **„Marktplatz Treptow-Köpenick"** oder des **„Freiwilligentag Treptow-Köpenick"**.
	Stärkung und Erhalt des Ehrenamts durch Schaffung von **Rahmenbedingungen,** die finanzielle Nachteile der bürgerschaftlich Engagierten vermeiden und das Mitspracherecht erhöhen – u. a. über den **Beirat zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements**.
	Absicherung der Finanzierung der öffentlichen **Anerkennung von Ehrenamt,** um Interesse zu erhalten und Synergien zu erzeugen (z.B. Dankeschön-Veranstaltungen, Freiwilligenpass) sowie verstärkte **Öffentlichkeitsarbeit,** um eine entsprechende Aufmerksamkeit zu ermöglichen.
	Vorhaltung von **Fortbildungsangeboten** für die **ehrenamtlichen Betreuer und Freiwilligen** um den spezifischen Anforderungen und rechtlichen Voraussetzungen gerecht zu werden.
	Umsetzung des Pilotprojekts „**Bürgerplattform online**" bzw. Entwicklung von Aktivierungsstrategien für das Bürgerschaftliche

[128] Bürgerreport zum demografischen Wandel, Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 16./17. Februar 2013
[129] BA Treptow Köpenick, Sozialamt in Kooperation mit der sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK) und der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, 2012

	Engagement im Rahmen der „Service Stadt Berlin".
	Qualifizierung der Zusammenarbeit und des **Austausch**es mit den unterschiedlichen Akteuren u. a. über **verschiedene Fachtagungen** zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement/ Demografischer Wandel".

5.2 Interessenorientierte Beteiligung

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der Kommune, aber auch im Hinblick auf die hohe Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit dem Bezirk bzw. ihren Ortsteilen, kommt der **Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen** erhebliche Bedeutung zu.

Neben der zunehmenden Absicherung bzw. Ergänzung der Pflege und Betreuung[130] durch „Bürgerschaftliches/Ehrenamtliches Engagement" wie Besuchs- und Begleitdienste, Nachbarschaftshilfen etc. werden auch Freizeitangebote, Kinder- und Jugendarbeit oder kulturellen Aktivitäten zunehmend durch Freiwilligenarbeit ermöglicht.

Ehrenamt hat Zukunft, daher ist hier eine kommunale Finanzierung auch langfristig sicher zu stellen, sowohl für die Öffentlichkeitsarbeit, für Fortbildungen als auch das (Betreuungs-) Personal.

Neben der Zielgruppe der Über-55-Jährigen rückt dabei auch zunehmend die **Generation der Unter-30-Jährigen** in den Blick. Diese engagieren sich bereits jetzt stark in den Bereiche Sport- und Freizeit, aber auch bei Kindern und Jugendlichen oder lokalen Angeboten (Feuerwehr, Rettungsdienste, Bürgerbewegung etc.)[131].
Hier gilt es - im Interesse und als ergänzender Beitrag zur Qualität der sozialen Angebote und Stärkung der Integration - die bereits bestehenden Strukturen des ehrenamtlichen Engagements und Freiwilligenengagements fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Im Hinblick auf die eingeschränkten öffentlichen Ressourcen besteht das Ziel in der bürgernahen und bedarfsgerechten Ergänzung professioneller Angebote – ggf. durch **kurzfristiges** auf bestimmte **Projekte bezogenes Engagement**.

Um insbesondere junge Menschen mit dem Thema vertraut zu machen, wird im Rahmen von Kooperationen zwischen Verwaltung und Anbietern/ freien Trägern **in den Schulen** die **Information** und **Werbung** für Bürgerschaftliches Engagement/ Ehrenamt verstärkt in Angriff genommen. Es gilt hier dem jeweiligen Interesse angemessene und v.a. auch kieznahe Angebote in den Fokus zu nehmen, um den Zugang zu erleichtern.

Zusätzlich ist das bürgerschaftliche Engagement auch auf **Menschen mit Migrationshintergrund** auszurichten. Die bestehenden Angebote und Bedarfe könnten durch interkulturelle Ehrenamtseinrichtungen gestärkt werden. Die Angebote von beispielsweise Sportvereinen, karitativen Einrichtungen und Institutionen, Bildungseinrichtungen etc. sind daher so auszurichten und zu kommunizieren, dass sie hier lebende Menschen aus anderen Ländern ansprechen. Das aus dem kulturellen und sprachlichen Hintergrund resultierende Potenzial kann jedoch nur genutzt werden, wenn die gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure **Interkulturalität** als erstrebenswert wahrnehmen, entsprechend zielgruppenorientiert kommunizieren und um Menschen mit Migrationshintergrund für ein Ehrenamt werben. Denn nur wenn es gesellschaftlich anerkannt und wertgeschätzt wird, dass sich beispielsweise der spanische

[130] s. a. **Pkt. 5.3**
[131] „ Der demografische Wandel –Herausforderungen und Chancen", Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Vortrag Fachtagung 30.10.2013 TK; Quelle: Engagementatlas 2009

Nachbar im Seniorenheim um die alte Dame kümmert oder die polnische Kollegin im Sportverein Hokeyunterricht gibt, dann gelingt es auch, Menschen anderer Herkunft dafür zu gewinnen. Hierbei ist es entscheidend, dass der Fokus auch auf die **Zielgruppe der 27 bis 65-Jährigen** erweitert wird.
Diesbezügliche Angebote in den kommunalen KIEZKLUBs sind weiter auszubauen und Kooperationen zu verstärken.
Zentrale Plattform ist hierbei der Beirat für Bürgerschaftliches Engagement.

25. Ziel	**„Bürger machen Stadt" - Förderung von ehrenamtlichem Engagement und Bürgerbeteiligung**
Strategie	**Information** verstärken **- Voraussetzungen** für interessenbezogenes Engagement **entwickeln** und **ausbauen**
Maßnahmen	Sicherung, Erschließung und Förderung von **kieznahen Treffpunkte**n (z. B. Sportstätten, Schulen, Kiezzentren) i. S. der Zugangserleichterung für eine **zielgruppenspezifische Beteiligung**.
	Umsetzung **generationenübergreifender Ansätze** und **interkultureller Ausrichtung** bei Angebotsentwicklung, um weitere Bevölkerungspotentiale zu erschließen, Vielfalt zu ermöglichen und den Zusammenhalt zu stärken.
	Qualifizierung und Ausbau der **Kooperation auf gleicher Augenhöhe** mit gemeinnützigen Organisationen, den Akteuren und Trägern, Unternehmen, den gewählten Beiräten sowie den Bürgerinnen und Bürgern.
	Entwicklung, Förderung und Begleitung von Angeboten oder Kooperationen, die auf **interessenbezogen**e Initiativen oder Projekte mit **temporär**em **Engagement** ausgerichtet sind – z.B. bei Grünflächengestaltung/-pflege, Umfeldgestaltung, Ortsteilentwicklung und bei der Jugend- /Freizeitgestaltung sowie in den Funktionen als Wahlhelfer und Schiedsperson.
	Intensivierung einer auf **unterschiedliche Zielgruppen** ausgerichteten **Werbung und Information**. Neben gemeinsame Aktionen und Initiativen mit der Sozial- und Bildungsverwaltung an Schulen, um junge Menschen mit Bürgerschaftlichem Engagement/ Ehrenamt vertraut zu machen sind weitere **Kooperationen** und ergänzend **innovative Aktivierungsstrategien** (z.B. Online-Plattformen) zu nutzen.
	Stabilisierung und Ausbau des 2013 begonnenen Bürgerbeteiligungsprojektes **„Kiezkasse"** zur freien Verwendungsentscheidung über Mittel für die Ortsteile.
	Willkommenskultur für Neubürger des Bezirks entwickeln, um die Verbundenheit zum Bezirk zu fördern.
	Zur Stabilisierung der Zentren bzw. Ortskerne als lebendiger Mittelpunkt der Wohngebiete verstärkte **Förderung und Unterstützung** der **Eigeninitiative** der Bürger, Unternehmen (Handel, Dienstleistung etc.) vor Ort – z.B. Zentreninitiative des Landes, Mitten*Drin* in Berlin u. ä..

5.3 Unterstützung sozialer Aufgaben

Eine Aufgabe der Organisationseinheit „Bürgerschaftliches Engagement" beim Sozialamt ist es, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die **Sozialkommissionen** zu gewinnen. Hier handelt es sich tatsächlich um ein Ehrenamt, weil die Bürgerinnen und Bürger für dieses Amt von der Bezirksverordnetenversammlung gewählt werden. Die Aufwandsentschädigung[132] der Sozialkommissionsmitglieder orientiert sich am Anteil der älteren Menschen in jedem Bezirk, wobei ein Sozialkommissionsmitglied für 800 ältere Menschen im Bezirk verantwortlich sein soll.

Die **Sozialkommissionsmitglieder** haben insbesondere die Aufgabe, ältere Menschen in ihrer Häuslichkeit zum 80., 85. und ab dem 90. Geburtstag jährlich zum Geburtstag zu gratulieren bzw. auch zu Ehejubiläen ab der Goldenen Hochzeit. Die ehrenamtlichen Dienste können auch als verlängerter Arm der Sozialen Dienste des Sozialamtes verstanden werden.
Anlässlich der Besuche vor Ort soll auch festgestellt werden, ob soziale oder auch gesundheitliche Probleme vorhanden sind und ob ggf. das Sozialamt oder auch des Gesundheitsamt zur zusätzlichen Beratung herangezogen werden soll. Es geht hierbei um persönliche Hilfeleistungen und vor allem um Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut und Isolation durch Angebote im Bereich der KIEZKLUBs oder auch finanzielle Hilfen[133].
Da künftig immer mehr ältere Menschen im Bezirk Treptow-Köpenick leben und auch immer mehr Menschen von Altersarmut und Isolation bedroht sein werden, werden die Aufgaben der Sozialkommissionsmitglieder in den kommenden Jahren erheblich zunehmen. Aufgabe des Bezirkes und damit der Organisationseinheit „Bürgerschaftliches Engagement" ist es, Ehrenamtliche für diese wichtige Aufgabe zu gewinnen, ihnen Fortbildungen anzubieten, Anerkennung und auch persönliche Begleitung zu gewähren. Viele Menschen erleben bei den Besuchen in den Wohnungen sehr schwierige Situationen, sodass auch Angebote der Supervision unabdingbar sind.
Die Anzahl der Gratulationen für Hochbetagte hat insgesamt von 2011 bis 2012 zugenommen: Bei den 80 - bis 99-Jährigen von 12.064 (2011) auf 15.686 (2013), für Jubilare ab 100 Jahren ist im gleichen Zeitraum eine Zuwachs von 27 auf 106 im Jahr 2013 festzustellen. Da gemäß der Bevölkerungsprognose für Treptow-Köpenick die Zahl der über 80-Jährigen im Jahr 2012 von 13.849 Personen bis zum Jahr 2020 auf 22.711 Personen ansteigen wird, sind sowohl erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel, aber auch eine erheblich größere Anzahl von Ehrenamtlichen notwendig, um diese Aufgabe weiter wahrnehmen zu können. Eine Möglichkeit kann darin bestehen, ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes dafür zu gewinnen.
Insgesamt wird der personelle Bedarf des Bezirkes im Hinblick auf die Werbung Ehrenamtlicher, deren Begleitung und Fortbildung erheblich zunehmen (vergl. **24**. **Ziel**).

Im Hinblick auf die Zunahme der Pflegebedürftigen und die Zielsetzung eines möglichst langen Verbleibs im häuslichen Umfeld unter dem Motto „ambulant vor stationär" steht die Gewinnung von Verwandten, Nachbarn und andere Ehrenamtliche zur ehrenamtlichen Übernahme **pflegender Aufgaben** im Vordergrund der Aufgaben des kommunalen Sozialdienstes. Zur Aufgabenbewältigung des immer intensiveren Betreuungsbedarfs v.a. durch psychische Erkrankungen und die damit notwendige qualifizierte Berichterstattung sind hier **Fortbildungsangebote für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer** sicher zu stellen.

Durch die vorhandene Bevölkerungsstruktur bzw. dem hohen Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung ergeben sich für Pflege, Betreuung und ärztlicher Versorgung neue Anforderungen.
Dem sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangel bei den Berliner und Treptow- Köpenicker Anbietern im **Pflegebereich** muss mit unterschiedlichen Strategien entgegengewirkt werden, da die Steuerungsmöglichkeiten des Bezirks hier sehr eingegrenzt sind. Eine Möglichkeit ist die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die Gewinnung von „Ehrenamtlichen" für Betreuung, Besuchs-

[132] Finanzierung über die Senatsverwaltung für Finanzen; Grundlage: Ausführungsvorschriften der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, in der jeweils gültigen Fassung
[133] Leistungsansprüche gemäß Sozialgesetzbuch - SGB XII

oder Begleitdienste aus der Nachbarschaft oder Verwandtschaft, um einen möglichst langen Verbleib im häuslichen Umfeld bzw. eine positive Lebensqualität auch in Pflegeeinrichtungen zu erreichen.

Der Bezirk wird auch in Zukunft den **Dialog** und die **Zusammenarbeit mit den freien Trägern** in Treptow-Köpenick weiterentwickeln. Hierzu gehören die über Zuwendungen finanzierten Vereine in den Bereich Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung, Migranten, Schuldnerberatungsstellen und das Freiwilligenzentrum STERNENFISCHER.
Insbesondere sind hierbei **Selbsthilfeangebote**, für viele von Behinderung, chronischer Krankheit oder von finanzieller Not betroffene Menschen existenziell wichtig, durch den Bezirk perspektivisch mehr als bisher zu fördern.

26. Ziel	**Soziale Verantwortung wahrnehmen und fördern**
Strategie	**Unterstützung kommunaler Aufgaben** durch **Förderung von ehrenamtlicher Hilfe und Engagement im sozialen Bereich**
Maßnahmen	Zur Bewältigung der Aufgaben gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich sind **zusätzlich Ehrenamtliche** über eine **verstärkte Öffentlichkeitsarbeit** zu gewinnen und finanzielle Mittel für Fortbildungen und professionelle Betreuung bereitzustellen.
	Förderung von **niedrigschwellige**n **Komplementärangebote**n durch ehrenamtliches Engagement wie z. B. Besuchs- und Begleitdienste, Nachbarschaftshilfen etc (s. a. **7. Ziel**).
	Verstärkte **Zusammenarbeit** zwischen Bezirk und freien Trägern und Vereinen und Sicherung der **Mittelbereitstellung**.

5.4 Potential der „aktiv Alternden" erschließen

Wissenschaftliche Untersuchungen sagen aus, dass es grundsätzlich eine hohe Bereitschaft der Bevölkerung für Engagement gibt, dass es aber noch erhebliche Potentiale zu erschließen gilt. Dies gelte insbesondere bei Menschen im Alter von über 55 Jahren. Bundesweit ist von einer neuen Lebensphase im Alter von 55 – 75 Jahren die Rede. Gerade hier sind die Sinnfindung und die Chance für ehrenamtliches Engagement besonders groß. Dieses Potential gilt es auch für die Angebotssicherung insgesamt zu nutzen!

Im Hinblick auf die Zunahme der **Menschen im Alter von über 60 Jahren** sowie die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements sowohl für die Lebensqualität als auch die Angebotssicherung insgesamt soll die begonnene „Strategie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements" im Bezirk intensiv fortgeführt werden. Dazu gehören sowohl der Erhalt der bestehenden Infrastruktur für Bürgerschaftliches Engagement im Hinblick auf

- die Finanzierung und Weiterentwicklung bestehender Beratungs-, Betreuungs- und Informationsangebote

als auch

- die Qualifizierung der Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Akteuren und
- eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die Freiwilligenarbeit
- Erhalt und Ausbau der öffentlichen Anerkennung (Dankeschön-Veranstaltungen).

Bei der Umsetzung auch insbesondere von generationenübergreifenden Ansätzen ist hierbei die Kooperation als auch die weitere qualitative Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung, aber auch mit Vereinen, Verbänden und freien Trägern von wesentlicher Bedeutung, um vielfältige

Angebote zu ermöglichen - auch über kommunalen Aufgaben hinaus bzw. als deren Ergänzung – hier auch durch interkulturelle Ehrenamtseinrichtungen.

Über das **Freiwilligenzentrum „STERNENFISCHER"** erfolgt die Beratung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern und ggf. deren Vermittlung an geeignete gemeinnützige Organisationen. Aufgrund der Alterstruktur im Bezirk wird hier ein Schwerpunkt auf die Ansprache der Über-60-Jährigen gelegt – u. a. über Informationsveranstaltungen der Volkshochschule.

Bereits heute engagieren sich gerade Ältere in unterschiedlicher Form im Bezirk. Neben den **kommunalen KIEZKLUBs**, innerhalb der Vereine aber auch bei den **unterschiedlichsten Bürgerplattformen** ist es vorzugsweise die Generation 55 +, die einen erheblichen Beitrag zur sozial-kulturellen Infrastruktur und bei der Netzwerkarbeit leistet.
Ein Fokus wird daher v.a. auf die die **Werbung für Bürgerschaftliches Engagement/ Ehrenamt** in der Nachbarschaft (**kieznah**) in allen Bezirksregionen gelegt, damit die Wege zu den Unterstützungsbedürftigen kurz sind.
Im Hinblick auf die erhöhte Lebenserwartung werden zudem einmal jährlich alle 63-Jährigen Bürgerinnen und Bürger zu vier **Informationsveranstaltungen** zum Bürgerschaftlichen Engagement eingeladen, die vom Sozialamt in Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum „STERNENFISCHER" durchgeführt wird. Ziel ist es, Menschen, die an der Grenze Erwerbstätigkeit/ Ruhestand stehen, über die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements zu informieren. Dieses Projekt wird unter der Überschrift „Hier bin ich dabei" auch in den kommenden Jahren intensiv fortgeführt.

Durch die **Seniorenvertretung Treptow-Köpenick** werden die Interessen älterer Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vertreten. Neben der Vertretung in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung betrifft das auch generationsübergreifende Projekte und Aktivitäten.
Eine weitere Möglichkeit der Ausübung eines Ehrenamtes gerade für die sozialen und gesundheitlichen Interessen der über 70-Jährigen und v.a. Hochbetagten stellt die Mitwirkung in der **Sozialkommission**[134] dar.
Für beide Vertretungen ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Bezirk bzw. dem Sozialamt unabdingbar und ist künftig zu intensivieren, da der Bezirk hier sowohl Förderer als auch Mitgestalter ist.

Das Land Berlin hat bundesweit als erstes ein Seniorenmitwirkungsgesetz[135] verabschiedet. Hier sind die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der **Seniorenvertretungen** verankert. Hierbei ist die Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Seniorenvertretung von großer Bedeutung. Die Seniorenvertretung vertritt die Interessen älterer Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und so beispielsweise auch in allen Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick. Dies gilt für die Themen

- Inklusion,
- Barrierefreiheit bei öffentlichen und nicht öffentlichen Einrichtungen,
- Pflegeangebote durch ehrenamtliche Betreuer,
- Mobilität und Zugang zum öffentlichen Nah- und Fernverkehr,
- Altersarmut,
- Angebote im Bereich Gesundheit, Sport und Bewegung, Kultur,
- Stadtplanung und
- Wohnen und Stadtentwicklung - insbesondere aufgrund des Wohnungsmangels und der viel zu geringen Zahl altersgerechter Mietwohnungen.

---

[134] gem. Verwaltungsvorschriften über den ehrenamtlichen Dienst im sozialen Bereich, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales; September 2006

[135] Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales; Juni 2006.

Die Seniorenvertretung setzt sich darüber hinaus auch für generationsübergreifende Aktivitäten und Projekte im Zusammenhang mit der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ein.

Vertreter des Bezirks nehmen regelmäßig an den Sitzungen der Seniorenvertretung teil. Der Bezirk stellt die räumlichen und technischen Voraussetzungen zur Verfügung und fördert die Seniorenvertretung im Rahmen von Zuwendungen für die unterschiedlichen Aufgaben wie Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgelder, soziale Kontakte etc..
Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Kooperation mit der Seniorenvertretung von Seiten des Bezirkes auch in Zukunft intensiv fortgeführt werden. Zudem wird die Seniorenvertretung auch dahin gehend unterstützt, dass das Seniorenmitwirkungsgesetz die Rechte der Seniorinnen und Senioren im Land Berlin noch weiter verstärkt.

27. Ziel	**Erfahrung nutzen und wertschätzen** – ein Gewinn für die Betroffenen und die Gesellschaft
Strategie	**Schaffung, Erhalt** und **Qualifizierung** der **Voraussetzungen** für ein Engagement der Über-55-Jährigen
Maßnahmen	Finanzierung der **zielgruppenorientierte**n Weiterentwicklung von • **Beratungs-, Betreuungs- und Informationsangeboten**, z.B. in den KIEZKLUBs bzw. über das Freiwilligenzentrum STERNENFISCHER und • **Erschließung neuer Kooperationen** mit Fokus auf die Über-55-Jährigen.
	Intensivierung der Werbung zur Gewinnung von Ehrenamtlichen v.a. die Gruppe „der aus dem Beruf Ausscheidenden" durch • (jährliche) Einladungen zu **Informationsveranstaltungen** (Motto „Hier bin ich dabei") • sowie Fokussierung v.a. auf **kieznahe Angebote**.
	Verstärkte Werbung für die **Mitwirkung in den Interessenvertretungen** für Senioren (Seniorenvertretung, Sozialkommission), um die Mitgestaltung der Betroffenen auf einer breiten Basis sicher zu stellen.

V Fazit und weiteres Verfahren

Eine wesentliche Aufgabe des Bezirkes ist es, die Grundlagen für die Bürger und Bürgerinnen zu schaffen, die es ermöglichen, ein **selbständiges und selbst bestimmtes Leben** zu führen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, kulturellem Hintergrund oder Gesundheitszustand.

Mit der höheren Lebenserwartung insgesamt und dem daraus bereits jetzt resultierenden hohen Anteil gerade der Hochbetagten im Bezirk verändern sich auch die Anforderungen an Lebensqualität und –gestaltung: **Es kommt daher darauf an, wie die Menschen älter werden** und zwar für alle Generationen - sowohl für die heute Älteren als auch für jungen Menschen.

Eine wesentliche Aufgabe des Bezirks ist daher die **Gesundheitsvorsorge und Prävention** für die Bevölkerung mit folgenden Schwerpunkten:

- Sicherung einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung,
- Ausbau und der Vernetzung wohnortnaher Beratungs- und Bewegungsangebote v.a. für Ältere aber auch generationsübergreifend,
- Förderung und Ausbau des Kinder- und Jugendsports bzw. Freizeitsports,
- Schaffung eines gesunden Wohnumfeldes (Lärm- und Schadstoffminimierung).

Soziale Kontakte wiederum lassen sich am Besten **im Wohnumfeld** und/oder über gleiche Interessen finden. Wichtig sind hierbei ein an den jeweiligen Interessen ausgerichtetes **Angebot,** eine möglichst **kieznahe, barrierearme Erreichbarkeit** aber auch eine entsprechende **Information/ Werbung**, um überhaupt die jeweilige Zielgruppe zu erreichen. Das gilt für Angebote der sozialen Grundversorgung, wie Betreuung und Bildung, als auch für Freizeitgestaltung, Weiterbildung, Kultur oder Sport und es gilt unabhängig von Alter und Herkunft. Ziel ist es daher, Einrichtungen und Angebote wohnortnah und zielgruppenorientiert zu erhalten und zu entwickeln (z.B. KIEZKLUBs, Sportvereine, Kultur- und Bildungseinrichtungen).

Um den sich ständig ändernden Anforderungen bzw. Nachfragen unter Maßgabe der verfügbaren Ressourcen (Mittel, Flächen, Personal) gerecht werden zu können, muss künftig verstärkt eine **multifunktionale Ausrichtung** – also Ämter- bzw. Nutzerübergreifend i. S. einer „Mehrfachnutzung"– erfolgen (z.B. Kiezzentren). Das erfordert **Kooperationen** und v.a. **Netzwerke** zwischen allen Beteiligten, wie behördlichen und freien Trägern, Vereinen, Unternehmen, Beiräten und Bewohnern vor Ort. Zunehmend sind dabei **alternative** bzw. fachübergreifende **Lösungswege** – z.B. Zwischennutzungen für temporäre/ interessenbezogene Initiativen zu suchen.
Unverzichtbar sind hierbei **klare Perspektiven** und die **finanzielle Absicherung** der Angebote und Einrichtungen sowie die **Beteiligung** der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Nutzergruppen.
Letzteres ist auch bei der Umsetzung einer **generationsgerechten Mobilität** beachtlich, also beim **barrierefreien Aus- und Umbau** der Verkehrsinfrastruktur, der öffentlich zugänglichen Gebäude und Einrichtungen und der Ausstattung des öffentlichen (Frei)Raums. Über die frühzeitige Einbindung der unterschiedlichen **Nutzerinteressen** kann eine erhöhte Wertschätzung und Akzeptanz erreicht werden, was sich positiv auf Nutzbarkeit und Sicherheit auswirkt.
Das ist wiederum ein wesentlicher Aspekt bei der Frage, **wie der Bezirk weiterhin attraktiv für seine Bevölkerung aber auch für Zuzüge sein kann.**

Damit sich Jugendliche, Familien, aber auch Junge Erwachsene und Ältere im Bezirk dauerhaft wohlfühlen und auch bleiben (können), ist neben einer am Bedarf orientierten Infrastruktur und einem attraktiven Wohnumfeld auch ein **adäquates** und **bezahlbares Wohnungsangebot** erforderlich. Unter Beachtung der bisherigen Praxis und der eingeschränkten Steuerungsmöglichkeit der Verwaltung bedarf es v.a einer **wohnungspolitischen Einflussnahme** auf die Rahmenbedingungen - Förderinstrumentarien, Grundstückspolitik des Landes, Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft - um der Nachfrage nach mietgebundenem,

preiswertem Wohnraum in unterschiedlicher Wohnungsgröße für junge und ältere Menschen gerecht zu werden. In den weitläufigen Siedlungsgebieten hingegen muss der Fokus auf die Absicherung der **wohnortnahen Grundversorgung** gerichtet sein.

Da eine Angebotssicherung bei Infrastruktur und öffentlicher Verwaltung i.d.R. auch mit einem Flächenbedarf einhergeht, besteht im Hinblick auf die Grundstückspolitik des Landes die Aufgabe darin, die noch vorhandenen **kommunalen Flächen** und **Einrichtungen** dauerhaft zu **sichern** und zunehmend auch eine **Flächen-/Standortvorsorge** zu ermöglichen, um flexibel auf die sich verändernden Nachfragen reagieren zu können.
Hier bedarf es vor allem der **politischen Einflussnahme und Schwerpunktsetzung.**

Um möglichst allen Bevölkerungsgruppen einen **Zugang** zum gesellschaftlichen Leben, zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu ermöglichen, sind weiterhin **soziale bzw. integrative Unterstützungsangebote** notwendig, aber auch der Abbau von „Schwellen" bzw. die Erleichterung von Übergängen (z. B. Schule- Ausbildung- Beruf).
Das gilt insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Mit einer **interkulturellen Ausrichtung** der kommunalen und sozialen Angebote und der Förderung des kulturellen Austauschs und der Beteiligung in allen Lebensbereichen kann eine Integration erreicht werden, von der auch der Bezirk profitiert.

Eine zunehmende Bedeutung bei der Aufrechterhaltung und Ergänzung kommunaler Angebote, der Förderung sozialer Kontakte und damit einer positiven Lebensqualität kommt dem „**bürgerschaftlichen Engagement"** zu. Neben den älteren sind hier v. a. die jungen Menschen frühzeitig zu werben, einzubinden und auch zu halten, um Nachhaltigkeit zu garantieren. Die jeweilige Herkunft sollte dabei keine Rolle spielen.

Insgesamt gilt es für die Verwaltung, bestehende **bürokratische Hürden abzubauen** und die **Information** und **Einbindung** interessierter Bürger und Interessenvertretungen insgesamt zu **verbessern.**
Um den unterschiedlichen Anforderungen i. S. einer **zukunftsfähigen Verwaltung** gerecht zu werden, bedarf es nicht zuletzt entsprechender **personeller** und **finanzieller Ressourcen,** um die kommunalen Aufgaben auch erfüllen zu können.
Daher sind die dafür erforderlichen **Mittel** im Bezirkshaushalt einzustellen und dem **Personal** auch im Hinblick auf die **Nachwuchsgewinnung** eine dauerhafte Perspektive zu eröffnen.

Das vorliegende Handlungskonzepts zum demografischen Wandel macht deutlich, dass bei allen Handlungsfeldern aufgrund der engen Wechselbeziehung und der daraus resultierenden inhaltlichen Überschneidungen ein **fachübergreifender Ansatz** bei der **Umsetzung** verfolgt werden muss.
Im Rahmen der Diskussion zum Entwurf des Handlungskonzepts und im Vorfeld der Beschlussfassung sind in Bezug auf die inhaltliche Überprüfung der bisher 27 Ziele und Klärung der Verantwortlichkeiten bereits entsprechende abteilungsübergreifende Abstimmungen erfolgt.

Nach **Beschlussfassung** des Handlungskonzeptes ist dieses in geeigneter Weise **öffentlich und behördenintern zu kommunizieren**, um die Umsetzung zu befördern.
Die Federführung bei der weiteren Koordination innerhalb des Bezirksamtes liegt derzeit bei der **Abteilung Arbeit, Soziales und Gesundheit**, Amt für Soziales.

VI Quellenverzeichnis

Quellen:

Seite 4	Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke, 2011-2030, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin Abt. I i.Z.m. Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg, Senatsbeschluss 04. Dezember 2012
4	Demografiekonzept für Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung i. Z. m. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH – November 2009
4	„Deutschland im demografischen Wandel 2030", Datenreport der Bertelsmannstiftung, 2011
7	Lebensweltlich orientierten Planungsräume (LOR), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Senatsbeschluss vom 01.08.2006
8	Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Mikrozensus, Ermittlung des mittleren monatlichen Nettoeinkommens der Privathaushalte 2013 in Berlin; Berechnung SenStadtUm für IBB Wohnungsmarktbericht 2014 (vergl S.18.)
8	Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Dezember 2013, bezogen auf zivile Erwerbspersonen
10	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregisterstatistik, demografische Grundzahlen nach LOR-BZR; Datenstand 31.12.2013
10	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Einwohnerregisterstatistik, Zahlen auf LOR-Ebene 2007-2012 im Vergleich, Datenstand 31.12.2012
15	Berlin – Eine Erfolgsgeschichte, Zahlen.Daten.Fakten; Presse und Informationsdienst des Landes Berlin, Sommer 2013- Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
15	Berlin – Eine Erfolgsgeschichte, Zahlen.Daten.Fakten; Presse und Informationsdienst des Landes Berlin, Sommer 2013- Quelle: Bundesagentur für Arbeit
15	Berlin – Eine Erfolgsgeschichte, Zahlen.Daten.Fakten; Presse und Informationsdienst des Landes Berlin, Sommer 2013- Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung
15	Berlin – Eine Erfolgsgeschichte, Zahlen.Daten.Fakten; Presse und Informationsdienst des Landes Berlin, Sommer 2013- Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Investitionsbank Berlin
17	IBB Wohnungsmarktbericht 2014, Investitionsbank Berlin i. Zus. GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH, Februar 2015
17	Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 11.07.2013
18	Mikrozensus Zusatzerhebung 2010, „Bestand und Struktur der Wohneinheiten", Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012 sowie Pressemitteilung 11.07.2013
18	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, statistischer Bericht über den Mikrozensus 2010, Veröffentlichung 2012
18	IBB Wohnungsmarktbericht 2014, Investitionsbank Berlin i. Zus. GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH, Februar 2015
18	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Baufertigstellungen im Jahr 2013, Pressemitteilung Nr. 122 vom12. Mai 2014
19	Statistischer Bericht November 2014, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden in Berlin, 01.01.- 30.11.2014 nach Bezirken
19	Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen 2025), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. I, 08. Juli 2014
19	Entwicklungskonzept Wohnen - Wohnungsbaupotenzialanalyse 2013/2014- Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung,

	Büro Planergemeinschaft Kohlbrenner eG -Stand Juli 2014, BA-Beschluss Nr. 322/2014 vom 25. November 2014
21	Bürgerreport: „Bürgerdialog Demografischer Wandel –Wie bleibt unser Land ideenreich und innovativ", Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 16./17. Februar 2013, Herausgeber: Büro Bürgerdialog, Reinhardtstrasse 58, 10117 Berlin
22	„lokalen Agenda 21" , April 2004; fortzuschreibende Konzeption für eine nachhaltige Entwicklung – Bezirk Treptow-Köpenick; BA-Beschluss Nr. 281/04 vom 27.04.2004, BVV- Kenntnisnahme Nr. V/0832 vom 24.06.2004
22	„regionalen Entwicklungskonzept für den Bezirk Treptow-Köpenick, Entwicklungsraum BER –Berlin Südost", BA TK, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung (November 2011); BA- Beschluss Nr. 48/12 vom 08. Mai 2012
24	Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Schriftenreihe Band 1348 Generali Altersstudie 2013 – Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren; Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) / Institut für Demoskopie Allensbach . Januar 2013, Bonn
26	Bauordnung für Berlin (BauO Bln), vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), zuletzt geändert am 29.06.2011 (GVBl. S. 315, in Kraft getreten am 10. Juli 2011)
27	Sozialgesetzbuch -SGB- XII; vom 27. Dezember 2003 mit Wirkung vom 1. Januar 2005 eingeführt; zuletzt geändert Art. 9 G vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1133) – Vorschriften für die Sozialhilfe in Deutschland
27	Sozialgesetzbuch -SGB- XI; vom 26. Mai 1994 mit Wirkung vom 1. Januar 1995 eingeführt; zuletzt geändert Art. 8 G vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2462) – Vorschriften für die Pflegeversicherung in Deutschland
28	Ausführungsvorschrift zur Gewährung von Leistungen gem. §22 SGB II und §§35 und 36 SGB XII AV-Wohnen, vom 06.08.2013 i. V. m der Wohnaufwendungsverordnung (WAV) vom 01.08.2013
29	Handbuch „Berlin -Design for all – Öffentlicher Freiraum„,Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Abt. VI- Koordinierungsstelle Barrierefreies Bauen; November 2011
29	Bauordnung für Berlin (BauO Bln), vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), zuletzt geändert am 29.06.2011 (GVBl. S. 315, in Kraft getreten am 10. Juli 2011); § 50 (1-3)- Stellplätze, Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie Ausführungsvorschriften zum § 7 des Berliner Straßengesetzes über Geh- und Radwege (AV Geh- und Radwege) vom 16. Mai 2013
30	Rechtliche Grundlagen: Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) FGSV e.V. Köln, 2006, DIN 182024 Teil1 sowie Ausführungsvorschriften zum § 7 des Berliner Straßengesetzes über Geh- und Radwege (AV Geh- und Radwege) vom 16. Mai 2013
30	Handbuch Barrierefreie Verkehrsraumgestaltung; Sozialverband VdK Deutschland e.V. (hrsg.), Bearbeitung Institut für barrierefreie Gestaltung und Mobilität GmbH (IbGM) Mainz, Institut für Mobilität & Verkehr (imove) TU Kaiserslautern; 2008
30	Handbuch zur Gestaltung von Straßen und Plätzen in Berlin. Grundwerk, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie,1999
30	Fußverkehrsstrategie für Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Abt. VII, Juli 2011
30	Programm „Barrierefreie öffentliche Räume", Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. VII; jährliche Mittelsicherung Senatshaushalt zur Umsetzung der „Fußverkehrsstrategie für Berlin" bis 2020
31	Leitlinien zum Aufstellen von Bänken im öffentlichen Raum, Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. BauStadtUm, Straßen- und Grünflächenamt, derzeit in Bearbeitung
31	Zentren- und Einzelhandelskonzept Treptow-Köpenick 2009 – Teilplan der BEP, BA TK, Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt BA-Beschluss Nr. 336/09 vom 19. Mai 2009, BVV - Beschluss Nr. 696/32/09 vom 16. Juli 2009; Grundlage Gutachten Dr. Lademann & Partner / Büro Spath + Nagel, 2008

31	bezirkliches „Plätze-Konzept"- Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, in Bearbeitung, Stand 2013
32	Radwegekonzept Treptow-Köpenick 2010 - Teilplan der BEP, BA TK, Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt, Büro SR Stadt- und Regionalplanung, BA Beschluss Nr. 585/11 vom 5. April 2011, BVV -Beschluss Nr. 1097/51/11 vom 26. Mai 2011
32	–Radverkehrsstrategie für Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, März 2013
32	Verkehrsclub Deutschland (VCD), „Senioren sicher mobil", Berlin 2012
38	Pflege und pflegeunterstützende Angebote in Berlin, Landespflegeplan 2011, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Veröffentlichung 2012
39	Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz – PNG) vom 23.10.2012; (BGBl. I Nr. 51,S. 2246-2264)
40	Pflege und pflegeunterstützende Angebote in Berlin, Landespflegeplan 2011, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
42	Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 mit Wirkung vom 1. Januar 2005 eingeführt; zuletzt geändert Art. 9 G vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1133) – Vorschriften für die Sozialhilfe in Deutschland
45	Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 – Berlin heute: Der Statusbericht kompakt, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, April 2013
46	Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen 2025), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Senatsbeschluss vom 08. Juli 2014
46	Entwicklungskonzept Wohnen- Wohnungsbaupotenzialanalyse 2013/2014 - Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, Büro Planergemeinschaft Kohlbrenner eG - Stand Juli 2014, BA-Beschluss Nr. 322/2014 vom 25. November 2014
47	§ 25 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i. V. m dem Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PlVereinhG) vom 31. Mai 2013 bzw. dem Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaus vom 11. Juni 2013 (Änderung BauGB)
47	Lärmminderungsplanung für Berlin – Aktionsplan 2008, Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Abt. III Umweltpolitik, Referat Immissionsschutz, November 2008, Fortschreibung 2013 Luftreinhalteplan Berlin, Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, 2011-2017
48	Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Berliner Schallschutzfensterprogramm, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Geltungsdauer 01.01.2014 -31.12.2015
48	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) i. d. Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S.132) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) sowie Bauordnung für Berlin (BauO Bln), vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), zuletzt geändert am 29. Juni 2011 (GVBl. S. 315, in Kraft getreten am 10. Juli 2011)
49	Gesetz über öffentliche Kinderspielplätze vom 15. Januar 1979 (GVBl. S. 90) in der Fassung vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 388), geändert durch Art. XI des Gesetzes vom 17. Dezember 2003 (GVBl. S. 617)
49	DIN 18034 - Spielplätze und Freiräume zum Spielen – Anforderungen für Planung, Bau und Betrieb, Deutsches Institut für Normung; Veröffentlichung September 2012
49	DIN 18040-3 - Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen Teil 3 : öffentlicher Verkehrs- und Freiraum, Deutsches Institut für Normung; Veröffentlichung Dezember 2014
50	Abschlussbericht zur Voruntersuchung für das Erprobungs- und Entwicklungs-vorhaben „Naturerfahrungsräume in Großstädten am Beispiel Berlin", Irma Stopka/ Sandra Rank

	BfN-Skripten 345, 2013 Kooperationspartner**:** Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, Abt. für Stadt- und Freiraumplanung und der Landesbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege Berlin; Fachbetreuung im BfN: Jens Schiller Bundesamt für Naturschutz, Außenstelle Leipzig; Herausgeber: Bundesamt für Naturschutz (BfN)
50	Uferkonzeption Treptow-Köpenick - Landschaftsplanerisches Konzept zur stadträumlichen Qualifizierung der Uferlagen im Bezirk Treptow-Köpenick - Teilplan der BEP; BA TK, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung, Büro Dr. Szamatolski + Partner GbR Entwurf 2013; derzeit noch im Verfahren
51	„Standortentwicklungskonzept für das Gebiet der Wuhlheide in Treptow-Köpenick, OT Oberschöneweide – Handlungsrahmen für die weitere Entwicklung " – Bezirk Treptow-Köpenick; Seebauer Wefers und Partner GBR, 2004- 2007 im Auftrag des Bezirksamtes Treptow-Köpenick; BA-Vorlage z. K. Nr. 133/12 vom 27. November 2012
51	„Strategie Stadtlandschaft Berlin", Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, 2011
51	Kleingartenanlagen in Treptow, Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin; Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt; Gutachter ag.u Lange & Grigoleit, Meyer, Große, Hebestreit, Sommerer, Berlin 2002 Kleingartenanlagen in Köpenick, Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin; Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt; Gutachter ag.u Lange & Grigoleit, Meyer, Große, Hebestreit, Sommerer, Berlin 2004
51	Kleingartenentwicklungsplan Berlin (KEP), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2004, Fortschreibung 2010
53	Kita-Bedarfsatlas 2015, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Stand März 2015
53	Landesförderprogramm „ Kita Ausbau", Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft gem. Förderrichtlinien 2013 sowie Bundesprogramm; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausbau der Kindertagesbetreuung U3 gem. der Förderrichtlinien 2014
53	Kinderförderungsgesetz (KiFöG), 2008 sowie § 2 Abs.1 und 5 Kindertagesfördergesetz (KitaFöG), Berlin
53	Kindertagesbetreuung - Bedarfsfortschreibung 2014/2015- Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. Jugend und öffentliche Ordnung, Jugendamt, Jugendhilfeplanung, August 2014– BA-Beschluss z.K. Nr. 314/2014 vom 24.10.2014
54	Schulentwicklungsplanung 2012- 2016, Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. Bürgerdienste, Weiterbildung, Kultur, Schule und Sport; Schul- und Sportamt, Bereich Schule; Stand August 2012 – BA-Beschluss
54	Schulentwicklungsplan (SEP) für das Land Berlin 2014 – 2018, Pkt. 2.6.1. Inklusion: „Die Empfehlung des Beirates „Inklusive Schule in Berlin" wurden im Februar 2013 vorgelegt. Eine von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft eingerichtete Projektgruppe erarbeitet auf dieser Grundlage … Rahmenbedingungen zur schrittweisen Umsetzung eines inklusiven Schulsystems in Berlin." Senatsvorlage Nr. S-310/2015
56	§ 124 Schulgesetz für das Land Berlin (Schulgesetzt –SchulG) vom 26. Januar 2014, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Gesetze vom 26. März 2014 (GVBl. Berlin 2014, S. 78)
59	Sportstättenentwicklungsplan (SEP) 2012 - Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. Bürgerdienste, Weiterbildung, Kultur, Schule und Sport; Schul- und Sportamt, Bereich Sport; August 2012,
61	Radwegekonzept Treptow-Köpenick 2010 - Teilplan der BEP, Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. BauStadt, Stadtplanungsamt, Büro SR Stadt- und Regionalplanung; BA Beschluss Nr. 585/11 vom 5. April 2011, BVV -Beschluss Nr. 1097/51/11 vom 26. Mai 2011

63	Gesund alt werden in Treptow-Köpenick" Fortschreibung der Daten und Fakten im Bezirkszyklus, Abt. Soziales und Gesundheit, 2013
73	gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GPR), für die 17. Legislaturperiode – Strategien für ein geschlechtergerechtetes Berlin - Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, 2014
73	Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN Behindertenrechtskonvention -UN BRK);in Deutschland am 26. März 2009 in Karft gesetzt; Grundlage: Verabschiedung des Übereinkommens und des Fakultativprotokolls am 13. Dezember 2006; nachdem die ersten zwanzig Staaten das Übereinkommen und zehn das Fakultativprotokoll ratifiziert hatten, traten diese am 3. Mai 2008 in Kraft.
74	Gesetz zur Stärkung der Funktion der Betreuungsbehörde (Betreuungsbehörden-gesetzt), Beschluss des Bundeskabinetts vom 06.03.2013, am 1.07.2014 in Kraft getreten Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 30.07.2009 (BGBl. I S.2449)
74	„bezirkliche Leitlinien zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention" Beschluss Nr. 1039/49/11, Drs.Nr.: VI/11671 i.g.F. der 49. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick am 24.03.2011
75	„10 Behindertenpolitische Leitlinien des Landes Berlin zur nachhaltigen Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention bis zum Jahr 2020", Senatsbeschluss vom 04.10.2010 (Drucksachen Nr. 16/2109, 16/2293, 16/3531 und 16/4041) und Konkretisierung vom 08.05.2015 durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
78	Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG); Abgeordnetenhaus Berlin, Fassung vom 15.12.2010 , Beschluss am 28.12.2010
78	Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013 , Europäische Kommission, Brüssel, 8. Mai 2013
79	„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken", Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales, Berlin 2007
79	Bericht zur Stärkung der Europakompetenz der Berliner Verwaltungsmitarbeiter/ innen" Senatsbeschluss Nr. S-3360/2011 vom 11.01.2011
80	Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013: Rechte und Zukunft der Bürgerinnen und Bürger der EU; Europäische Kommission, Brüssel 8. Mai 2013
82	Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements"; Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode Drucksache 14/8900 vom 3. Juni 2002
82	Strategie zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, Bezirk Treptow-Köpenick, Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit, Amt für Soziales, 04. März 2014
83	Leitlinien zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements des Bezirksamtes, Bezirk Treptow-Köpenick; BA TK, Abt. Arbeit, Soziales und Gesundheit, Amt für Soziales, BA-Beschluss Nr. 620/2011 vom 12.07.2011
84	Bürgerreport: „Bürgerdialog Demografischer Wandel –Wie bleibt unser Land ideenreich und innovativ", Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 16./17. Februar 2013, Herausgeber: Büro Bürgerdialog, Reinhardtstrasse 58, 10117 Berlin
85	„ Der demografische Wandel –Herausforderungen und Chancen", Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Vortrag Fachtagung 30.10.2013 TK; Quelle: Engagementatlas 2009
87	Verwaltungsvorschriften der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Aufwandsentschädigung Sozialkommission, in der jeweiligen Fassung
89	gem. Verwaltungsvorschriften über den ehrenamtlichen Dienst im sozialen Bereich, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales; 19. September 2006 sowie Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, 3. Juni 2006 (GVBl Nr.9 S.458)

Tabellen

Seite 8	**Tab. 1**	Amt für Statistik Berlin Brandenburg - abgestimmter Datenpool, Daten aus der Einwohnerregisterstatistik per 31.12.2013 (gemeldete Einwohner)
10	**Tab. 2**	Bevölkerungsprognose für Berlin - Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen (in Tsd. Personen) – mittlere Variante; Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke, 2011-2030, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin Abt. I i. Z. m. Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg, Senatsbeschluss 04. Dezember 2012
13	**Tab. 3**	Übersicht Menschen mit Behinderung/ Anteil Menschen mit Mobilitätseinschränkung, Einwohnerdaten aus der Einwohnerregisterstatistik – Amt für Statistik – abgestimmter Datenpool – Stand 31.12.2014: Daten zu Menschen mit Behinderung
14	**Tab. 4**	Anteil der Frauen an den Gesamteinwohnern nach Altersgruppen im Vergleich 2007-2012 im Bezirk Treptow-Köpenick; Amt für Statistik Berlin Brandenburg - Einwohnerregisterstatistik 2007 bis 2012
16	**Tab. 5**	Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im Bezirk nach LOR-Bezirksregionen; Amt für Statistik Berlin Brandenburg – Einwohnerregister-statistik Berlin Stand 31.12.2013
17	**Tab. 6**	Einwohner mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgebieten; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg- Einwohnerregisterstatistik 2009-2013

Abbildungen

Seite 7	**Abb. 1**	Übersicht Lebensweltlich orientierte Planungsräume (LOR) – Stand März 2009; eigene Darstellung: BA Treptow-Köpenick, SPK und Vermessungsamt, Dezember 2012
9	**Abb. 2**	Bevölkerungsprognose für Berlin **-** Prozentuale Veränderung der Bevölkerungszahl der Berliner Bezirke 2011 bis 2030 Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke, 2011-2030, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin Abt. I i.Z.m. Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg, Senatsbeschluss 04. Dezember 2012
11	**Abb.3**	prognostizierte Altersstruktur im Bezirk 2012 bis 2030, Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2011-2030 (mittlere Variante), Veröffentlichung 04.02.2013 -Amt für Statistik Berlin-Brandenburg - Abgestimmter Datenpool
12/13	**Abb. 4 -6**	Altersstruktur nach Prognoseräumen in den Jahren 2012 – 2020 - 2030, Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2011-2030 (mittlere Variante), Veröffentlichung 04.02.2013 -Amt für Statistik Berlin-Brandenburg - Abgestimmter Datenpool
18	**Abb. 7**	Wohnungsbau in den Berliner Bezirken 2013; IBB Wohnungsmarktbericht 2014, Investitionsbank Berlin i. Zus. GEWOS Institut für Stadt- ,Regional- und Wohnungsforschung GmbH, März 2014, Abb. 32 **-**; Basis Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
20	**Abb. 8**	Übersicht Wohnungsbau und Neubaupotenziale im Bezirk Treptow-Köpenick, Abt. BauStadtUm, Stadtentwicklungsamt, FB Stadtplanung; eigene Darstellung Januar 2015